

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolf Graf von Baudissin
Carl Friedrich von Weizsäcker
Zivilschutz in der Diskussion
Zwei Antworten an einen Bürger

Klaus Bloemer
Gibt es eine Alternative
zum militärindustriellen
Wirtschaftskrieg?

Angela Stent
Technologie in den Osten?
Zur Konzeption und Praxis
des CoCom

ISSN 0479-611 X

B 22/81

30. Mai 1981

Wolf Graf von Baudissin, Prof., geb. 1907; im Kriege Generalstabsoffizier, zuletzt im Afrikacorps. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Kunsttöpfer; 1951 Eintritt in die Dienststelle Blank, Unterabteilungsleiter „Innere Führung“, verschiedene Stabsstellen in der NATO; seit 1971 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, Prof. Dr., geb. 1912; 1929—33 Studium der Physik an den Universitäten Berlin, Göttingen, Leipzig; seit 1970 Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg.

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Wege in der Gefahr, Minden 1977; Der Garten des Menschlichen, Minden 1978; Diagnosen zur Aktualität, Minden 1979.

Klaus Bloemer, Dr. med., geb. 1921; Gründer der satirischen Zeitschrift „Der Insulaner“; 1949—1958 Ressortleiter bzw. Chefredakteur großer Tageszeitungen und Illustrierten; 1959—1964 als Presse- und Kulturreferent im Irak und in den USA; 1964—1969 in Bonn außenpolitischer Beauftragter des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union; 1970—1979 wieder im Auswärtigen Dienst; seit Anfang 1980 beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Veröffentlichungen u. a.: Das zukünftige Verhältnis Europas zu den USA, Hannover 1965; Kooperative Koexistenz, München 1968; Konzept einer europäischen Konföderation, Hannover 1968; Friede durch Zusammenarbeit in Europa (Mitautor), Berlin 1980. Der Autor legt Wert auf die Feststellung, daß der Aufsatz in dieser Ausgabe ein privater Diskussionsbeitrag ist.

Angela Stent, Prof. Dr., geb. 1947, Department of Government, Georgetown University, Washington; Associate: Harvard University Russian Research Center und The Washington Center of Foreign Policy Research.

Veröffentlichungen u. a.: Ostpolitik and Trade, Cambridge 1981 (erscheint im Herbst 1981 in deutscher Übersetzung: „Wandel durch Handel? Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1955—1980“); East-West Technology Transfer: European Perspectives, The Washington Papers, No. 75; West Germany's Südpolitik. Social Democrats and Eurocommunism, Orbis, Vol. 23, No. 1, Spring 1979.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammlungen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zivilschutz in der Diskussion

Zwei Antworten an einen Bürger

Zur Einführung

Der Grafiker W. Nestler lebt in einem kleinen Ort im äußersten Südwesten unseres Landes, nahe der Grenze zur Schweiz. Er weiß deshalb, daß bei uns an humanitärer Vorsorge für einen regionalen oder gesamtstaatlichen Katastrophenfall sehr viel weniger getan wird als dort. Weil er ein nachdenklicher Mensch ist, begnügte er sich nicht mit dieser Einsicht. Ganz allein auf sich gestellt, unternahm er es deshalb, nach den Ursachen für dieses offenkundige Defizit in unserem Krisenabwehrsystem zu forschen. Besonders bedrückte ihn dabei die Erkenntnis, daß gerade die schon im Frieden unserer besonderen Fürsorge empfohlenen Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Alte und Gebrechliche in einem Ernstfall überproportional gefährdet sein würden. Soweit ich es zu übersehen vermag, hat er aus diesen Gründen allen für ihn in der Sache Zivilschutz örtlich und überörtlich zuständigen Personen und Stellen die Frage gestellt: „Was sollen die Menschen tun, wenn übermorgen wieder die Sirenen heulen?“

Alle haben ihm geantwortet; auch mein Amt hat mit ihm intensiv kontaktiert und ihm auch, angefangen von den einschlägigen Gesetzen und offiziellen Schriften bis hin zu speziellen Beiträgen, reichhaltiges Informationsmaterial überlassen. Nicht zuletzt deswegen gehört Herr Nestler nicht nur zu den in der Sache Kundigen, sondern dank seiner Einstellung — das Wort recht verstanden — auch zu den „Wissenden“. Trotz aller Auskünfte und Unterlagen bleibt für ihn die vielfach und vielerorts gestellte Frage, „was . . . tun, wenn übermorgen wieder die Sirenen heulen?“ letztlich unbeantwortet, weil er keinen alle Beteiligten verbindenden ernstlichen Willen zum Aufbau eines sich gegenseitig ergänzenden Schutzsystems erkennen kann.

Anders als man vermuten könnte, mißt er dafür die Schuld nicht dem Unvermögen der Behörden, also dem Staate und den ihn tragenden Parteien zu. Wie sich bei genauerem Zusehen ergibt, nimmt die Nestlersche Frage, die, ins Rechtlich-Organisatorische übersetzt, „Zi-

vilschutz“ meint, vielmehr das heute zunehmend nicht mehr problemfreie Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bürger aufs Korn. Hierbei spricht sie die Selbstverantwortung eines jeden einzelnen in einer anderen Weise an, als es sonst üblich ist.

Genauer: hier wird die Frage nach der Bereitschaft zum individuellen und gemeinschaftlichen Überleben gestellt. Und sie läßt sich eben nicht unter Bezugnahme auf eine staatlich gesetzte Verordnung „irgendwie“, sondern vielmehr nur aus personaler Ethik heraus so beantworten, daß sich dies dann auch humanitär auswirkt. Oder — um es mit C. D. Kernig zu sagen: „Zivilschutz ist, bevor er technisch wird, eine Sache der Überzeugung“¹⁾. Behörden müssen also, wie exakt und umfassend sie im Einzelfall auch informieren mögen, auf dem Gebiet des Zivilschutzes immer Antworten schuldig bleiben. Daß sie aber dennoch im Sinne moderner, bürgernaher Verwaltung helfen können, Einsichten zu vermitteln und Sachverhalte bewußt zu machen, zeigen die Beiträge in dieser Ausgabe von ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘. Sie kam zustande, weil Wolfgang Nestler der Veröffentlichung seines Briefes zustimmte und durch die eindringliche Art seines Fragens überhaupt erst die Idee zu dieser Diskussion entstehen ließ. Dafür ist ihm vor allem auch an dieser Stelle sehr zu danken. Besonderer Dank aber gebührt den Professoren Wolf Graf von Baudissin und Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker, die der Bitte meines Amtes und der Bundeszentrale für politische Bildung entsprochen und sich beide, jeder von einer je anderen Sicht der Dinge und Überzeugung getragen, zu diesem Bürgergespräch bereitgefunden haben.

Paul Wilhelm Kolb,
Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz

¹⁾ Claus Dieter Kernig, Schutz und Sicherheit — eine Analyse der Überlebenswilligkeit unserer Gesellschaft, in: Zivilschutz ein fiktives Programm?, hrsg. vom Bundesamt für Zivilschutz, Schriftenreihe Bd. 2, Bonn 1972, S. 63 und 70.

Wolfgang Nestler
Graphiker
Lärchenstraße 5

7801 Buchenbach, am 26. März 1980

An den Herrn
Präsidenten
des Bundesamtes
für Zivilschutz

5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Präsident!

Als heute der Probealarm losheulte, fragte ich mich, was denn passierte, wenn übermorgen die Sirenen wegen eines regionalen — oder gesamtdeutschen Katastrophenfalles ertönen? Zuerst wird wohl jeder glauben, daß es, wie immer, ein Probealarm sei. Bis dann die Lautsprecherwagen durch den Ort rollen und sich die Radiomeldung über die Gefahr herumgesprochen hat, wird es (z. B. im Falle Fessenheim bei Westwindtrift) für viele schon zu spät sein, die Fenster zu schließen.

Mir fielen die Kinder, all die Menschen ein, die da plötzlich unwissend, ungeübt und total unvorbereitet dieser tödlichen Gefahr ausgesetzt sind — einer Gefahr, der es egal ist, welcher Partei oder welchem Interessenverband man angehört oder nicht.

Aus dieser Sorge heraus rief ich den *Bürgermeister* meiner Gemeinde an und erfuhr dort, daß es zwar einige Vorschriften gäbe, daß aber im Ernstfall kein einziger Schutzraum und die dazugehörige Notversorgung vorhanden sei und daß es auch keinerlei Katastrophenschutz-Übungen für die Bewohner meines Heimatortes gäbe. Selbst Regeln zur Selbsthilfe seien nicht vorhanden — im übrigen sei das Landratsamt zuständig.

Die Antwort wunderte mich ein wenig, hatten wir doch in der Volksschule schon alle halbe Jahre eine Brandschutz-Übung, obwohl es nie brannte und die Schule heute noch steht.

Nun ist die Gefahr, der wir möglicherweise ausgesetzt sind, um ein vielfaches größer als ein Schulhausbrand — und trotz allem: keine Übung, geschweige denn Vorsorge vor Ort.

Sodann rief ich die zuständige Stelle im *Landratsamt* an, bei der man mich, wie bei anderen Dienststellen auch, sehr freundlich anhörte, aber bedauernd meinte, daß ein Blatt mit Verhaltensmaßregeln, speziell für Fessenheim, 1977 zwar gedruckt, aber nun vergriffen sei.

Alle, die um die Gefahren wissen, und das sind sicher außer den Fachgelehrten auch die Poli-

tiker und höheren Verwaltungsbeamten, haben doch wohl die Pflicht, den unaufgeklärten, den nichtinformierten und selbst den gleichgültigen Bürger vor der Möglichkeit einer Katastrophe unmißverständlich zu warnen, ja, das Überleben der Bürger zur Pflicht werden zu lassen (wie es die Brandschutz-Übung in der Volksschule war)!

Dies müßte doch Gewissenspflicht für jeden sein, der Macht, Wissen und Einfluß hat und dadurch Verantwortung für viele trägt!

Weiter rief ich in dem für meinen Heimatort zuständigen *Amt für Zivilschutz* in der Landeshauptstadt an, weil ich wissen wollte, wie ich mich, neben all den anderen Betroffenen, schützen könnte, wenn ich gerade an meiner Arbeitsstelle, einem Universitätsinstitut, sei. Da müsse ich mich an meinen Arbeitgeber wenden, meinte der Leiter dieser Dienststelle. Weiter sagte er, daß die Verantwortung für das Fehlen von Schutzräumen und die Unaufgeklärtheit der Bevölkerung bei den Politikern läge. Über die Informationsarbeit seines Amtes äußerte er sich dahin gehend, daß ein ausführlicher Artikel über eine Sirenenprobe aus Platzgründen von der Regionalzeitung nicht veröffentlicht worden sei. Auch im *Bundesverband für Selbstschutz* beteuerte man die Machtlosigkeit des Amtes einerseits sowie das mangelnde Interesse bei der Bevölkerung andererseits. Nun bin ich der Meinung, daß man dieses Interesse erst durch *Aufklärung* wecken muß. Dazu hieß es wieder, daß es letztlich Sache der Politiker sei, wieweit aufgeklärt werden könne; dies sei im übrigen auch eine Frage der verfügbaren Geldmittel!

Als ich auf die Schutzeinrichtungen der Schweiz, Norwegens, ja auch Rußlands und Chinas zu sprechen kam, versicherte man mir, daß man zwar davon wisse, aber auch hier seien die Politiker zuständig.

Nun bin ich überzeugt, daß gerade Politiker am besten wissen, was passiert, wenn es z. B. zu einem Krieg kommen sollte. Dann wird die Abwehr der Bundeswehr (in die, im Gegensatz

zum Zivilschutz, ungeheure Mengen Geldes gesteckt werden) den Osten geradezu herausfordern, seine Raketen zur Zerschlagung des Widerstandes auf Deutschland loszulassen — und auch der Westen wird dann die Russen auf deutschem Gebiet mit seinen Raketen belegen, um sie zu stoppen. Was wird dann aus der Zivilbevölkerung?

Bitte sagen Sie jetzt nicht, daß dies nicht passieren kann, wie mir öfters beteuert wurde. Die skrupellose Machtpolitik der Sowjets macht auch vor der Bundesrepublik nicht halt, wenn es in ihrem Interesse liegt, hier einzubrechen.

Sind denn die Politiker der Schweiz und anderer Staaten, in denen Katastrophen-Schutzrichtungen in vorbildlicher Art gebaut wurden und werden, ausgesprochene Schwachköpfe, daß sie soviel Geld für den Zivilschutz ausgeben, ohne, wie Deutschland, Nahtstelle zwischen Ost und West zu sein?

Über all das, was ich heute bei den Gesprächen mit „Verantwortlichen“ des Zivilschutzes erfuhr, bin ich sehr deprimiert.

Man sieht sich dort außerstande, wirklich aufzuklären — echten Schutz anzubieten. Die Bevölkerung ist einer plötzlichen Gefahr, woher immer sie kommen mag, total ausgeliefert. Dies war mein Eindruck: Man verwaltet in diesen Ämtern die zur Verfügung stehenden Gelder, und die spärliche Informationsarbeit scheint nur eine Alibi-Funktion darzustellen. Die Verantwortung wird auf die Politiker abgeschoben, und diese, obwohl sie Wissende sind, schweigen gegenüber der Öffentlichkeit. Sie schweigen, obwohl es die zu schützen gilt, von denen sie gewählt wurden.

Von dem einzigen *Landtagsabgeordneten*, den ich bislang in meinem Umfeld telefonisch erreichte, erhielt ich nur die niederschmetternde Antwort, daß das Kernkraftwerk Wyhl nicht gebaut würde, wenn man ihn gewählt hätte — als wäre damit das von mir angesprochene Problem gelöst. Auch sagte er mir, daß Aufklärung über mögliche Gefahren Panik bei der Bevölkerung auslösen könne. (Als ob in der Schweiz solche Reaktionen jemals der Schutzmaßnahmen wegen vorgekommen seien.)

Nein, die Panik wird dann entstehen, wenn der Lautsprecherwagen durch den Ort fährt und niemand weiß, was er zu tun hat — dann, wenn es zu spät ist, noch etwas zu tun.

PS: Bitte geben Sie mir Antwort auf mein Schreiben.

Wer eine Gefahr kennt, kann ihr besser begegnen!

Müßte nicht jede Familie dazu verpflichtet werden, sich Schutzkleidung zu besorgen und Notrationen — Medikamente usw. Jeder könnte sich das heute leisten und die Männer des Zivilschutzes und der Feuerwehr könnten in ihren Gemeinden Aufklärung betreiben und das Vorhandene zum Selbstschutz kontrollieren.

Im Zweiten Weltkrieg hatten wir wenigstens Luftschutzbunker, in die wir flüchten konnten, wenn die Sirenen heulten — heute besitzen wir überhaupt nichts, obwohl die möglichen Gefahren sehr viel größer geworden sind.

Hunderttausende oder Millionen Tote, die nach einem „Ernstfall“ durch Versäumnis und Kurzsichtigkeit ums Leben gekommen sind, werden niemanden anklagen. Und auch die Überlebenden fragen nicht mehr nach den Motiven, die heute die Politiker schweigen lassen. Ist das der Grund dafür, daß fast nichts getan wird?

Könnte man nicht wenigstens für die Kinder Schutzräume bauen, damit außer denen, die es sich privat leisten können, auch noch diese eine Überlebenschance haben? Diese Frage stellte ich unter anderem dem zuständigen Herrn vom *Regierungspräsidium*; auch dieser erklärte mir in sehr liebenswürdiger und detaillierter Form, daß er da nichts machen könne, obwohl, wie er von sich aus versicherte, ich bei ihm an der richtigen Stelle sei. Auch er beschrieb mir, wie all die vorher Angesprochenen, nur seine Ohnmacht und riet mir, mich doch schriftlich an die Politiker zu wenden.

Wie kann ich bei diesen Betroffenheit auslösen und Verständnis dafür gewinnen, daß Schutz nichts mit Politik, sondern mit dem Überleben vieler Menschen zu tun hat!

Rufen Sie wenigstens zur Selbsthilfe auf und zwingen Sie die zuständigen Ämter zum Handeln — den Menschen zum Schutz!

Nach den Gesprächen mit den „zuständigen“ Herren bin ich sehr mutlos geworden —

Was sollen die Menschen tun, wenn übermorgen wieder die Sirenen heulen?

Bitte lachen Sie nicht über meinen Brief, er ist aus Sorge um meine Mitmenschen geschrieben.

Mit traurigen Grüßen
ihr

Wolfgang Nestler

Professor Wolf Graf von Baudissin

Herrn
Wolfgang Nestler

7801 Buchenbach

1. April 1981

Sehr geehrter Herr Nestler,

Sie haben Ihr Anliegen zwar an Politiker und an Experten für den Zivilschutz in der Exekutive gerichtet; doch hoffe ich, es enttäuscht Sie nicht, wenn Ihnen nunmehr Wissenschaftler zu antworten versuchen. Als Legitimation wäre anzuführen, daß wir diesen und anderen sicherheitspolitischen Fragen in der Erkenntnis ihres eminent politischen Gewichts und im bewußten Verantwortungsgefühl gegenüber den Mitbürgern seit längerer Zeit nachgehen. Wenn wir zu unterschiedlichen Vorschlägen kommen, so sehen Sie darin, bitte, ein Zeichen für die Komplexität des Problems und für die Bedingtheit menschlichen Urteils, aber auch eine kleine „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie Sie diese als guter Demokrat anstelle von Patentlösungen erwarten.

Anlaß Ihres Schreibens bzw. Ihres Engagements für den Bevölkerungsschutz war ein Probealarm. Jeder, der den II. Weltkrieg bereits bewußt miterlebte, wird Ihren Schock nachempfinden. So hege ich volle Sympathie für Motiv, Ziel und Ansatz Ihrer Fragen. Desgleichen teile ich Ihre Besorgnis darüber, daß wir weder als Gesellschaft noch als Staat auf Katastrophen größeren Ausmaßes hinlänglich vorbereitet sind. Dies trifft auf die tragenden politischen Gruppen und die Behörden, aber auch auf die entsprechenden Einrichtungen wie Krankenhäuser und Feuerwehr, auf die Hilfsorganisationen sowie die Masse der Bürger zu. Zwar breitet sich — insbesondere in Teilen der Jugend — eine allgemeine Weltangst aus, die sich in oft bedenkllicher Wirklichkeitsflucht ausdrückt und von Panikmachern genüßlich geschürt bzw. zum Aufbau bestimmter Feindbilder ausgebeutet wird. Dabei begnügt man sich meist mit der Feststellung und pauschalen Verdammung derer, die angeblich an allem schuld sind, statt sich rational mit dem komplexen Spektrum möglicher Konflikte und wahrscheinlicher Katastrophen bzw. ihren Ursachen, Abläufen und Folgen auseinanderzusetzen. Doch gerade eine ge-

zielte Analyse ganz bestimmter Katastrophenfälle ist zur Vorbereitung eines angemessenen Zivilschutzes unerlässlich. Handelt es sich hier doch um ein breites Gefahrenspektrum, angefangen von Naturereignissen über menschliches Versagen und technische Pannen bis zu terroristischen Gewaltakten und kriegerischen Kampfhandlungen.

Erlauben Sie mir, bevor ich auf Ihre Frage nach dem Überlebensschutz für Nicht-Kombattanten eingehe, einen kurzen Blick auf die sicherheitspolitische Lage in Europa. Isoliert man ein Kriegsbild aus seinen politischen Zusammenhängen, ist man schnell in Sandkastenspiele verstrickt, in denen technische und taktische Daten die Analyse bestimmen, während sich die entscheidende politische Frage nach der Wahrscheinlichkeit bzw. möglichen Vermeidbarkeit dieser spezifischen Katastrophenform gar nicht erst stellt.

Bereits die beiden Weltkriege haben durch ihren Verlauf und ihre Folgen erwiesen, daß die Verwundbarkeit hochentwickelter Industriegesellschaften bzw. die bis dahin unbekanntere Zerstörungskraft moderner Waffen den kriegerischen Austrag zwischenstaatlicher Konflikte nicht nur aus moralisch-humanitären Motiven verbieten, sondern auch aus Gründen politischer Rationalität. Nicht nur im Westen hat man erkannt, daß Kriege heutiger Intensität die Konflikte, um deren willen sie entbrannten, nicht zu lösen vermögen, sondern nur neue, noch unlösbarere schaffen. Die Entwicklung der Waffentechnologie seit Kriegsende — die Kernwaffen sind dabei nur ihre spektakulärste Zuspitzung — haben jede Illusion zerstört, daß Länder unserer Entwicklungsstufe sich noch im klassischen Sinne verteidigen ließen. Was von Europa nach einem Kriege von bestimmter Intensität und Dauer überhaupt noch übrig sein sollte, kann nur ein unkenntliches Zerrbild dessen sein, was wir kennen.

So war es ein logischer Entschluß der Bundesrepublik in ihrer exponierten geostrategi-

schen Lage, dem nordatlantischen Bündnis beizutreten und als Mitglied eine Doppelstrategie zu unterstützen, die einmal auf Kriegsverhütung durch gegenseitige Abschreckung, zum anderen auf Friedensgestaltung durch koordinierte, womöglich gemeinsame Entspannungspolitik zielt. Was dabei bisher herauskam, ist zwar gewiß nicht spektakulär, führte aber zu einem globalen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West, bei dem keine Seite über politisch oder militärisch nutzbare Überlegenheiten verfügt. Jede Form des Einsatzes militärischer Mittel zur Erzwingung einseitiger Vorteile stellt ein kalkuliert unverantwortbares Risiko dar. In dieser Situation genügt selbst eine angeblich nur geringe Wahrscheinlichkeit der Eskalation — ich halte sie für nicht so gering — eines einmal ausgebrochenen Krieges in global-strategische Dimensionen und Intensitäten, um gegen etwaige Versuchungen abzuschrecken, die Gesamtlage durch „begrenzte“ Kampfhandlungen zu verändern. Diese, von beiden Seiten geteilte Erwartung, ist eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Fortsetzung der Entspannungspolitik und des Rüstungssteuerungsprozesses zwischen Systemen, deren ideologische, macht- und ordnungspolitische Konflikte bisher nicht geregelt, sondern durch Einfrieren lediglich zeitweise entschärft wurden. Nur so war es möglich, wenigstens das Regelbare zu beiderseitigem Nutzen in Abkommen zu vereinbaren.

Ihre These von der „skrupellosen Machtpolitik des Kreml“ teile ich, was Europa anbetrifft, nicht. Sicherheitspolitisch ist die Sowjetunion jedenfalls seit Kuba kein größeres Risiko mehr eingegangen. Außerhalb Europas hat sie in aller Regel ihre Einflußgebiete nur dort ausgedehnt, wo sie mit amerikanischer Gegenwehr nicht rechnen mußte. Angola ist dafür das beste Beispiel. So gehe ich davon aus, daß die sowjetische Politik — vom ideologischen Klassenkampf einmal abgesehen — den status quo in Europa unter den gegebenen Bedingungen auch in Zukunft anerkennt und darüber hinaus von einem leistungsfähigen Westen entscheidende Hilfestellung bei der Überwindung ihrer gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Misere erwartet; denn aus eigener Kraft wird sie den Vorsprung der „kapitalistischen“ Welt kaum aufholen können und damit — entgegen allen ideologischen Ansprüchen — nur auf militärischem Gebiet wettbewerbsfähig bleiben.

Daß die sowjetische Machtpolitik außerhalb Europas im Zeichen der Schutzherrschaft über alle „progressiven“ Kräfte weniger Skrupel zeigt, bleibt unbestritten.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik trotz mancher bündnis-interner Spannungen nicht aus der NATO herauszulösen ist und daß ein örtlicher Angriff auf Lübeck, Helmstedt, Kassel oder Coburg schon durch die Stationierung der verschiedenen nationalen Kontingente auf unserem Territorium umgehend globale Dimensionen annehmen würde, sollte uns vor allzu großer Schwarzseherei bewahren. Es gäbe jedenfalls kaum ein wirksameres Mittel, das Bündnis zu solidarisieren als den Angriff auf einen seiner Mitgliedstaaten.

In diesem Licht hängt die Antwort auf die Frage nach „echtem Schutz“ für die westdeutsche Bevölkerung von recht subjektiven bzw. nicht beweisbaren Zukunftserwartungen und -befürchtungen ab. Sie ist durch eine Reihe von Vorentscheidungen mitbestimmt. Dabei möchte ich annehmen, daß Sie mit „echt“ keinen vollständigen oder garantierten Schutz gegenüber allen denkbaren Bedrohungen meinen; ein derartig umfassender Totalschutz wäre nicht realisierbar — schon weil die Zerstörungstechnologien in aller Regel mindestens eine Nasenlänge vorausliegen. Worum es nur gehen kann, ist ein relativer, d. h. ein begrenzter Schutz vor klar definierten Gefahren, welche die Bevölkerung mit großer Wahrscheinlichkeit bedrohen könnten.

Setzt man den Grad ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit zum Maßstab für die Rangordnung von Katastrophen, vor denen die Bevölkerung nach Möglichkeit geschützt werden sollte, so subjektiviert man zwangsläufig die Bewertungskriterien. Wir sprechen dann nicht mehr über heutige Gegebenheiten, sondern von möglichen Zukunftsgefahren. Konkret ausgedrückt: es kann sich nicht darum handeln, unter allen Umständen Schutzmaßnahmen gegen die verheerendste aller Katastrophen — also den Krieg — zu planen, sondern Vorsorge gegen die wahrscheinlichsten auf Kosten der unwahrscheinlicheren Katastrophen zu treffen. Jede mittel- und langfristige Planung verlangt zwar eine derartige Prognose; doch dürfte gerade die Weiterentwicklung in sicherheitspolitischer Hinsicht besonders schwer vorzusehen sein. Selbst wer meiner Skizze der gegenwärtigen Lage weitgehend zustimmt, könnte darauf mit gleichem Recht eine „optimistischere“ wie auch „pessimistischere“ Prognose für die nähere und weitere Zukunft aufbauen. So kann man mit gutem Grund befürchten, daß bestimmte, heute schon erkennbare politische und gesellschaftliche sowie technologische Entwicklungen das Ost-West-System, aber auch wichtige Subsysteme destabilisieren und sicherheitspoliti-

sche Krisen herbeiführen, in denen eine präventive oder präemptive Kriegseröffnung die einzige Überlebenschance zu bieten scheint. Es „stürbe“ dann nicht mehr — worüber heute Konsens besteht — der Angreifer als zweiter, sondern angeblich nur der Angegriffene als erster und einziger. Sieht man derartige Möglichkeiten für eine absehbare Zukunft voraus, wird man den Krieg in Mitteleuropa als ernst zu nehmende Katastrophenform in den Bevölkerungsschutz mit einbeziehen und der Vorsorge gegen ihn sogar Priorität gegenüber allen anderen Bedrohungen geben müssen.

Doch kann man auch anders argumentieren und davon ausgehen, daß die Gesellschaften des „Nordens“ und damit die politischen Eliten in Ost und West wenigstens insoweit rational und konfliktfähig bleiben werden, als sie nicht nur jede kriegerische Konfliktregelung in Europa weiterhin als undenkbar erachten und ihre Rüstungen entsprechend gemeinsam steuern, sondern darüber hinaus durch zunehmende Zusammenarbeit aller Art und mit gemeinsamem Krisenmanagement eine auch sicherheitspolitisch entspanntere Lage schaffen. Hält man diese Erwartung, für die sich ebenfalls gute — nach meinem subjektiven Urteil sogar bessere — Gründe finden lassen, für die realistischere, erhalten eine Reihe anderer Bedrohungen Vorrang, die nichts mit Krieg und Waffeneinwirkung zu tun haben. Das ungeheuerliche Risiko, das heute selbst für überlegene Aggressoren mit dem direkten wie indirekten Einsatz von Streitkräften verbunden ist, verleiht den nicht-militärischen Pressionsmitteln zunehmend Bedeutung. Man kann ohne vergleichbares Risiko zum Beispiel mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen die Politik anderer Staaten entscheidend beeinflussen, die Entschlußfähigkeit ihrer Regierungen und die eigenständige Entwicklung der Gesellschaften blockieren. Das Bedrohungsinstrumentarium und damit die Katastrophenformen nehmen also zu; die sicherheitspolitische Vorsorge hat folglich ein breiteres Spektrum zu berücksichtigen.

Um dieses mit einem Beispiel zu unterstreichen, möchte ich nur an die mit Sicherheit zu erwartende quantitative wie qualitative Zunahme der Südkonflikte zwischen Dritter und Vierter Welt erinnern, d. h. an die Auseinandersetzungen zwischen den relativ reichen und hoffnungslos armen Entwicklungsländern, aber auch an den heraufkommenden Nord-Südkonflikt; damit meine ich den spannungsgeladenen Interessengegensatz zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern dieser Erde. Beide Konfliktfelder erhalten ihre Energien aus dem Entwicklungs-

prozeß, aus der rasanten Zunahme der Weltbevölkerung, die in tragischem Widerspruch zu den Ernährungsmöglichkeiten steht, aus der weltweiten Rezession und anderem. Unter diesen Bedingungen erscheint eine Sperrung südlicher Rohstoffe, Energieträger oder Märkte nicht mehr unwahrscheinlich. Hier würden die auf Arbeitsteilung angelegten Volkswirtschaften des Nordens, speziell die des Westens, in ernste Krisen gestürzt werden, deren Folgen einen großen Teil der Bevölkerung in ihrer Existenz bedrohten.

Es kann nicht Sinn dieses Briefes sein und überstiege bei weitem meine Expertise, würde ich jetzt detaillierte Vorschläge für den Zivil- und Katastrophenschutz zur Diskussion stellen. Lassen Sie mich nur noch zwei Bemerkungen anfügen:

— eine Warnung vor der gedanklichen und tatsächlichen Konzentration auf den Verteidigungsfall, die ich durch einen Hinweis auf die sowjetische Lösung belegen möchte;

— und eine Anregung zu einem Planungsverfahren, das uns den Erfordernissen der Wirklichkeit vielleicht etwas näherbringt.

Ich wende mich gegen die Überbetonung der Katastrophe ‚Krieg‘, weil ich fürchte,

— daß bei diesem Ansatz der vorsorgende Schutz gegen andere, eher steuerbare und, wie ich meine, viel wahrscheinlichere Katastrophenformen zu kurz kommen, wenn nicht fortfallen muß. Dabei wird unsere nachindustrielle Gesellschaft zunehmend verwundbarer gegenüber einer großen Zahl von nicht kriegsbedingten Gefahren;

— daß es einen hinreichenden Schutz vor den Verwüstungen eines längeren konventionellen oder auch nur kürzeren Nuklearkrieges nicht gibt, daß aber ein einmal ausgebrochener Krieg nach Ausdehnung und Intensität kaum zu steuern sein wird;

— daß die beträchtlichen und dennoch ungenügenden Aufwendungen für den Zivilschutz (man spricht von einem Minimum von sechs Milliarden pro Jahr) auf Kosten der Kriegsvorkehrungen, also der Glaubwürdigkeit der Bündnisabschreckung gehen. Das drückende Ausmaß dieser Ausgaben wird uns gerade in diesem Jahr besonders deutlich vor Augen geführt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Modernisierung von Waffen und Gerät, sondern auch um Materialerhaltung, Betriebs- und Übungskosten, um angemessene Besoldung und um die materielle Unterstützung der Heranführung amerikanischer Reserven.

Wäre die Bundesrepublik gezwungen, ihre diesbezüglichen Leistungen erheblich zu ver-

ringern, so minderte das nicht nur die rein militärische Abwehrkraft und damit die strategische Stabilität in Europa. Mindestens ebenso folgenreich wäre die politische Aufweichung des Bündnisses. Man würde unter Umständen — um der Milderung etwaiger Kriegsfolgen willen — den Krieg wahrscheinlicher werden lassen;

— daß zusätzliche Leistungen für den Zivilschutz die Bundesrepublik angesichts des Absinkens der Wachstumsraten zu erheblichen Abstrichen an anderen, sich sicherheitspolitisch positiv auswirkenden Beiträgen zwingen würden: wie Regionalprogrammen der EG, Ostkrediten, Entwicklungshilfe und Sozialausgaben;

— daß ein massiver Ausbau des Zivilschutzes schlecht in die entspannungspolitische Landschaft paßt. Er würde im Osten sicher nicht als Vertrauensbildende Maßnahme begriffen, vielmehr ähnliche Sorgen und Ängste auslösen, wie sie bei uns vor einigen Jahren durch Nachrichten über eine Verstärkung sowjetischer Schutzmaßnahmen entstanden. Wir leben in einer Phase der Ost-West-Beziehungen, in der die subjektive Einschätzung der Absichten der anderen Seite politisch entscheidender ist als die Absichten selbst;

— daß jeder weitergehende Ausbau des Zivilschutzes nur dann Sinn hat, wenn eine entsprechende Bürokratie eingerichtet und die Bevölkerung in die reibungslose Nutzung der Einrichtungen eingeübt wird. Probealarme bleiben dann nicht nur unverbindliche akustische Signale, sondern lösen Übungen aus und greifen damit empfindlich in den Alltag der Menschen ein. Derartige Belastungen beleben das Feindbild und begünstigen militaristische Tendenzen. In letzter Zuspitzung würde die Bundesrepublik zu einer unterirdischen Bunkerwelt mit Kasernenklima;

— daß das Auslösen umfangreicher Evakuierungsmaßnahmen zwischenstaatliche Krisen erheblich verschärft, weil sie eine für alle Beteiligten neue Situation schaffen. Derartige Aktionen bleiben der anderen Seite keinen Augenblick verborgen und können auch nur im Einverständnis mit den Bundesgenossen geschehen. Doch gerade diese haben im Sinne der gegenwärtigen Abschreckung weithin auf nennenswerte Zivilverteidigung verzichtet. Die von Ihnen angeführten Länder mit Schutzeinrichtungen sind in der Mehrzahl Neutrale, die als Nicht-Bündnis-Mitglieder nach wie vor auf Verteidigung angewiesen sind.

Vielleicht lassen sich meine Bedenken gegen einen rein kriegszentrierten Bevölkerungsschutz mit seinem großen materiellen und personellen Aufwand, den in die Gesellschaft ein-

greifenden Vorbereitungen und seiner überdies noch fraglichen Effizienz am sowjetischen Beispiel illustrieren. Ich beziehe mich dabei auf einen sehr empfehlenswerten Artikel von Heinz Magenheimer: Die Landesverteidigung der Sowjetunion, die Zivilverteidigung, Österreichische Militärzeitschrift 2/81.

Die Zivilverteidigung der Sowjetunion ist wohl die älteste Einrichtung dieser Art; sie wurde 1932 gegründet. Ihre Kontinuität verdankt sie der Überlebensfähigkeit einmal etablierter Bürokratien, aber auch der marxistisch-leninistischen Tradition, nach der Kriege mit kapitalistisch-imperialistischen Staaten nur unter ganz bestimmten Bedingungen zu verhüten, aber auf jeden Fall noch zu gewinnen sind.

Nach verschiedenen Eingliederungsversuchen ist die Zivilverteidigung wieder Teil des Verteidigungsressorts, da dieses am ehesten den reibungslosen Übergang von den Vorkehrungen im Frieden auf Kriegsfunktionen verspricht. Der Chef dieser Hauptverwaltung ist ein Armeegeneral. Ihm sind für den Verteidigungsfall vier Aufgaben gestellt:

— Aufrechterhaltung der kriegswichtigen industriellen und landwirtschaftlichen Produktion;

— Intakthalten der politischen, militärischen und administrativen Führungsverbindungen;

— Schutz der Bevölkerung vor der Wirkung der Massenvernichtungswaffen;

— Wiederinstandsetzung kriegswichtiger Einrichtungen.

Der Schwerpunkt der Vorsorge liegt wohl eindeutig bei der ersten Aufgabe. Ihr dienen die Zentralisierung von neuen Betrieben und die Einlagerung von Lebensmitteln, Rohstoff- und Energievorräten. Auch fällt darunter der bevorzugte Schutz der Führungsgruppen, des Schlüsselpersonals und von Arbeitskräften besonders wichtiger Betriebe.

Der Schutz der Bevölkerung wird in weitgehender Evakuierung der Städte und vor allem in Schutzbauten gesehen, wobei die Weite des russischen Raumes ganz andere Möglichkeiten bietet, als sie in Mitteleuropa zur Verfügung stehen. Die vorhandenen Schutzbunker reichen in kriegswichtigen Einrichtungen und Betrieben angeblich für 24 % der Arbeitskräfte. Die Angaben für den Schutz der übrigen Bevölkerung sind schwankend. Es wird von Schutzbauten für 20—70 % der Bewohner gesprochen, die für einen Maximalaufenthalt von 3—4 Tagen angelegt sein sollen. Die Evakuierung der Städte beansprucht rund 72 Stunden. Das sind Daten, die auf den begrenzten Nutzwert all dieser Anstrengungen wei-

sen. Insbesondere die großen Evakuierungs-
bewegungen stellen eine höchst kritische Phase
dar: die Bevölkerung ist unterwegs so gut wie
schutzlos; die andere Seite wird in diesen
Operationen im Zweifelsfall die Vorbereitun-
gen für einen nuklearen Erstschatz sehen.

Die erwartete Verlustquote liegt nach sowjeti-
schen Quellen zwischen 3—6 % der Bevölke-
rung; doch gibt es auch Hochrechnungen, die
unter speziellen Bedingungen mit 25 % Verlu-
sten rechnen. Das sind bei einer Gesamtbevöl-
kerung von etwa 265 Millionen erschreckende
Zahlen mit schicksalhaften Konsequenzen für
die Überlebenden.

Doch ist das nicht alles. Die Vorbereitungen
für die Zivilverteidigung greifen weit in die
staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen,
aber auch in das Leben der Sowjetbürger ein.
Neben einer Zivilschutztruppe von 70 bis
100 000 Mann, die vielleicht eine neue Teil-
streitkraft werden wird, sind glaubwürdigen
Berichten zufolge 20—30 Millionen Bürger
mit Tätigkeiten in diesem Bereich betraut. Die
Zahl der hauptamtlichen Funktionäre wird
mit etwa 100 000 beziffert. Den Zivilschutz-
gruppen bestimmter Betriebe gehören unter
Umständen ein Drittel der Belegschaft an.

Die obligatorische Schulung für Zivilverteidi-
gung beginnt mit dem 10. und endet mit dem
60. Lebensjahr. Sie vollzieht sich in jährlich bis
zu je 19 Stunden Unterricht in Theorie und
Praxis. Die Aus- und Weiterbildung des Füh-
rungspersonals beansprucht, wie sich denken
läßt, erheblich größeren Aufwand. Zur Ausbil-
dung der Zivilschutzgruppen gibt es „Unter-
richtsstädtchen“, in denen zerstörte Stadtteile
nachgebildet sind.

Konkrete Angaben über die finanziellen Auf-
wendungen gibt es offenbar nicht; sie sind ih-
rer Natur nach über die Haushalte verschiede-
ner Ressorts und Institutionen verteilt. Doch
werden die Jahresausgaben auf 1—2 Milliar-
den Dollar geschätzt.

Insgesamt zeichnet sich, wie Heinz Magenhei-
mer in dem angeführten Artikel feststellt, die
sowjetische Zivilverteidigung durch die Logik
ihres Konzeptes aus: sie ist ein Teil der Lan-
desverteidigung, also ein Kriegsführungsin-
strument. Der humanitäre Aspekt spielt zwar
durchaus eine Rolle, doch eine sekundäre. Der
Schutz vor nicht-kriegsbedingten Katastro-
phen ist ausgeklammert. Ähnliche Konse-
quenzen ergäben sich auch für uns, falls wir
den von vielen geforderten Nachdruck auf die
Kriegsvorsorge legen würden.

Nun gibt es aber eine Reihe anderer Vorsorge-
maßnahmen, die nicht nur auf den Ernstfall
Krieg ausgerichtet sind, sondern auch bei ei-

ner Reihe anderer — nach meiner Meinung
sogar wahrscheinlicheren Katastrophen not-
wendigen Schutz bieten.

Um nur einige aufzuzählen:

— den Ausbau leichter Schutzräume in einer
Grenzzone und in der Nähe besonders gefähr-
deter und gefährdender — politischer, militä-
rischer und industrieller Objekte. Das wären
begrenzbare Vorhaben, die ihre Parallelen in
Ost und West finden. Sie würden dem Schutz
besonders gefährdeter Menschen dienen und
die Vorsorge sowie akute Hilfe erleichtern.
Darüber hinaus unterstützten sie im Kriege
die Operationsfähigkeit der militärischen Ver-
bände und förderten damit die Glaubwürdig-
keit der Abschreckung auf konventioneller
Ebene. Da dieser Zivilschutz nur partiell geleis-
tet werden sollte, bliebe die Geiselrolle der
Gesamtbevölkerung und damit ein wichtiger
Sicherheitsfaktor für beide Seiten erhalten;

— die Förderung leichter Schutzbauten für
den privaten wie öffentlichen Gebrauch, aber
auch anderer Vorsorgemaßnahmen wie die
Bevorratung mit Lebensmitteln und Medika-
menten, die Anschaffung von Schutzkleidung
u. ä. Man sollte derartige Initiativen begrüßen;
sie erhöhen die Krisenfestigkeit der Gesell-
schaft;

— sonstige „Hilfe zur Selbsthilfe“, welche die
Behörden entlastet und den Staat der Ver-
pflichtung enthebt, alles und jedes im Detail
vorweg zu verordnen.

Zur weiteren Planung eines realistischen und
realisierbaren Katastrophenschutzes sollte —
unter weitestmöglicher Beteiligung der Be-
völkerung und der kommunalen Behörden —
eine Generalliste aufgestellt werden, welche
die kurz- und mittelfristig zu erwartenden, die
Existenz der Bevölkerung bedrohenden Ge-
fahren aufführt, denen mit den vorhandener
Organisationsstrukturen, Verfahren und Mit-
teln nicht hinreichend begegnet werden kann.
Eine derartige Beteiligung der Bürger könnte
die Kluft zwischen den Fachkenntnissen der
wenigen Experten und dem emotionsbestim-
mten Halbwissen der Normalbürger ver-
ringern, Verständnis für die Komplexität der
Sicherheitsprobleme wecken und die Diskus-
sion versachlichen. Hier böte sich eine gute
Gelegenheit, die Bürger für ihren Staat zu en-
gagieren und gleichzeitig zur Selbsthilfe zu
motivieren.

Auf höherer und höchster Ebene wäre dann
die politische Entscheidung zu fällen, welche
dieser Gefährdungen nach Wahrscheinlich-
keit und Dringlichkeit baldige Abhilfe bzw.
Vorsorge verlangen. Im Rahmen der wirt-
schaftlichen und finanziellen Gegebenheiten

ließe sich etwa ein 10-Jahresplan aufstellen, der flexible Anpassung an neue Entwicklungen aller Art erlaubt. Sollte dieser Plan den Verteidigungsfall — aus welchen Gründen auch immer — nicht berücksichtigen, so würde die Masse der bereits realisierten Vorsorgemaßnahmen gegen nicht-militärische Katastrophen einen nicht zu unterschätzenden Schutz bzw. eine erhebliche Milderung der Schäden in einem begrenzten Kriege gewähren.

In diesem Zusammenhang wäre die bisherige Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern ebenso zu überprüfen wie die Bezeichnung des Gesamtvorhabens. Mir leuchtet der Titel „Katastrophenschutz“ am ehesten ein. Er bezeichnet klar die humanitäre wie politische Pflicht des Staates und der Gesellschaft, die Bevölkerung vor existenzgefährdenden Bedrohungen aller Art nach Möglichkeit zu schützen. Dabei wäre es von der Entwicklung abhängig zu machen, welcher Katastrophenart als der jeweils drohendsten zunächst und vor allem begegnet werden soll. Das selbstver-

ständliche Einbeziehen des Verteidigungsfalles in das Gesamtspektrum der Katastrophen entdramatisiert die Kriegsgefahr und dehnt die Aufmerksamkeit auch auf die anderen Gefahren aus.

Der Obertitel „Katastrophenschutz“ würde die Bildung von Schwerpunkten in der Vorsorge flexibel machen und die ständige Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Institutionen, Organisationen und Staatsbürger auf ein gemeinsames Ziel erleichtern. Überdies würde er bereits im Frieden die Bundeswehr als eines der effektivsten Instrumente, die dem Staate zur Minderung von Katastrophenfolgen zur Verfügung stehen, fest in diesen „zivilen“ Funktionsbereich einbinden.

Ein Treibenlassen dieser Probleme würde ich für unverantwortlich halten. Man kann Ihnen daher nur dafür danken, daß Sie die Zuständigen mit solchem Nachdruck bedrängen, und hoffen, daß Ihr Brief zum Anstoß wird, den Katastrophenschutz noch einmal grundsätzlich und kritisch zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Wolf Graf von Baudissin

Professor Dr. C. F. Freiherr v. Weizsäcker

Starnberg, den 17. 3. 81

Sehr geehrter Herr Nestler!

Ihre Sorge ist die meine. Deshalb möchte ich so persönlich antworten, wie Sie geschrieben haben.

Ich baue jetzt in mein Einfamilienhaus einen Grundschutzraum (Fallout- und Trümmer-schutz) ein, im wesentlichen auf eigene Kosten. Ich tue das, obwohl ich auf vier Fragen die Antwort nicht weiß:

1. Ich weiß nicht, ob es in unserem Lande zu einem Krieg kommen wird, in dem dieser Raum gebraucht würde.
2. Ich weiß nicht, ob der Raum im Augenblick eines Kriegs ausreichen würde, um uns zu schützen.
3. Ich weiß nicht, ob Menschen, die die Kriegshandlungen überlebt haben, nicht nachträglich durch Hunger, Krankheit, Chaos sterben würden.
4. Ich weiß nicht, ob die Überlebenden einer solchen Katastrophe nicht die Toten beneiden würden.

Zuerst eine allgemeine Antwort auf die Fragen.

Ich bin alt genug, um meinen eigenen Tod zu akzeptieren. Aber es geht nicht um mich. Ein Arzt, der ein Mittel weiß, in einer Epidemie das Leben auch nur eines Patienten zu retten, und der das Mittel nicht anwendet, macht sich schuldig. Und ein Arzt, der für sich nicht tut, was er anderen empfiehlt, wirft einen Schatten des Zweifels auf seine Empfehlung.

1. Wie wahrscheinlich ist ein Krieg in unserem Lande?

Die Wahrscheinlichkeit eines seltenen Ereignisses ist stets eine subjektive Schätzung. Hier meine eigene Einschätzung: In den kommenden zwei Jahrzehnten ist ein Krieg in unserem Lande wahrscheinlicher als jemals seit 1954, dem Jahr der ersten Wasserstoffbombe. Er ist viel wahrscheinlicher als z. B. eine nicht durch Krieg ausgelöste, große Teile der Nation in Mitleidenschaft ziehende Reaktorkatastrophe, die freilich eben eminent unwahrscheinlich ist.

Zur Begründung zunächst ein Blick zurück.

Als 1944 das Ende des Zweiten Weltkriegs in Sicht kam, erwartete ich für unser Jahrhundert wenigstens einen weiteren Weltkrieg um die Hegemonie auf der technisch-wirtschaftlich immer mehr zur Einheit wachsenden Erde. Die Kernwaffen, zumal die Wasserstoffbombe, belehrten dann die Weltmächte über die mit diesem Krieg verbundene Lebensgefahr für sie selbst. So erhielten wir eine Atempause von mehreren Jahrzehnten.

Neulich kam mir ein Aufsatz über weltpolitische Prognosen in die Hand, den ich 1964 geschrieben habe, als sich der Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik angebahnt hatte¹⁾. Ich erwartete für die damals bevorstehenden Jahrzehnte einen „weltpolitischen Zyklus“. Die weltweite Übermacht der im Kalten Krieg verstrickten einzigen militärischen Großmächte USA und USSR nannte ich „gegnerische Bipolarität“. Die gegenseitige Lähmung der beiden Großmächte durch diesen Clinch ließ andere Zentren der wirtschaftlichen und politischen Macht hervortreten, „Polyzentrismus“ — so Westeuropa, China, Japan, auch die Willenszentren der Dritten Welt. Dies mußte die beiden Großmächte lehren, ihr gemeinsames Interesse an einem Maß von Verständigung zu erkennen: „kooperative Bipolarität“, auch Entspannung genannt. Aber, so erwartete ich, gerade ihre durch die Entspannung wiedergewonnene Handlungsfreiheit würde sie schließlich zur Verfolgung ihres unauflöslichen Hegemoniekonflikts zurückkehren lassen, also zum Rücklaufen des Zyklus in gegnerische Bipolarität. Heute scheint mir, daß der Zyklus in 15 Jahren einmal durchlaufen worden ist.

Die Kriegsgefahr für Europa ist heute größer als vor 15 Jahren. Warum haben wir überhaupt in Europa, anders als in den meisten Regionen der Erde, seit dreieinhalb Jahrzehnten keinen Krieg (nur einige Vergewaltigungen freiheitsliebender Nationen) gesehen? Das hat zwei Gründe, einen weltpolitischen und einen waf-

¹⁾ In „Gedanken über unsere Zukunft“, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1965. Einen Ausschnitt daraus drucke ich wieder ab in einer demnächst bei Hanser, München, erscheinenden Sammlung mit dem Titel „Der bedrohte Friede.“

fentechnischen. Politisch haben die beiden Weltmächte damals Europa in zwei deutlich abgegrenzte Interessenzonen eingeteilt, deren Grenzen keine von beiden seitdem überschritten hat. In der „dritten“ Welt hingegen blieb ein zu Kämpfen herausforderndes, politisch nicht permanent geregeltes Machtvakuum. Waffentechnisch hätte ein Waffengang der Supermächte in Europa die Eskalation zum selbstmörderischen Weltkrieg angedroht. Heute ist die Wirkung beider Gründe geschwächt:

Waffentechnisch ist ein begrenzter Krieg auch in Europa heute leichter vorstellbar als damals. Graf Baudissin, mit dem mich seit Jahrzehnten eine in freundschaftlicher Form ausgetragene Uneinigkeit über die Zuverlässigkeit der Kriegsverhütung verbindet, schätzt diese Gefahr auch heute geringer ein als ich; ich wäre glücklich, wenn sich erweise, daß er recht hat. Ich kann die Argumente hier nicht ausdiskutieren. Aber jedenfalls scheint es mir nicht erlaubt, die Vorbereitung des möglichen Schutzes für den Fall, daß die Hoffnung auf Kriegsverhütung sich als irrig erweist, zu vernachlässigen.

Weltpolitisch branden in den jetzt kommenden Jahren mehrere voneinander anscheinend unabhängige Wellen der Gefahr gleichsam zu einer Springflut zusammen. Die sowjetische Rüstung war vor 15 Jahren noch im Aufbau. Heute erreicht sie wohl das Maximum ihrer relativen Stärke, zumal da nun Amerika bewußt wieder in den Rüstungswettlauf eintritt. Politische Früchte, welche die Sowjetunion kraft militärischer Stärke ernten will, muß sie vielleicht bald ernten. In dieser Lage ist die Frage, ob die sowjetische Rüstung defensiv oder aggressiv gemeint ist, nicht die entscheidende. Wirtschaftlich und ideologisch gerät die Sowjetunion immer mehr in die Defensive; um so nötiger wird ihr die militärische Stärke erscheinen. Dazu kommt die fortschreitende politische Erregung der dritten Welt, das Wachstum der Rüstungen dort, die kritische Entwicklung der Weltwirtschaft, die wachsende Selbstbehauptungstendenz der außereuropäischen Kulturen. Der Blick aufs Öl aber genügt, um zu zeigen, welche Rückwirkungen auf Europa eine weltpolitische Krise haben kann.

Es gibt nur einen ernst zu nehmenden politischen Einwand gegen Zivilschutzvorbereitungen: die Besorgnis, eben diese Vorbereitungen erhöhten die Kriegsgefahr. Man kann dreierlei Gründe dafür anführen:

— sie würden vom Gegner als Kriegsvorbereitung empfunden

— sie entzögen der zur Abschreckung erforderlichen Rüstung finanzielle Mittel

— sie erregten die Bevölkerung und riefen dadurch entweder chauvinistische oder kapitulationswillige Strömungen wach.

Von diesen drei Gründen scheint mir der erste schwach. Jedermann, ganz gewiß die sowjetische Führung, weiß, was für eine Katastrophe selbst bei größtmöglichem Zivilschutz ein Krieg für unser grenznahe, dichtbebautes Land wäre. Eben darum habe ich niemals mit militärischen, sondern nur mit humanitären Argumenten für den Zivilschutz gesprochen.

Der zweite Grund unterschätzt, wie groß in einem Land wie dem unseren, in dem fast nichts für Zivilschutz getan worden ist, der Schutzwachstum schon durch relativ kleine Staatsausgaben sein kann, wenn die Bürger selbst bereit wären, die Initiative zu ergreifen. Zudem ist dieser Grund zu nahe der gefährlichen Alles-oder-nichts-Politik: Totalabschreckung oder Totalkatastrophe.

Der dritte Grund ist der stärkste. Man sieht schon jetzt, da die Menschen an die Kriegsgefahr wieder zu glauben beginnen, wie die Angst zu extremen Verhaltensweisen treibt. Und in der Tat glaube ich, daß Chauvinismus und offene Kapitulationswilligkeit die Kriegsgefahr erhöhen. Ein jahrzehntelang durch maßvolle, aber entschiedene Drohung stabilisiertes außenpolitisches System gerät durch beide Bewegungen ins Wanken, und das Wanken bringt erhöhte Kriegsgefahr. Schon aus diesem Grunde habe ich, obwohl ich seit zwanzig Jahren öffentlich für Zivilschutz eintrete, nie versucht, eine Volksbewegung dafür zu mobilisieren; ich habe mich stets an die Expertenmeinung und an die Regierung gewandt. Aber heute wird die Kriegsgefahr zu sichtbar, die Menschen sind zu sehr schon ohnehin beunruhigt, als daß man auf sinnvolle Zivilschutzmaßnahmen verzichten dürfte, „um schlafende Hunde nicht zu wecken“. Sie wachen schon, man muß ihnen Vernünftiges zu tun geben.

2. Gibt es effektiven Zivilschutz?

Das Alles-oder-Nichts-Denken ist die eigentliche Gefahr. Gewiß besitzen beide Supermächte ein Atomwaffenpotential, das selbst bei einem auf Mittel- und Westeuropa beschränkten, aber mit „eurostrategischen“ Waffen ausgetragenen Krieg unser Land auslöschen könnte. Jede der beiden Mächte kann in Versuchung sein, das wirklich zu tun, wenn sie unser Land als Basis wesentlicher militärischer Bedrohung durch den Gegner sieht: die Sowjetunion, wenn auf unserem Boden Waf-

fen stehen, welche den sowjetischen Boden erreichen können, die USA, wenn die Schlachten eines europäischen Bewegungskriegs lange genug auf unserem Boden ausgefochten würden. Aber das sind extreme Möglichkeiten. Sie sind für beide Seiten zu nahe der höchsten, für sie selbst lebensgefährlichen Eskalationsstufe. Die beiderseitigen Aufmarschpläne gehen von begrenzten Kriegshandlungen aus. Alle Kriege der letzten Jahrzehnte wurden mit begrenzten Waffen auf begrenzten Territorien ausgefochten. Daß Europa westlich der sowjetischen Staatsgrenze zeitweilig ein solches begrenztes Schlachtfeld werde, ist eine reale Gefahr: auf sie nicht gefaßt zu sein, wäre unverzeihlich. Dabei könnte das atomare Tabu gebrochen, der Einsatz von Atomwaffen in begrenztem Rahmen gewagt werden. Die Waffen dafür sind seit langem entwickelt. Die Problematik der Neutronenwaffe z. B. liegt in der erleichterten Einsatzmöglichkeit, nicht in der demagogisch verwendeten Formel, sie töte Menschen und schütze Sachwerte.

Schutz in einem nach Waffenwirkung und zeitlicher Dauer begrenzten Krieg ist möglich. Er mag im Zentrum der Kämpfe wirkungslos sein, aber sinnvoll im weiteren Umkreis. Dort verdient die Radioaktivität die größte Beachtung. Es gibt einen relativ großen Dosisbereich, dessen Belastung den Organismus nicht tötet, aber mit jahrelang anhaltender, oft nie mehr heilender Wirkung radikal schwächt. Etwas vom Wichtigsten für das Weiterleben nach einem Krieg ist aber körperliche Gesundheit der Arbeitenden. Ein großer Teil der durch Waffen erzeugten Radioaktivität ist kurzlebig und klingt in einigen Tagen ab. Solange sollten Menschen sich gegen sie schirmen können.

Wir können grob drei Stufen möglicher baulicher Schutzmaßnahmen unterscheiden:

1. kleine, in bestehenden Bauten oder in Gärten improvisierbare Maßnahmen,
2. sog. Grundschutz, d. h. Schutz gegen Trümmer, Brand und Radioaktivität sowie B- und C-Kampfstoffe.
3. Bunker, die auch gegen gewisse Sprengwirkungen sichern.

Von diesen Stufen ist die erste sehr wichtig und ohne Zweifel realisierbar. Die zweite ist heute nur noch eingeschränkt realisierbar, verdient aber m. E. starke Förderung. Die dritte Stufe kommt nur ausnahmsweise, vor allem für zentrale Versorgungsanlagen, in Betracht.

Es kann nicht Aufgabe dieses offenen Briefs sein, die Menge der praktischen Maßnahmen zu erörtern. Ich verweise dafür auf ein dem-

nächst erscheinendes Buch von Philipp Sonntag²⁾ und auf die Ihnen zugängliche Literatur des Bundesamts für Zivilschutz. Ich verweise ferner auf den hochwichtigen Vorschlag von Hans-Jürgen Schilling, unverteidigte Orte zu schaffen³⁾.

3. Was geschieht nach einem Krieg in unserem Lande?

Hier liegt vielleicht die größte, die eigentliche Gefahr. Ich spreche jetzt nicht von den für niemanden vorhersehbaren außenpolitischen Folgen; es ist unvorhersehbar, wer politischer Sieger eines solchen Krieges sein würde. Ich spreche von der Gefahr des Chaos.

Gerade weil noch immer ein europäischer Krieg unwahrscheinlicher ist als weitere, auch große Kriege in anderen Teilen der Erde, besteht die Gefahr, daß ein europäischer Krieg, wenn es doch zu ihm kommt, Folge und Teil eines weltweiten Krieges, eines Weltkriegs im geographischen Sinn wird.

Was wären die Folgen? Vermutlich ein zeitweiliger oder langfristiger Zusammenbruch des Welthandels. Das hieße für unser Land, auch wenn es nur vorübergehend vom Krieg berührt worden wäre: Verlust des Öls sowie ein vielleicht ganz oder teilweise zerstörtes heimisches Verteilungssystem der Energie, Wegfall aller Lebensmittelimporte — dies angesichts einer auf Export spezialisierten Industrie, einer von den elementaren Bedürfnissen fortspezialisierten Landwirtschaft, ferner: Feldbestellung ohne Benzin. Die Zustände nach dem Zweiten Weltkrieg waren viel besser. Die dezentralen Kraftwerke und Bäckereien funktionierten damals noch. Der Welthandel war nicht zusammengebrochen, und wir wurden ihm bald wieder eingefügt. Sollte es je zu den hier geschilderten Zuständen kommen, so würde das Überleben der Übriggebliebenen, ihre gesamte Chance einer neuen Zukunft, daran hängen, ob wir hier und heute vorgesorgt haben. Eine der wichtigsten Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz ist die Sicherstellung eines Existenzminimums an längerfristiger Versorgung durch Vorräte und die Ermöglichung einer partiell autarken Binnenwirtschaft.

Dies ist eine Forderung, die uns am ehesten in die Resignation treiben könnte. Sie ist wichtiger, strukturell tiefergreifender und schwerer

²⁾ Ph. Sonntag, Verhinderung und Linderung von atomaren Katastrophen. Mit einem Vorwort von C. F. v. Weizsäcker, Bonn, Osang, 1981.

³⁾ H. J. Schilling, Zum Flüchtlingsproblem in kriegerischen Konflikten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/81.

ausführbar als Bunkerbau. Sie kollidiert mit unseren heutigen Wirtschaftsinteressen. Man wird sie ernst nehmen, wenn man die Gefahr ernst nehmen wird, aber zu fürchten ist, daß man die Gefahr ernst nehmen wird, wenn es zu spät ist. Aber wir dürfen nicht resignieren, und wir brauchen es nicht zu tun. In dieser Hinsicht arbeitet die Veränderung des öffentlichen Bewußtseins für uns, die in den letzten zehn Jahren unter ganz anderen, nämlich ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten begonnen hat. Die Ölkrise lehrt Energie sparen. Die Suche nach alternativen Lebensformen hat tiefere, kulturelle Gründe: aber jedenfalls wittert sie u. a. die Gefährdung durch ein zentralisiertes, jedoch nicht autarkes Versorgungssystem. Jedes einzelne Beispiel der Sicherung lokaler Selbstversorgung ist so klein, daß man es für belanglos halten könnte; aber der Wille zu dieser Sicherung ist lebenswichtig. Mußte man z. B. an vielen Stellen lokale Brunnen und Quellen trockenlegen, um die Häuser an die so viel verletzlicheren (und teureren) zentralen Wasserversorgungen anzuschließen?

Hier ist eine Denkaufgabe, die das Problem des Zivilschutzes weit überschreitet. Die Polarisierung unserer öffentlichen Meinung in

„Technokraten“ und „Alternative“ kündigt vielleicht ein kulturelles Erdbeben an, löst aber kein Sachproblem. Zu durchdenken, wie eine technisch moderne Wirtschaft effizient und krisenresistent sein könnte, wenn die Krisen andere als innerökonomische Auslöser haben — diese Erforschung unserer Lebensbedingungen ist nicht geleistet.

4. Resignation?

Hier ist nicht mehr viel zu sagen. Uns bedroht eine Menschheitskrise. Eine ihrer möglichen Gestalten ist ein Krieg, der auch unseren Kontinent erreicht. Eine wirkliche Krise ist stets eine Gefährdung der Existenz, sie ist stets eine Todesdrohung. Wird sie bestanden, so kann uns das eine neue, vorher unerreichbare Ebene des vernünftigen Verhaltens eröffnen. Resignation heißt Lähmung der Kraft, die Krise zu bestehen. Resignation kann sich in die Maske des Nichtsehens der Gefahr kleiden. Resignation kann aber überwunden werden durch das Beispiel von Menschen, die nicht resignieren.

Ich wünsche Ihnen, Herr Nestler, daß Sie nicht resignieren. Ich schreibe Ihnen diesen Brief nicht, wenn ich zu resignieren bereit wäre.

Ihr
Carl Friedrich Weizsäcker

Gibt es eine Alternative zum militärindustriellen Wirtschaftskrieg?

„Eine große Aufgabe westlicher Sicherheitspolitik unter ökonomischem Aspekt sind ausgewogene und stabile Wirtschaftsbeziehungen mit den planwirtschaftlichen Ländern des Ostens“.

„Es wird auf lange Sicht keine effektive Weltenergiepolitik geben, falls die Sowjetunion nicht bereit sein sollte, daran mitzuwirken, oder wenn man sie davon ausschließen würde.“

Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Vortrag beim International Institute for Strategic Studies, London, am 28. Oktober 1977, und in einem Interview mit dem US-Wirtschaftsmagazin Fortune vom 20. April 1981.

Nach konventionellem Kästchendenken gehören Fragen der Rüstung vor allem ins Verteidigungsressort; darüber hinaus wäre für bündnispolitische und außenwirtschaftliche Aspekte sowie zur Wahrnehmung von Abrüstungskonferenzen noch das Außenministerium zuständig; im gesamtstaatlichen Kontext tritt die Beschaffung von militärischem Material lediglich als ein Teilposten des jährlichen Haushalts in Erscheinung.

Urplötzlich ist in Bonn diese bürokratische Vorstellungsidylle einer politischen Bewußtseinserweiterung gewichen: Zaghaft beginnt man durchzublicken auf ein Netz von Bezügen und Einflüssen, die vom Sektor Rüstungsproduktion auf die politische und gesellschaftliche Verhaltenskala eines Landes auszugehen vermögen. Kaum war jedenfalls zuvor im Deutschen Bundestag der rüstungsindustrielle Komplex so herausgeschält aus dem speziellen Verteidigungszusammenhang und gelegentlichen außenpolitisch-wirtschaftlichen Erwägungen angesprochen worden, wie das der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte Ende 1980 getan hat. Anlaß dazu war ein Gegenstand von noch marginaler Größenordnung: So ging es um bestimmte Exportvorhaben mit Rüstungsgütern in Länder der Dritten Welt, wogegen „Gewissensschwärmer“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) grundsätzliche und ideologische Bedenken vorgebracht hatten. Da aber dieser Vorgang zeitlich mit einer öffentlichen Diskussion zusammenfiel, die ganz im Zeichen einer prekären Konjunkturlage stand, sah Helmut Schmidt sich veranlaßt, die rüstungswirtschaftliche Frage aus quasi ziviler Perspektive anzupacken und somit für

die Behandlung dieses Themas neue Horizonte zu eröffnen. Die auswärtige Problematik wurde so eigentlich nur zum Aufhänger für exemplarische Aussagen zu den Risiken einer sich einspielenden Interdependenz im volkswirtschaftlichen Spektrum. Der substantielle Teil der Kanzlererklärung war das Bekenntnis: „Wir wollen keine Rüstungsexportpolitik aus Beschäftigungsgründen. Waffenproduktion soll nicht zu einem Instrument unserer Konjunkturpolitik werden.“

Über die aktuelle Ausfuhrdiskussion hinaus ging auch die Warnung davor, Kapazitäten in deutschen Unternehmen entstehen zu lassen (so auch z. B. in der staatlich gestützten Luftfahrt- und — teilweise sogar bundeseigenen — Wertindustrie), die dann bei abgeschwächter Auftragslage den Haushaltsgesetzgeber unter den Druck der Unterbeschäftigung oder Nichtbeschäftigung setzen könnten. Daß der Kanzler mit solchen Überlegungen nicht allein steht, machen Äußerungen seines Koalitionskollegen, des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, deutlich, der die von der Schaffung neuer Produktionskapazitäten ausgehende Gefahr allerdings aus mehr ressortverengter Sicht angesprochen hat: „Wenn es darum ginge, Zugang zu neuen Märkten sichern zu müssen, dann würde die Außenpolitik zum Knecht der Rüstungsindustrie. Das darf auf keinen Fall passieren.“

Unerwähnt blieben dabei mögliche Konsequenzen, die sich aus einer Ausweitung auch des heimischen Waffenmarktes und einer verstärkten Nachfrage aus den übrigen Nato-Län-

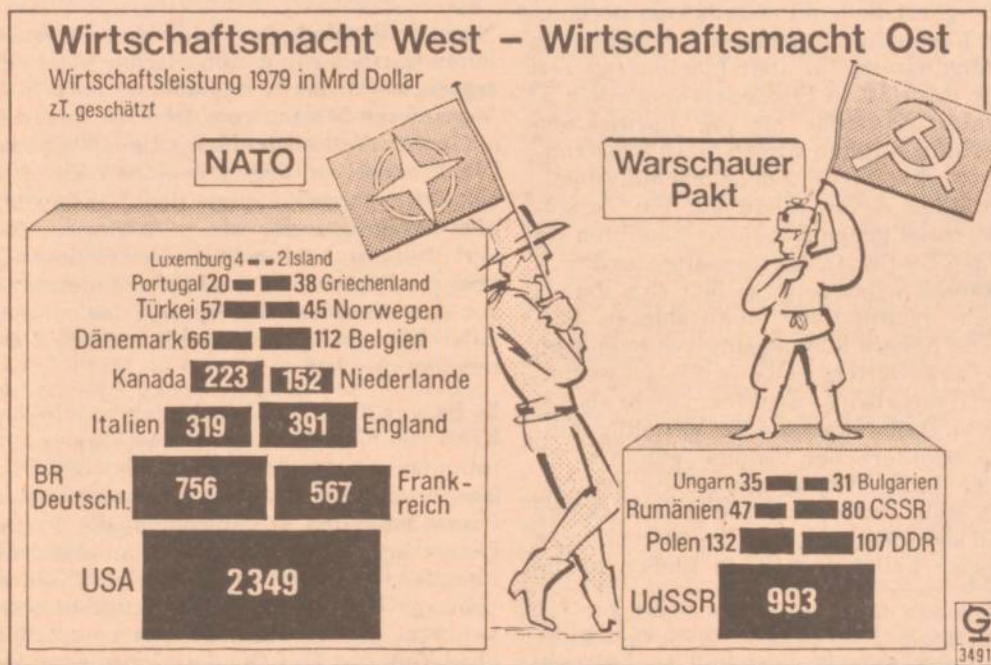
den (nicht zuletzt auf kooperativer Unternehmensbasis) ergeben könnten. Noch sind nämlich „nur“ 300 000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland durch die Rüstungsbranche gesichert und davon etwa 36 000 durch Exportaufträge für die wehrtechnische Industrie (wobei jedoch Theo Sommer in der „Zeit“ auf eine „erschreckende Steigerungsrate“ hinweist). Bedenkt man, daß in den USA allein der Waffenexport einen Anteil von 20 Prozent am Gesamtvolumen der Ausfuhr hat, so wirken die deutschen Zahlen im volkswirtschaftlichen Rahmen noch erträglich. Jedenfalls scheint in der Bundesrepublik die Schwelle noch nicht erreicht, an der die Politik ernsthaft durch Unternehmens- und Arbeitnehmerinteressen (in diesem Komplex erbringt Mitbestimmung allzuleicht einen kumulierenden Effekt) unter Zugzwang geraten könnte.

Gleichwohl sollte die Problemkette, die sich aus Wachstumstendenzen bei der Waffentechnologie und Rüstungsproduktion ergeben kann, auch in der deutschen Dimension nicht verarmlost werden. Helmut Schmidt hat ein Exempel dafür vorgebracht, von welcher Art die Zwänge sind, die unmittelbar oder indirekt in diesem Bereich ausgeübt werden können: Die Erteilung von Aufträgen an deutsche Werften zum Bau von Tankern oder Contain-

nerschiffen wird gelegentlich an die Bedingung gekoppelt, auch bestimmte Kriegsschiffstypen für die Bestellerländer herzustellen. In einschlägigen Industriekreisen ist für dieses Verfahren bereits der Begriff der „Marktöffnungsfunktion“ durch Lieferungen militärischen Materials gebräuchlich.

Drängt sich bei solchen Erfahrungen nicht geradezu der Gedanke auf, daß deutsche Industrieunternehmen wiederum ihre Bereitschaft zu Investitionen, die der heute dringend gebotenen technischen Innovation dienen würden, von der Erteilung gewisser Rüstungsaufträge abhängig machen könnten?

Je komplizierter die einzelnen Waffensysteme werden, desto größer ist im allgemeinen die Anzahl der an ihrer Herstellung beteiligten Konzerne und mittelständischen Firmen, die mit einer Vielfalt von Argumenten auf qualitative und quantitative Entscheidungen des Auftraggebers Staat einzuwirken versucht sind. Mit jeder Vermehrung des Produktionsanteils an wehrtechnischem Gerät in den einzelnen Unternehmen und Branchen nehmen naturgemäß das Eigengewicht und die Eigendynamik des Forschungs- und Wirtschaftsfaktors Rüstung im gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu. Das kann bei der Einflußnahme im militärisch-fachlichen Bereich beginnen — etwa mit der Forcierung des Panzerbaus (eine



Im wirtschaftlichen Bereich besitzt die NATO eine hohe Überlegenheit über die Länder des Warschauer Paktes, wie eine Addition der wirtschaftlichen Gesamtleistungen der Mitgliedsländer der beiden Blöcke ergibt.

Monatsproduktion von 30 Panzern sichert 10 000 Arbeitsplätze, große Serien verbilligen die Entwicklungskosten), während einer Verlagerung des Schwergewichts auf die viel weniger aufwendigen Panzerabwehrwaffen entgegengearbeitet wird. Es kann schließlich dazu führen, daß die rüstungsengagierte Industrie — mit Schrittmacheraufgaben in Bereichen der Forschung und Herstellungstechnik wohl ausgestattet — eine Art Schlüsselfunktion innerhalb der Volkswirtschaft gewinnt. Auf diese Weise geriete ein für die Politik der Bundesrepublik bisher gültiger Grundsatz in Gefahr, der von Schmidt so formuliert wurde: Man habe bei der industriellen Entwicklung des Landes bewußt nicht auf der Rüstung aufgebaut.

US-Rüstung als Wirtschaftsmotor

Sieht man einmal von der macht- und sicherheitspolitischen Argumentation ab, so spielt die Erhöhung der Rüstungsausgaben ganz offenbar eine erhebliche Rolle auch im Gesamtkonzept der Regierung Reagan für die wirtschaftliche Regeneration des Landes. Die vor allem auf die Freisetzung zusätzlicher unternehmerischer Initiativen abzielende Politik der Steuererleichterungen wird durch vermehrte Rüstungsaufträge, die sich als staatliche Investitionshilfe niederschlagen, entsprechend ergänzt. Bedenkt man, daß der noch unter der Carter-Administration verabschiedete Verteidigungsetat für 1981 (der bislang real höchste der USA in Friedenszeiten) allein 52 Milliarden US-Dollar für die Entwicklung neuer Waffensysteme vorsah (nach Schätzungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts entfallen davon allein auf ein Zerstörungspotential gegen feindliche Satelliten 7,4 Milliarden US-Dollar, das Doppelte also des zivilen Raumfahrtbudgets), so läßt sich daraus schon ein quantitativer Trend ablesen. Entsprechend höhere Rüstungsinvestitionen sind für 1982 zu erwarten, wenn — u. a. auf Kosten von Sozialausgaben — aus einem mehr als 220 Milliarden Dollar betragenden Verteidigungsetat die erforderlichen Geldmengen in so gigantische Infrastrukturprojekte wie das mobile MX-Raketensystem sowie in Entwicklung und Bau kostspieliger neuartiger Waffentypen für Marine und Luftwaffe zu fließen beginnen.

Ohne Frage wirkt sich ein derartiger Kapitalzuschuß, der sich in Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsaufträgen in vielen Bereichen der Spitzentechnologie niederschlägt, innerhalb eines die Rüstung voll integrieren-

Und dennoch ist die Verführung nicht gering, gerade in Anbetracht einer sich anbahnenden Rezession eine solche Grundsatzhaltung vorsichtig abzubauen, zu der man sich vor drei Jahrzehnten unter dem noch unmittelbaren Eindruck geschichtlicher Abläufe durchgerungen hatte. Ein amerikanisches Modell scheint sich gegenwärtig der Bundesrepublik geradezu aufzudrängen. Der neue Präsident der USA hat schon vor seinem Amtsantritt die europäischen Verbündeten nur zu deutlich darauf hingewiesen, daß diese zusammen mit den Vereinigten Staaten nicht nur über eine größere Bevölkerung, sondern erst recht über eine größere industrielle Kapazität als die Sowjetunion verfügten, sich also gemeinsam eine stärkere Militärmacht leisten könnten.

den Wirtschafts- und Wissenschaftssystemen stark dynamisierend aus. Zu einem Zeitpunkt, da sich ein struktureller Umbruch in der Weltwirtschaft ankündigt, der die Hochindustrielländer zu weiterer Vervollkommnung ihrer Produktionsmethoden bei gleichzeitiger Verlagerung von Produktionsschwerpunkten im Sinne einer Strukturveränderung veranlaßt, kann eine unter Höchstleistungsdruck gebrachte Rüstung als Mittel zum Zweck der Innovation vorzügliche Dienste leisten.

Nun ist allerdings die Verquickung finanzieller, industrieller und militärischer Machtinteressen, wie sie faktisch unüberschaubar in den Vereinigten Staaten von Amerika stattfindet, ein in der Welt noch einzigartiges Phänomen. Die Wechselwirkungen beginnen gleichsam bei den Winzigbauteilen der Mikroelektronik, die industrielle wie militärische Macht verleihen; sie reichen bis in das Geflecht von kooperierenden und konkurrierenden Potenzen des „American Enterprise“, das auf nationaler Ebene wie über multinationale Unternehmen operiert.

Es ist gewiß nicht einfach, den heterogenen Kreis von häufig kontrovers wirksamen Institutionen zu umreißen und die dazugehörigen (austauschbaren und auch oft ausgetauschten) Persönlichkeiten auszumachen, die in ihrer Gesamtheit das wesentliche Element amerikanischer Machtentfaltung darstellen: Natürlich gehören Großbanken, Handels- und Industriekonzerne ebenso wie jene von Lothar Rühl („Die Zeit“ Nr. 47/1980) definierte „neue technologisch-mathematische Machteliten“ dazu, gewiß auch die dem Pentagon zur Verfügung stehenden hochdotierten wissenschaftlichen

Berater, die neue „Klasse der Consultants“. In einem Leitartikel der FAZ (7. 11. 1980) hat Robert Held unter der Überschrift „Mächte, die hinter der Umgebung des Präsidenten stehen“ darüber sinniert: „Außer dem Präsidenten und dem Kongreß gibt es Establishments, die schwer zu orten sind, aber auf den Lauf der Dinge einwirken, wie zum Beispiel die von Carter ursprünglich gar nicht beabsichtigten Rüstungsbemühungen zeigen.“

Nun dürfte diese auf politische Entscheidungsprozesse Einfluß nehmende Hintergrundszenen in der Ära Reagan um so transparenter in Erscheinung treten, je deutlicher sich die angekündigte Generallinie durchsetzen wird, die auf Reduzierung des administrativen Apparates und der Regierungskontrollen zugunsten einer von staatlicher Einmischung weitgehend befreiten, expansiven Wettbewerbswirtschaft abhebt. Daß in einer solchen Konzeption der ambivalente, in zwei Richtungen wirksam werdende Mechanismus von Rüstung einkalkuliert ist, voll ausgeschöpft werden soll und somit auch sichtbarer hervortreten wird, liegt auf der Hand: Natürlich soll der Staat mit der ihm noch verbleibenden Aufgabe der Bereitstellung von steigenden Mitteln für die Rüstung dafür sorgen, daß die militärische Überlegenheit als ein wesentlicher Faktor amerikanischer Dominanz weltweit erhalten wird; daneben rangiert jedoch zumindest gleichwertig die instrumentale Bedeutung dieser Form staatlicher Investitionshilfe mit ihrem Antriebseffekt auf ein breit angelegtes Modernisierungsprogramm für den gesamtwirtschaftlichen Rahmen. Die an die umfangreiche Rüstungsplanung geknüpften Erwartungen im Hinblick auf innovatorische Schubkraft und industrielles Wachstum können als Argument für eine Gewichtsverlagerung bei den — insgesamt zur Kürzung anstehenden — Staatsausgaben nur intern zur Geltung kommen, weil Verständnis und Zustimmung für eine derartige Umschichtung von seiten der Öffentlichkeit nur durch absolut prioritäre Herausstellung sicherheitspolitischer Zwänge erreichbar sind, ganz abgesehen von den erforderlichen Rücksichten auf das äußere Image von Staat und Gesellschaft.

Dieser komplexe Sachverhalt verdient schon deswegen ausgeleuchtet und auf seine rationalen Inhalte untersucht zu werden, weil bereits der Nachweis einer Doppelmotivation gewisse Aufschlüsse darüber geben könnte, daß eben rein militärisch-machtpolitische Zielsetzungen nicht den allein dominierenden Stellenwert bei der jetzt in Washington betriebenen Hochrüstungskampagne besitzen. Wie immer das Ergebnis solcher Betrachtungen

ausfällt: die auf *facts and figures* fixierten Strategien in Moskau wird es sicher nicht dazu veranlassen, sich entsprechende Zurückhaltung bei den eigenen Rüstungsanstrengungen aufzuerlegen. Wahrscheinlich würde ihnen die Fremdheit eines westlichen Wirtschaftssystems sogar das Verstehen einer innenbezogenen Rüstungskomponente unmöglich machen, die darauf beruht, daß die Drehzahlerhöhung der Waffenentwicklungsspirale innovative Impulse auslösen und — zumindest zeitlich begrenzt — nationalökonomisch einen Nutzen versprechen kann. Für die USA hingegen ist eine unter diesem Teilaspekt eingeleitete Maßnahme im militärindustriellen Bereich etwas durchaus Plausibles; sie bietet den Vorteil relativ leichter politischer Durchsetzbarkeit und greift augenblicklicher als jedes andere Mittel aus dem Förderungskatalog für Privatinvestitionen. Rüstungsaufträge sind seit eh und je eine Quelle überhöhter, der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogener Profite für unzählige Unternehmen der verschiedensten Größenordnung; sie erlauben — nach den Plänen der amerikanischen Regierung — eine beschleunigte und erhöhte steuerliche Abschreibung aufgrund ihrer beschäftigungsstimulierenden Wirkung. (Allerdings dürften sich außerordentlich überhöhte Staatsausgaben im Verteidigungsbereich gesamtwirtschaftlich auch als schwerverdauliche Brocken erweisen, wenn es um die Durchführung eines Programms zur Inflationsbekämpfung geht.)

Wohlgermerkt kommt diese Art von Interessenzusammenspiel nur zum Tragen in einem nach westlichem Wirtschaftsmuster gestalteten Großraum, der über eine breitgefächerte Hochleistungsindustrie verfügt. (In technologisch schwach oder unterentwickelten Ländern hingegen wirkt eine in einsame Höhen vorangetriebene Wehrtechnik zwangsläufig als volkswirtschaftlicher Auszehrungsprozeß, der bei zentralistisch gelenkten Systemen — wie in der Sowjetunion — noch immanent verstärkt wird.) „Im Westen“, so konstatiert mit Blick auf diese kritische Diskrepanz der deutsche Politologe Claus Kernig (FAZ Nr. 251/80), „entsteht eine Wechselwirkung zwischen strategisch wichtigen Industrien und ziviler Umsetzung ihrer Resultate. Elektronik und Datenverarbeitung sind dabei die besten Beispiele. Nicht nur, daß die zivilen Industrien die Elektronik im Forschungs-, Planungs- und Produktionsprozeß anwenden, auch der einzelne Konsument kauft Geräte ein, die vom Taschenrechner bis zum Fernseher, vom Fotoapparat bis zur Hi-Fi-Anlage damit ausgestattet sind. Damit wird der Umgang mit Technik dieses Entwicklungsstandes breiten Schichten

zur Gewohnheit. Gleichzeitig werden massenhaft Arbeitskräfte mit der Produktion solcher Geräte vertraut. Im Westen sickert die Technologie durch alle Bereiche hindurch." — Die westliche Führungsmacht hat die relativ fortgeschrittenen strategischen Industrien als Schrittmacher der unterentwickelten Zivilindustrie zu nutzen verstanden. Auf diesen Sachverhalt hat auch Forschungsminister Andreas von Bülow (vor der List-Gesellschaft in Düsseldorf am 5. März 1981) mit dem Hinweis abgehoben, daß die USA ihren gewaltigen technischen Vorsprung „nicht ohne die massive Subventionierung über die Militärhaushalte“ erreicht hätten.

Daß aber selbst im amerikanischen System mit seiner erwiesenen Diffusionsfähigkeit erhebliche regionale und sektorale Strukturgefälle und Disproportionen durch einseitige Bevorzugung der militärtechnischen Industrien auftreten, beschrieb der Schweizer Amerika-Korrespondent Roman Berger im „Tagesanzeiger“: „Die Löhne und Profite in der Rüstungsindustrie stehen in seltsamem Gegensatz zu den leerstehenden Fabriken, den Einschränkungen in öffentlichen Diensten und der chronischen Arbeitslosigkeit in Regionen, die nicht an der Rüstung profitieren.“

Der heutige Entwicklungsstand wird z. B. durch Verhältnisse in Großunternehmen der Detroit-er Automobilindustrie gekennzeichnet, wo nur die in Rüstungsabteilungen Beschäftigten von Massenentlassungen verschont geblieben sind. Andererseits ist gerade die Masse der mittleren, mit Präzisionstechnik befaßten Zulieferfirmen im Rüstungsgewerbe so stark automatisiert, daß hier nur Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften besteht, für die es auch in den USA kaum ein Beschäftigungsproblem gibt. Diese werden wiederum in bestimmten Schwerpunktregionen zusammengezogen, für die das sogenannte „Silicon Valley“ bei San Francisco (Standort der Mikrocomputer-Technik, integrierter Halbleiterschaltsysteme usw.) mit bereits 700 000 Arbeitsplätzen in nahezu anderthalb Tausend High-Technology-Firmen ein Beispiel bietet. Hier findet auch seit Jahren eine stille Rüstungsrevolution mit Sensoren, Mikroprozessoren, per „Silizium-Chips“ gesteuerten Waffensystemen statt. Bei dieser regionalen Konzentration von so stark kapitalintensiven Unternehmen kann es nicht verwundern, daß schon bisher fast ein Viertel des Rüstungsetats nach Kalifornien geflossen ist. Hier und in anderen Teilen der westlichen und südlichen USA erlebt auch die Luft- und Raumfahrtindustrie durch die neue Rüstungspolitik einen Boom ohne gleichen: Aufgrund von Pentagon-

orders und erhöhten Exporten an Militärflugzeugen können die einschlägigen Unternehmen bereits für das laufende Jahr mit einem Gesamtumsatz von 80 Milliarden Dollar rechnen; die Zahl der in diesen Branchen Beschäftigten hat gegenwärtig die 1,2-Millionen-Marke erreicht.

Im übrigen ließe eine weitere drastische Anhebung des amerikanischen Wehrbudgets erwarten, daß ein neuer Rüstungswettlauf „at home“ beginnt; zum Beispiel könnte sich die einflußreiche chemische Industrie mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung solcher Kampfmittel bewerben, um deren Ächtung und Eliminierung auf der Grundlage internationaler Abkommen man sich bisher noch bemüht. Graf Baudissin bringt die Problematik auf folgenden Generalnenner: Die Technik bietet plötzlich etwas Neues an, und von daher wird die Strategie umgeformt. Falls man sich nicht darauf zu einigen bereit ist, ganz bestimmte destabilisierende Technologien nicht zu entwickeln, so wird es auf dieser Welt bei immer höheren Kosten immer unsicherer werden.

Aber wie auch immer: Tatsache scheint zu sein — so auch „Der Spiegel“, Nr. 7/81 —, daß viele Amerikaner (und nicht nur die Rechten) glauben, die Konjunktur ließe sich „auf Panzerketten schneller ankurbeln“, die Rüstung könne zugleich auch Rettung für die Wirtschaft bringen. (Bei einer Meinungsumfrage im Februar 1981 haben sich 68 Prozent der befragten Amerikaner für die drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben ausgesprochen.)

Wie immer man aber die stimulierenden Auswirkungen von Hochrüstung auf das allgemeine Wirtschaftsleben einschließlich der Übertragungsmöglichkeiten im Bereich der *advanced technics* einschätzen mag, der Bundesrepublik bietet sich hierin nicht das Mittel der Wahl an, um mit ihren strukturell bedingten Wachstumsschwierigkeiten besser fertig zu werden. Abgesehen von allen sicherheits- und geopolitischen Gesichtspunkten sprechen dagegen schon ganz schlicht Fakten der Größenordnung und der sozioökonomischen Eigenart.

Eine substantielle Vermehrung der wehrtechnischen Kapazitäten wäre nämlich in Anbetracht des relativ beschränkten eigenen (westdeutschen) „Marktes“ überhaupt nur durch eine offensive Ausfuhrpolitik zu erreichen. Auch unter dieser Voraussetzung würde — im Vergleich zu den großen Atom- und Raumfahrtmächten — die Angebotspalette viel zu begrenzt bleiben müssen, um eine echte Breitenwirkung im Sinne technologischer Durch-

brüche und allgemeinwirtschaftlicher Belegung zu erzielen. Zusätzliche staatliche Investitionshilfe über den Rüstungsfonds ließe sich im übrigen nur bei massiven Eingriffen in den

sozialen Besitzstand erreichen. Alles zusammengefasst: Die Anwendung der amerikanischen Formel könnte sich für die Bundesrepublik nur als destabilisierend erweisen.

Modell für Westeuropa?

Bleibe noch zu untersuchen, wie unter den hypothetischen Verhältnissen eines (west-)europäischen Bundesstaates sich diese Frage stellen und beantworten lassen würde. Schließlich hätte man es in einem solchen Fall politisch und wirtschaftlich mit einem Machtpotential zu tun, das gewisse Größenordnungsvergleiche mit Nordamerika zuließe. Ein solches Europa mit einer gemeinsamen Verfassung, einem gemeinsamen Staatsbudget und autonom betriebener Außenpolitik läßt sich ohne eigene starke Rüstungswirtschaft nicht denken. Auch weil diese Perspektive nicht grundsätzlich auszuschließen ist, bleibt die Ambivalenzproblematik der Rüstung für die Europäer ein Thema. Dieses könnte paradoxerweise gerade dann an Aktualität gewinnen, wenn sich die Nato-Europäer nicht zu einer so starken Anhebung der Rüstungsausgaben bereitfinden sollten, wie sie die USA erwarten. Unter diesen Umständen, so jedenfalls meint Bruno Kreisky, könnte mit einer amerikanischen Wende zum Isolationismus gerechnet werden. Eine solche Haltungsänderung wiederum könnte dazu nötigen, daß — nach Meinung des Schweizer Wirtschaftsministers Honegger (er sprach auf der gleichen Veranstaltung in Davos wie Kreisky) — Europa zur Steigerung seiner Leistungsfähigkeit einen kräftigen Innovationsschub in die Wege leiten müßte. — Eine solche Situation, so ließe sich fortsetzen, enthielte eine gewisse Verlockung, amerikanische Denkmodelle nachzuvollziehen.

Immerhin gibt es ja heute bereits eine Anzahl von Waffenentwicklungen in bilateraler oder trilateraler Kooperation verschiedener europäischer Staaten und Unternehmen; das könnte durchaus einmal als Vorstufe zu einer Rüstungswirtschaft in einem unionsstaatlichen Rahmen verstanden werden. Auch aus dieser Sicht sollte die Rollenzuweisung, die man heute in Washington teils nach innerem und teils nach äußerem Gebrauchsnutzen mit seiner militärtechnischen Industrie vornimmt, in den westeuropäischen Hauptstädten beobachtet und beurteilt werden.

War bisher vorwiegend die Rede von der in der allgemeinen Diskussion nur spärlich behandelten innenpolitisch-wirtschaftlichen Dimension der US-Rüstung, die man als „intrinsic factor“ bezeichnen könnte, so gehört in Korre-

lation dazu ein „extrinsic factor“, in dem sich das äußere Motiv für die Verstärkung wehrtechnischer Anstrengungen ausdrückt. Ein Wettlauf ergibt nur Sinn, wenn wenigstens ein anderer mitmacht. Zum Wettrüsten kann man nur antreten, wenn ein potentieller Gegner vorhanden ist, der als Herausforderer in Erscheinung tritt. Zum Aufbau und zur Unterhaltung eines hierzu geeigneten Feindbildes bietet sich den USA nach wie vor die Sowjetunion als Inkarnation des ideologischen und militärischen Gegenspielers an.

Diesbezüglich hat sich die Weltöffentlichkeit derart an ein geradezu spiegelbildliches Rollenverständnis der „beiden Supermächte“ gewöhnt, daß dieses praktisch kein Gegenstand zeitgeschichtlicher Ursachenforschung mehr ist und auf seine sachliche Berechtigung schon gar nicht abgeklopft wird. Die USA und die Sowjetunion haben selber offensichtlich kaum Interesse an jeder Art von Infragestellung ihrer einzigartig hochstilisierten Rivalitätsbeziehung, die als beherrschendes Element im weltpolitischen Kräftespiel imponiert. Sie brauchen und gebrauchen einander zur Durchsetzung und Legitimation ihres jeweiligen Handelns im Innern und nach außen. Das übermächtige Feindbild dient auf beiden Seiten dem staatlich-gesellschaftlichen Selbstverständnis ebenso wie einer Selbstdarstellung, die auf die übrige Welt wirken soll. Uneingeschränkt billigen sie sich daher gegenseitig das schmückende Epitheton „super“ zu, auch wenn dieses nach objektiven Maßstäben für die Sowjetunion nur mit dem relativierenden Zusatz „Supermacht des Ostens“ Gültigkeit beanspruchen kann; denn eigentlich ist die sowjetische Position als überragend nur innerhalb und in den Proportionen des von Moskau politisch-militärisch kontrollierten Bereichs zu bezeichnen, sieht man einmal von der Unterstützung sozialistischer Regime in vereinzelt Ländern der Dritten Welt ab.

Pauschal betrachtet hat Christoph Bertram, Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, nur zu Recht mit seiner Feststellung in einem Artikel in der „Zeit“: „Anders als die Vereinigten Staaten ist die Sowjetunion nicht wirklich eine Supermacht; sie ist lediglich eine globale Militärmacht. In den für alle Zukunft bedeutungsvol-

len internationalen Verhandlungen spielen die Sowjets keine Rolle. Am Nord-Süd-Dialog haben sie keinen Anteil. Dem Internationalen Währungsfonds gehören sie nicht an. Westliche Bankiers müssen ihnen Kredit einräumen, die Farmer Nordamerikas ihnen in schlechten Jahren Getreide liefern ...“ Zu ganz ähnlichen Schlüssen gelangte der Ostexperte Mike McGuire von der Brookings Institution in einer BBC-Diskussion am 22. Januar 1981: Im Grunde sei der sowjetische Einfluß weltweit stagnativ; es habe auch nicht den Anschein, daß ein großer meisterhafter Plan hinter allem stehe. Auch wenn im Denken des Westens die Sowjetunion als militärische Macht eine zentrale Rolle spiele, sei die Bezeichnung „Supermacht“ doch eher übertrieben, denn ihr stehe nicht annähernd ein solches Instrumentarium für Einflußnahmen verschiedenster Art zur Verfügung wie den USA.

Tatsächlich hat die durch den Sprachgebrauch von den „beiden Supermächten“ suggerierte Gleichrangigkeit stets nur fiktiven Charakter gehabt. In diesem Scheinverhältnis liegt jenes A-priori-Mißverständnis begründet, das Moskau bis zum Weißbluten bestrebt sein läßt, sich wenigstens auf militärischem Gebiet als ebenbürtig mit den USA auszuweisen und dementsprechend vor dem Gegenspieler und aller Welt Flagge zu zeigen. Ähnlich analysiert Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit“ (3. 4. 81): „Könnte es nicht sein, daß die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen nur unternommen hat, um ihre Schwäche auf den anderen Gebieten auszugleichen — also um sich selber Mut zu machen? Und besorgt fährt sie fort: ... könnte es nicht sein, daß Washington mit seiner neuen Rüstungsanstrengung Moskau lediglich anstiftet, noch mehr Raketen zu produzieren, wodurch die Diskrepanz zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor schließlich so groß zu werden droht, daß der Kreml meint, es bleibe ihm gar nichts anderes mehr übrig, als die Waffen nun auch einzusetzen?“

Andererseits haben die aus dem Zweiten Weltkrieg als die großen Sieger hervorgegangenen Amerikaner immer besonders empfindlich auf jede mögliche oder angebliche Beeinträchtigung ihrer globalen Vormachtstellung reagiert, die sich in erster Linie aus ihrer technologisch-unternehmerischen Leistungsfähigkeit ergeben hat. So haben sie den sukzessiven Verlust ihres „Atommonopols“, der — seit die Sowjets 1949 ihre erste Versuchsbombe zündeten — schließlich zu dem heute als „funktionierendes Gleichgewicht“ im nuklearstrategischen Bereich bezeichneten Zustand führte, nie recht hinzunehmen vermocht, auch wenn

sie auf dieser Geschäftsgrundlage Moskau als Partner eines Teststoppabkommens, beim Aushandeln des Nichtverbreitungsvertrages und im Saltprozeß als Partner akzeptiert haben.

Die in letzter Zeit erfolgten qualitativen Sprünge bei der Entwicklung nuklearer Waffensysteme (MX, Cruise Missiles, Earth Penetration-Sprengköpfe, Tridentraketen usw.), die sämtlich als Hardware für die Option zu einem „chirurgisch geführten“ Entwaffnungsschlag im Sinne der von Carter verkündeten Direktive 59 zu werten sind, können denn auch als Versuch einer Revision des — faktisch einzig auf dem Konzept einer glaubwürdig funktionierenden Abschreckung beruhenden — relativen Gleichstandes mit der Sowjetunion verstanden werden. Tatsächlich hat die neue Kernwaffengeneration etwas Destabilisierendes an sich, weil die Furcht vor dem Erstschlag der anderen Seite im akuten Krisenfall die Bedenkzeit verringern könnte. Nach Meinung Bertrams kann die neue Doktrin von der Sowjetunion allzu leicht so ausgelegt werden, als suchten die USA nun die Fähigkeit zu einem nuklearen Erststart, zu einem sogenannten Präventivschlag also, zu gewinnen, was „sicherlich keine günstige Interpretation im Sinne künftiger Stabilität und einer künftigen Rüstungskontrolle“ sei. Hinzuzufügen ist hier indessen, daß sich auch die sowjetische Seite mit Konzeptionen und technologischen Entwicklungen befaßt, die auf die „Führbarkeit“ einer atomaren Auseinandersetzung abzielen.

Den „Sputnikschock“ der fünfziger Jahre hatten die USA rasch überwunden: Aus dem kurzlebigen Vorsprung der sowjetischen Raumfahrt ist inzwischen ein beträchtlicher — auch militärisch relevanter — Rückstand geworden. Den entscheidenden Durchbruch dürfte jetzt das gelungene Unternehmen mit der NASA-Raumfähre Columbia gebracht haben. Offensichtlich haben die Amerikaner damit ein neues Zeitalter in der Militarisierung des erdnahen Weltraums einleiten können und sind auch in diesem Bereich der Sowjetunion um ein Jahrzehnt voraus. (Prompt wurde auch Hans Mark zum stellvertretenden NASA-Direktor ernannt; er gilt als überzeugter Befürworter der Nutzung der Raumfahrtforschung für militärische Zwecke). — Der Genfer Politologe Curt Gasteyger bemerkte in diesem Zusammenhang in der „Stuttgarter Zeitung“ (8. 4. 81), auf technisch verschiedenen Ebenen seien beide Seiten dabei, Mittel zur Vernichtung jener Satelliten — für Leit- und Überwachungsaufgaben — zu schaffen, die „im Rahmen der Abschreckung ein Mindestmaß an gegenseitiger Sicherheit garantieren sol-

len; ein wahrhaft widersinniges Unternehmen“.

In der innenpolitischen Auseinandersetzung im Kongreß und vor allem bei den Kämpfen um die Macht im Weißen Haus spielt das amerikanische Bedürfnis nach militärischer Superiorität eine gelegentlich entscheidende Rolle: So hatte lange vor Aufkommen der konservativen Grundströmung John F. Kennedy die Präsidentschaft mit dem Argument einer nachgewiesenermaßen überhaupt nicht vorhandenen „Raketenlücke“ erringen können; Jimmy Carter hat es ihm mit dem Slogan „Amerika muß wieder die Nummer Eins in der

Welt werden“ nachzumachen versucht, wobei Reagan ihm allerdings noch den Rang abgelaufen hat. Nichts eignet sich eben so gut wie militärische Vergleichsstatistiken, die von einschlägigen Institutionen jederzeit nach Bedarf geliefert und interpretiert werden, zu einem öffentlichen Verwirrspiel, zu Wechselbädern für die Wähler zwischen Verunsicherung und nationalem Selbstgefühl. Solchen Verfahren läßt sich lediglich mit der These von Fred Luchsinger (NZZ, 8. 2. 1981) begegnen, daß politisches Gleichgewicht so wenig wie politische Überlegenheit oder wie politische Macht mit bloßem Zählen, Wägen und Messen zu eruieren ist.

Amerikanische Ambitionen

Wie es um das machtpolitische Anspruchsdenken und die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, dieses in die Tat umzusetzen, bestellt ist, läßt sich an einer Reihe von Indizien ablesen. Etwa an Planungen im Zusammenhang mit der mobilen Joint Task Force, die zum Einsatz für die „Sicherung lebenswichtiger Interessen“ u. a. im arabischen Golfgebiet bereitgestellt wird. Als Stationierungs- und Übungsplatz für die landgebundene Einsatztruppe war in einer Pentagonstudie eine Insel der spanischen Kanaren vorgesehen mit der Begründung, daß sich von dort aus ein sicherer Luftkorridor für amerikanische Transportflugzeuge anbiete, weil Mauretanien, Mali, Niger, Tschad und Sudan militärisch nicht in der Lage seien, ihre Lufträume zu kontrollieren. — Als bei der Nato in Brüssel Verärgerung von europäischen Bündnispartnern darüber geäußert wurde, daß man von im Pentagon etwas voreilig angestellten Überlegungen, die Eingreiftruppen insgesamt dem amerikanischen Nato-Oberbefehlshaber in Europa zu unterstellen, nicht unterrichtet worden sei, erklärte ein US-Sprecher nur, es sei ausschließlich Sache Washingtons zu entscheiden, welche Befehlsaufgaben General Rogers neben dem Nato-Oberbefehl für amerikanische Streitkräfte wahrzunehmen habe.

In dieses aktuelle Verhaltensmuster amerikanischer Außenpolitik passen auch direkte und indirekte Einflußnahmen auf Entscheidungsbereiche der Europäischen Gemeinschaft. So bedurfte es eines diplomatischen Gewaltaktes der EG, um die von ihr bereits beschlossenen und durch ein „Veto“ der USA zurückgestellten Hilfslieferungen an Nahrungsmitteln und Medikamenten für die Bevölkerung von El Salvador (unter Kontrolle des IRK) durchführen zu können. Ein sichtbar gewordenes Inter-

esse des Regimes von Angola, unter gegebenen Umständen dem EG-Vertrag von Lomé beizutreten, dürfte hinfällig werden, sollte die US-Regierung mit ihrer erklärten Bereitschaft durchdringen, die schon von Südafrika über Namibia geförderten Kräfte der Unita mit militärischen Mitteln zu unterstützen.

Im politischen Raum stehen auch Aussagen wie die von Senator Tower, dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses: „Die Sowjets haben nicht genügend industrielle Reserven, um mit den USA in einem solchen Wettrüsten mitzuhalten. Deshalb wollten sie SALT II.“ Experten im Pentagon erklären, daß die Sowjets für technologische Entwicklung und Herstellung moderner Waffen allgemein etwa doppelt soviel Mittel einsetzen müßten, da bei ihnen die Arbeitsproduktivität nur halb so hoch wie in den USA sei. Bei mikroelektronischer Erhöhung der Zielgenauigkeit von Fernraketen — wie Minuteman III zum Beispiel — gestalten sich die amerikanischen Anstrengungen sogar mehr als sechsmal so kosteneffektiv wie die sowjetischen. Kaum noch in Kosten auszudrücken sind die Mißverhältnisse, wenn es um die Entwicklung etwa eines Luftverteidigungssystems gegen die von Fernbomben gesteuerten Marschflugkörper geht. Allein um den amerikanischen Vorsprung bei nuklearen Gefechtswaffen mit einem wirksamen Verteidigungssystem kontern zu können, brauche Moskau zehn Jahre und einen Aufwand von 50 Milliarden Dollar — so der Forschungschef des US-Verteidigungsministeriums.

Auf amerikanischer Seite neigt man dazu, das Verhältnis zur Dritten Welt prioritär unter rohstoffstrategischen Gesichtspunkten zu sehen, wobei die eigene Versorgung mit rüstungswichtigen Grundstoffen eine bedeutende Rolle spielt. Auf einer in Paris abgehal-

tenen internationalen Tagung unter dem Thema „La Guerre des Ressources“ wurde eine Nato-ähnliche „triozeanische Allianz“ zur Diskussion gestellt, die sich aus einer Kette von Regionalbündnissen zusammensetzen sollte. Mit Sicherheit würde nach einem solchen Konzept der Waffenexport in selektive Gebiete der südlichen Halbkugel, bei dem die USA schon seit eh und je weit an der Spitze stehen, einen beträchtlichen Aufschwung erleben. Im Programm zur Belebung der amerikanischen Wirtschaft würde auch dieser Posten zu Buche schlagen; durch die schon beschlossene Etatkürzung bei der multilateralen Entwicklungshilfe würden jedenfalls Gelder dafür frei.

So ist es auch schon beschlossene Sache, noch in diesem Haushaltsjahr die Waffenexporte um nahezu zehn Prozent über den Vorschlag der Carterregierung hinaus zu steigern.

Die sich in Washington abzeichnende neue Dritte-Welt-Politik ist übrigens wohl der sensibelste Bereich für grundsätzliche Divergenzen innerhalb des Westens. Vor allem aber würde sich Bonn, wo gerade ein Konzept zur Stärkung der Blockfreien entstanden ist, schwertun, hier gegebenenfalls eine andere Politik zu machen als die Amerikaner. Der Gedanke einer möglicherweise abweichenden Politik wurde von Egon Bahr (Bonner Perspektiven, ZDF, 22. 3. 81) vorgetragen, der dagegen ist, „Ost-West-Konflikte oder Bündnisangelegenheiten auf die Dritte Welt zu erstrecken“. Die überraschend hohe Aufbauhilfe, die gerade auch von amerikanischer Seite dem unter der Regierung des Sozialisten Robert Mugabe stehenden Zimbabwe zugesagt worden ist, wirft andererseits einen Hoffnungsschimmer auf die westliche Afrikapolitik; im Sinne gemeinsamer west-östlicher Verantwortung bleibt nun allerdings zu wünschen, daß sich auch die Sowjetunion recht schnell zu einer Beteiligung an der Milliarden-Kredithilfe für Salisbury-Harare entschließen könnte. Bedrohlich auf längere Sicht wäre jedoch eine Tendenz im Lager einflußreicher Ultra-Republikaner, die — laut Newsweek (6. 4. 1981) — ein hochgestellter Beamter in Washington so beschrieb: „Hinter den Argumenten einiger Konservativer zur Frage Südafrikas steckt Rassismus.“ Aus diesen Kreisen muß man auch den größten Widerstand gegen alles erwarten, was mit den Vereinten Nationen zusammenhängt. Der amerikanischen Haltung in der Namibiafrage dürfte hier eine Schlüsselrolle zukommen.

Unter den dargelegten Aspekten würde die „annähernde Parität“ im weltweiten Kontext

bald vollends zur Leerformel. Damit aber dürfte eine diplomatische Sprachregelung entfallen, auf die man sich im Sinne einer Art Arbeitshypothese geeinigt hatte, um eine psychologisch-politische Grundlage für Gespräche unter Gleichberechtigten herzustellen. Besagte Formel spiegelte global die wahren Machtverhältnisse zwischen West und Ost zwar nur sehr partiell wider, ließ sich jedoch immerhin auf die militärische Lage in Europa anwenden, wo — nach dem Urteil von Bertram — „ein Gleichgewicht in dem Sinne besteht, daß das Risiko eines Angriffs so groß ist, das ein solcher nicht stattfinden wird“.

Wenn jetzt Bundeskanzler Schmidt die deutsch-französische Position so beschreibt, daß sie sich gegen eine Politik des Strebens nach militärischer Überlegenheit „an jedermanns Adresse richtet“, so kommt darin wohl in erster Linie die Sorge um das Fortbestehen einer Verhandlungsebene für die Führungsmächte von Nato und Warschauer Pakt zum Ausdruck.

Nach wie vor kommt der — rein militärisch verstandenen — Gleichgewichtsformel für die europäischen Kräfteverhältnisse eine Schlüsselrolle zu; denn von dem in Einflußzonen geteilten Europa aus hat sich die amerikanisch-sowjetische Rivalität überhaupt erst entwickelt, um schließlich eine weltumspannende Dimension anzunehmen. Heute aber ist eine nur auf den europäischen Großraum beschränkte Anerkennung des Gleichgewichtsprinzips, das ohnehin auch hier unter dem west-östlichen Wirtschaftsgefälle leidet, praktisch unmöglich: Entweder bleibt das Modell Europa wenigstens grob im Weltmaßstab bestimmend, oder es kommt mit massivem militärischen Übergewicht einer Seite global zu Verschiebungen, die gewiß für den europäischen Bereich noch unabsehbare Konsequenzen mit sich bringen müßten. Würde nämlich eine der beiden Machtantipoden, die durch ihre gegenseitige Zuordnung so etwas wie eine Koordinate bilden, öffentlich deklassiert oder gar demontiert, so könnte damit das recht labile Weltsystem ganz aus den Fugen geraten, bevor etwa eine europäische Funktion politisch relevant geworden wäre. Denn in der Solorolle einer Weltordnungsmacht schlechthin läßt sich weder die Sowjetunion denken, egal was man dort selbst oder anderswo von ihrer weltrevolutionären Potenz halten mag (dazu in einem gerade veröffentlichten Bericht von vier außenpolitischen Instituten mit Sitz in Bonn, Paris, London und New York: „Angesichts der fundamentalen Unattraktivität des kommunistischen Modells ist das Problem nicht in der traditionellen Bedrohung durch

die Weltrevolution zu sehen"), noch dürften die Vereinigten Staaten trotz immenser Ausstrahlungskraft von „American Enterprise“ einer solchen Aufgabe gewachsen sein. Daß ein Chaos auch ohne Krieg den Sieger an der Zielinie eines hemmungslos geführten Rüstungswettlaufes erwarten kann, sollte sich gerade derjenige bewußt machen, der sich im Vollgefühl seiner überragenden Kondition und Reserven in den Wettkampf stürzt.

Konkret geht es um die Frage, ob jetzt die Amerikaner gut beraten sind, wenn sie ihr dominierendes Wirtschaftspotential und die ihnen zu Gebote stehenden technischen Vorteile voll ausschöpfen, um den „realen Sozialismus“ der Sowjetunion in den Bankrott zu treiben. Denn — so formuliert es der „Spiegel“ —: „Gerade wegen der gigantischen Rüstungsaufwendungen Rußlands — im Vergleich zu seiner Wirtschaftskraft — ließe sich die UdSSR

durch eine westliche Herausforderung ohne jeden Zweifel in schier ausweglose Schwierigkeiten stürzen — krankkräften, kränker noch als heute schon.“

In der Tat hat Moskau sich mit dem hohen Rüstungsaufwand der letzten Jahre übernommen, auch wenn (oder gerade weil) es mit diesem den Anschein, das Ansehen einer Supermacht gewonnen hat. An diesen Status hat es sich inzwischen nicht nur gewöhnt, sondern Staat, Regime und System sind davon geradezu existentiell abhängig geworden. Die sich aus der Weltmachtposition und deren Erhaltung ergebenden Verpflichtungen dienen dem Kreml gegenüber der eigenen Bevölkerung als psychologische Kompensation und zugleich als Argument für den niedrigen Lebensstandard, zur Rechtfertigung repressiver Maßnahmen sowie als Bindemittel für den Vielvölkerstaat und das sogenannte Sozialistische Lager.

Rote Flotte — Dritte Welt

In der übrigen Welt, nicht nur in der Dritten, ist das allgemeine Prestige der Sowjetmacht — nicht unbedingt nur unter positiven Vorzeichen — enorm gestiegen, wozu die Herausstellung forciert Moskauener Rüstung durch westliche Politiker, Wirtschaftskreise und Medien einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet hat. Aufbauend auf der schon traditionell zur militärischen Überversicherung neigenden Denkweise im Kreml, die aus geschichtlich gewachsenen Einkreisungs- und Bedrohungsängsten gespeist ist, hat sich auf diese Weise ein neues sowjetisches Selbstverständnis entwickelt, das laufend bestätigt sein will.

Formulierungen wie die des Politikwissenschaftlers François Duchêne, der die USA und die UdSSR als „die soldatischen Mächte unserer Ära“ nebeneinander stellt (im Gegensatz zu den „zivilen Mächten“ Westeuropa und Japan), liefern der prächtig florierenden sowjetischen Militärbükratie und den Rüstungstechnokraten das gewünschte Image im Innern, um die Gesellschaft weiter militarisieren zu können. Dem Weltmachtprestige vor allem dient auch der kostspielige Ausbau der Seestreitkräfte, deren Schlagkraft auf westlicher Seite so dargestellt wird, als könnte man sich schon bald einer maritimen Übermacht der Sowjets gegenübersehen. Dazu Theo Winkler vom Institut für Höhere Internationale Studien in Genf am 19. 8. 1980 im Schweizer Rundfunk: Sowjetische Flottenaufmärsche und Schlacht-

kreuzer machen zwar Eindruck in den Staaten der Dritten Welt; aber daraus zu schließen, daß die Sowjetunion der amerikanischen Marine überlegen sei, schein doch etwas übertrieben. Insgesamt gesehen hält sich die militärisch gestützte, weltweit expansive Operationsfähigkeit und -tätigkeit der Sowjets durchaus in engen Grenzen. Die von ihnen oder über Stellvertreter geleistete punktuelle und gelegentlich sprunghaft wechselnde Militärhilfe für sozialistisch gefärbte Befreiungsbewegungen und vereinzelte Regime — beispielsweise in Afrika — ergibt sich nicht selten aus Situationen, die auf westliches Fehlverhalten zurückgehen: einer auf kurzfristigen Interessen beruhenden Stützung feudalistischer Systeme und korrupter Diktaturen — bei teils bewußter Verknüpfung des genuinen Charakters von aufständischen Aktionen, die auf eine Änderung unerträglicher sozialer Verhältnisse abzielen. Das „Einspringen“ der Sowjets in sich anbietenden Fällen ist sicherlich auch durch globalpolitische Erwägungen — wie Gewinnung von Stützpunkten für ihre als weltmächtiges Demonstrationsobjekt verstandene Kriegsflotte — motiviert; eine gewiß entscheidende Rolle spielt bei solchen Unternehmen auch hier wieder das Bedürfnis der Sowjetführer, sich Erfolgserlebnisse durch sozialistische Experimente in der Entwicklungswelt zu verschaffen, um sie ihrer zunehmend kritischer und — auf wirtschaftlichem Gebiet — unzufriedener werdenden eigenen Bevölkerung vorzuweisen. — Wie es tatsächlich um

die Erfolge des sowjetischen Expansionismus derweil bestellt ist, geht nach Meinung des Harvard-Professors und ehemaligen US-Botschafters John K. Galbraith aus einer Gewinn- und Verlustrechnung hervor, die er in einer „International Herald Tribune“-Serie (20., 26. 3. und 4. 4. 1981) aufgemacht hat: Die Russen hätten in den beiden letzten Dekaden enorme Verluste an auswärtigen Einflußpositionen hinnehmen müssen, so in China, Osteuropa, Indonesien, Ägypten, Algerien, Ghana und bei verschiedenen kommunistischen Parteien in Westeuropa. „Dafür hat es kommunistische Expansion gegeben — in Afghanistan, um ein gescheitertes marxistisches Regime zu retten, in einem Land, das sich als so ungastlich wie kaum ein anderes gegenüber Imperialismus in den vergangenen zwei Jahrhunderten erwiesen hat. Und in Angola, wo das MPLA-Regime von kubanischen Soldaten gestützt wird und — auf viel praktischere Weise — durch die Lizenzzahlungen der (US-Gesellschaft) GULF OIL. Und in Äthiopien, wo ... die Macht der Regierung niemals zuverlässig weit über den Flugplatz hinausreichte. Als eine Bastion des Kommunismus wurde Äthiopien gegen Somalia eingetauscht, das heute einen Außenposten der Freien Welt darstellt. So ist es um die zwanzigjährige Geschichte des Sowjetimperiums bestellt.“

Übrigens hat es sich auf der Blockfreien-Konferenz in Neu Delhi erst wieder gezeigt, daß der sowjetische Einfluß in der Dritten Welt gerade auf politisch-ideologischem Felde eher rückläufig ist. Daß sich die ideologische Begründung aber auch innenpolitisch für Moskau als kontraproduktiv erweisen kann, geht aus einer Analyse des amerikanischen Sowjetologen Donald Shanor („Voice of America“, 25. 3. 1981), Verfasser des Buches „The Soviet Triangle“, hervor, dem bei längerem Studienaufenthalt in der UdSSR häufig Klagen über die „teuren Abenteuer in fernen Ländern“ zu Ohren kamen. Er urteilt: „Die sowjetische Dominanz in einem kleinen Land Afrikas mag sich als Vorteil für Moskau und als Bedrohung des Westens ausnehmen, läuft jedoch den Bestrebungen jeder modernen Befreiungsbewegung zuwider. Zugleich stellt sie eine enorme Belastung der sowjetischen Wirtschaft und auch des einzelnen Sowjetbürgers dar.“

Eine echte Legitimationskrise, die den Beginn einer Serie von Destabilisierungsprozessen bedeuten dürfte, könnte im Gefolge eines neuen, alles bisherige in den Schatten stellenden Rüstungsschubs für die Sowjetunion erwartet werden. Bestätigend für dieses Dilemma, dem Moskau sich gegenüber sieht, ist ein Bericht in der NZZ vom 8. März 1981, wonach Nato-

Experten in Brüssel die „milden Töne Breschnews“ auf dem jüngsten Parteitag darauf zurückführen, daß sich Moskau aus wirtschaftlichen Gründen auf ein möglichst störungsfreies Klima in den Ost-West-Beziehungen angewiesen fühlt; der Kreml wolle der mit Schwierigkeiten kämpfenden Wirtschaft nicht Hilfsquellen und Kooperationen verschließen. Nur mühsam und keineswegs vollständig ist es der Sowjetunion bisher gelungen, westliche Qualitätsüberlegenheit bei wehrtechnischem Gerät großenteils durch Quantität auszugleichen. Aber auch dabei stößt sie schon an Grenzen, weil ihr die technologischen Voraussetzungen zur Massenfertigung fehlen. Je technisch anspruchsvoller das Gerät ist, desto mehr ist sie auf Kleinserienfabrikation angewiesen. Und dennoch entzieht das Rüstungsmanagement jetzt schon der übrigen Wirtschaft den leistungsfähigsten Teil der fachlichen Führungs- und Arbeitskräfte. Da es im Gegensatz zu den USA in der Sowjetunion eine fördernde Wechselbeziehung zwischen Zweigen der zivilen und der Rüstungsindustrie nicht gibt — und es sie aufgrund der systemimmanenten zentralen Steuerungs- und Zuweisungsmechanismen weder geben kann noch darf —, wächst unaufhörlich die Spannung zwischen einer relativ hochentwickelten strategischen und einer unterentwickelten zivilen Industrie.

In der Komplexität dieses Entwicklungstrends ist ein großes inneres und äußeres Konfliktpotential enthalten. Welches Mehr an Personal, Material, Energie, Transportleistungen, Bauten und Außenhandelsanforderungen kann ein mit Vorrang behandelter, isoliert bestehender strategischer Bereich noch beanspruchen, ohne das Gefüge der gesamten Sowjetwirtschaft ins Wanken zu bringen? Diese Frage steht im Raum neben der des Trierer Politologen Kernig: Was geschieht, wenn die Sowjetunion auf strategischem Gebiet mit westlichen Entwicklungen mithalten muß, die ihre Fähigkeiten überfordern? Dazu die Feststellung von Wolf Perdelwitz in seinem Buch „Wollen die Russen Krieg?“, 1980: „Der technische Rückstand wird für das sowjetische Militär immer problematischer. Denn die Gegenspieler im Westen haben inzwischen einen Entwicklungsstand erreicht, der den weiteren Rüstungswettlauf zu einem Wirtschaftskampf umwandelt, den die Sowjetunion nicht gewinnen kann. Den gegenwärtigen westlichen Rüstungsstand wird die UdSSR frühestens in zehn Jahren erreichen — vorausgesetzt, sie kann den gewaltigen Forschungsaufwand bezahlen.“ Auch unter diesen Aspekten muß man die Budgetvorlage von US-Verteidigungsminister Weinberger betrachten, die über die An-

sätze der Carter-Regierung hinaus einen Zuwachs von 6,8 Milliarden Dollar im laufenden Haushaltsjahr und von 25,8 Milliarden für das bereits im Oktober beginnende Finanzjahr 1982 beinhaltet. Bewegen wir uns „auf irrationalen Wegen“ (so der Berner Professor Hans Ruh im Schweizer Rundfunk, 5. 3. 1981), wenn z. B. die USA planen, ihren Wehretat in den nächsten fünf Jahren um 170 Milliarden Dollar aufzustocken, ihn also verdoppeln? Verbindet Washington mit seinem neuen Rüstungsprogramm die Absicht, vor aller Welt die Unterlegenheit, ja das Scheitern der Staatswirtschaftssysteme sozialistischer Machart zu demonstrieren? — Wie weit das überhaupt noch erforderlich ist, mag gerade nach dem wirtschaftspolitischen Offenbarungseid des polnischen Regimes dahingestellt bleiben. Falls jedoch in Polen die Versorgungskrise über eine Systemkrise wirklich zu einer etwas pluralistisch aufgelockerteren Form des Sozialismus führen sollte, so ließen sich hieraus gewiß noch keine vergleichbaren Vorstellungen für die Sowjetunion ableiten. Der Gedanke erscheint abwegig, das Vielvölkerimperium könnte sich dadurch in Richtung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wandeln, daß man es zur Aufgabe seiner Weltmachtrolle zwingt. Sollte man wirklich auf einen solchen Wandel durch Aushungerung und nationalen Gesichtsverlust setzen, so wäre das schon ein sehr riskantes Spiel.

Das potentielle Risiko des sich abzeichnenden außen-, wirtschafts- und militärpolitischen Ostkonzepts Washingtons erscheint bedenklich gerade auch aus westeuropäischer Sicht. Zwei kontrovers zur eurostrategischen Nuklearrüstung argumentierende konservative Persönlichkeiten in der Bundesrepublik („Stern“ Nr. 14/1981) kommen — ähnlich wie Marion Gräfin Dönhoff in der oben zitierten Äußerung — zu dem Schluß, daß ein in wirtschaftliche Zwangslagen gedrängtes und dadurch innenpolitisch gefährdetes Regime in Moskau einen verzweifelten Selbsterhaltungsversuch sogar in Form eines militärischen Ausfalls nach Westen unternehmen könnte: Alfred Mechttersheimer vom Starnberger Max-Planck-Institut, Oberstleutnant a. D. der Bundesluftwaffe, befürchtet, die Sowjetunion könnte angesichts rüstungsbedingter wachsender ökonomischer Schwierigkeiten in Versuchung geraten, innere Konflikte und/oder solche in ihrem europäischen Machtbereich durch „militärische Maßnahmen nach außen lösen zu wollen“; und der Verleger der „Zeit“, Dr. Gerd Bucerus, hält den Gedanken für realistisch, daß „die Sowjetführung — in schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten über eine ärmlich lebende Bevölkerung herrschend — auf die Schätze ei-

nes kampflos dargebotenen reichen Europa“ nicht verzichten würde. — Diese beiden aus entgegengesetzter Richtung gezogenen hypothetischen Entwicklungslinien laufen bezeichnenderweise zusammen in dem fatalen Punkt X, an dem sich Moskau einer hoffnungslos erscheinenden wirtschaftlichen Situation gegenübersehen könnte. Selbst der „hard-liner“ Herman Kahn vom Hudson Institute äußert Besorgnis über den Umfang amerikanischer Rüstungsvorhaben, der in einigen Jahren zu einer fünffachen nuklearen Überlegenheit der USA und zu einer Festschreibung ihres militärischen Vorsprungs „auf beinahe jedem anderen Gebiet“ führen würde: „Daran könnte sich eine Konfrontation mit der Sowjetunion entzünden“ (Spiegel, Nr. 16/81). Sollte nicht eine solche denkbare Perspektive allein Anlaß genug für den Westen sein, eine Konzeption zu erarbeiten und den Sowjets zu unterbreiten, die ein interdependentes System zur Stabilisierung der gesamten Industrielwelt ermöglichte.

Effektiv läuft die neue amerikanische Hochrüstung, flankiert von drastischen Bestimmungen zur Einschränkung des Güter- und Lizenzexports, auf die Erklärung eines Wirtschaftskrieges hinaus. Konzeptionell jedoch ist die Auseinandersetzung machtpolitisch angelegt und richtet sich nicht gegen einen wirtschaftlichen Konkurrenten. Vielmehr ist das Unternehmen gerade auf der ökonomischen Unterlegenheit eines Gegners aufgebaut, dessen weltpolitisches Einflußpotential im wesentlichen auf militärischer Stärke beruht. Diese wiederum hat er sich nur mittels eines Militärhaushaltes zuzulegen vermocht, der aus einem — verglichen mit den USA — sehr viel kleineren Bruttosozialprodukt herausgequetscht wird. An diesem kopflastigen Sektor der sowjetischen Volkswirtschaft setzt die amerikanische Offensive nun an und verbindet damit den Vorschlag eines Junktims, das eine Verlangsamung des Rüstungsvormarsches auf dem Wege neuer Begrenzungsabsprachen von einem „weltpolitischen Wohlverhalten“ Moskaus abhängig macht.

Die Rüstungsspirale mit Hilfe eines Rüstungsschocks zum Stillstand zu bringen oder gar zurückschrauben zu wollen, stellt sich jedoch als ein widersprüchliches und mit unkalkulierbaren Risiken behaftetes Unterfangen dar. Denn bei Beurteilung dieses wirtschaftstrategischen Konzepts der Amerikaner sind auch Erfahrungswerte aus dem Zweiten Weltkrieg nicht zu weit hergeholt: Die im politisch-militärwirtschaftlichen Komplex verankerten und verfilzten Neuen Klassen des Sowjetsystems werden nicht zögern, die Bevölkerung zum

„vaterländischen Wirtschaftskrieg“ gegen einen ihre Existenzgrundlagen bedrohenden Angriff von seiten „imperialistischer Kräfte“ aufzurufen. Und es steht zu erwarten, daß die große Masse der Sowjetbürger sich mit ihrer Führung auch in diesem Falle solidarisieren, also erhebliche Konsumopfer erbringen wird und zusätzliche disziplinarische Einengungen erträgt. So wird die Weitergabe des Drucks von außen zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Mobilmachung und größeren Verarmung des Volkes führen; dabei werden die Partei-, Staats- und Gesellschaftsstrukturen politisch, ökonomisch und philosophisch nur noch weiter verkrusten. Die FAZ (23.2.1981) hat da noch weitergehende Bedenken artikuliert: Der Nato-Generalsekretär Luns habe auf ein altes Grundgesetz aller Diktaturen hingewiesen, für die die Versuchung nahe liege, innenpolitische Verlegenheiten mit dem Ausgreifen nach außen zu verdecken, was die Untertanen zu fortwährendem, weil national motiviertem Gehorsam veranlaßt. Aus purem Eigeninteresse sollte die westliche Industrieländerwelt deshalb bemüht sein, der Sowjetunion einen solchen

(möglicherweise selbstmörderischen) Kampf ums Überleben als Supermacht in Gestalt eines gepanzerten Kolosses auf tönernen Füßen zu ersparen. Eine sich nur durch militärische Übergewichtigkeit als Weltmacht ausweisende Sowjetunion ist als wirtschaftlich Schwerbehinderter zur politischen Verkämpfung prädestiniert; sie muß geradezu auf ihre Umwelt bedrohlich wirken, solange sie nichts als ihr Waffenpotential zum Behaupten ihrer Geltung und Stellung in der Welt einzusetzen vermag. — Wolf Perdelwitz spricht in diesem Zusammenhang (in seinem schon genannten Buch) von einem „Teufelskreis“: „Von ihrer natürlichen Beschaffenheit her, nach Größe und Reichtum an Bodenschätzen, ist die Sowjetunion eine ‚geborene‘ Supermacht — wenn sie nur diesen Reichtum erschließen und nutzbar machen könnte. Doch daran wird sie gehindert, weil sie die Elite ihrer Wirtschaft in der Rüstung verschwendet, statt sie mit der Erschließung des Landes zu beauftragen. Daran wiederum wird sie gehindert, weil nur die Rüstung ihr den Status einer Supermacht sichert.“

Ein neues „linkage“

Als Alternative zum ruinösen Rüstungskampf, der den militärischen Charakter der Sowjetmacht nur verstärken kann, bietet sich demnach das Konzept einer Rüstungspolitik an, die eine Stabilisierung der globalen Kräfteverhältnisse durch das Entstehen einer stärker zivilwirtschaftlich saturierten Sowjetunion zum Ziel hat. Das allerdings würde eine Revision des zu eng an militärischen Kategorien orientierten sicherheitspolitischen Denkens auf amerikanischer Seite und ebenso bei den Sowjets bedeuten, die aus diesem Teufelskreis nur mit Hilfe eines kühnen west-östlichen „Deals“ herauskommen könnten. Ein neues „linkage“ wäre gefragt, nach dem beidseitige Rüstungsbeschränkungen mit einem umfassenden Programm der Wirtschaftskooperation verkoppelt werden müßten. Die damit für beide Teile verbundenen Risiken lassen sich durch Kompromisse abfangen, die auf der Grundlage gleichgewichtiger Interessen geschlossen werden. Das wiederum würde politische Grundsatzentscheidungen erforderlich machen: Bei den Amerikanern geht es im Kern um eine Revision ihrer von konventionellem Sicherheitsverständnis bestimmten Außenwirtschaftspolitik, wie sie vom US-Verteidigungsministerium beispielsweise im Oktober 1977 (über zwei Jahre also vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan) definiert wurde: „Die Kontrolle des Exports von

technologischem Wissen im Bereich von Design und Fabrikation ... ist absolut notwendig für die Aufrechterhaltung der technologischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten.“ Natürlich wären auch bei einer solchen Revision sicherheitspolitische Grenzen zu beachten: Die Entscheidung über Definition und Gebrauch der „technologischen Waffe“ durch die westlichen Industrieländer sollte dahingehend getroffen werden, daß die Schwarze Zone des rein militärischen Know-how und Materials ausschließlich den eigenen, dem sowjetischen Rüstungsstand angepaßten Sicherheitsbedürfnissen vorbehalten bleibt. Hingegen sollten das technische Wissen und Produkte der Grauen bzw. Weißen Zone, die im Zweifelsfall zivilen wie militärischen Zwecken dienen könnten oder sich auch aus dem zivilen Sektor in einen Rüstungsbereich transferieren ließen, als kontrollierbare Waffen zum friedlichen Ausgleich der Systeme eingesetzt werden.

Moskau wird dogmatisch-ordnungspolitische Bedenken zu überwinden haben, um in seinem starren Wirtschaftssystem Korrekturen vorzunehmen, die es dann zu den verschiedenen sich anbietenden Formen der Zusammenarbeit mit westlichen Partnern befähigen könnten. Die Interessenlage der sowjetischen Volkswirtschaft ist heute schon so vorrangig

auf Technologietransfer aus dem Westen konzentriert, daß sich der Kreml mit einiger Wahrscheinlichkeit zur Annahme eines Vorschlagspaketes im Rahmen wirtschaftlich-wissenschaftlicher Zusammenarbeit bereifinden würde, auch wenn ihn das etliche Abstriche an staatswirtschaftlicher Dogmatik kosten sollte. Inzwischen beginnt sich nämlich dort auch in den zentralen Steuerungs- und Kontrollinstanzen die Einsicht bemerkbar zu machen, daß das bestehende Plansystem ebenso unefektiv wie unflexibel arbeitet und von pragmatischen innovatorischen Anstößen aus dem Westen nur profitieren kann.

Auf eine weitere Dimension einer engeren Zusammenarbeit ging Jürgen Nötzold vom Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit (Europa-Archiv, Nr. 23/1980) ein: Die Folge von Maßnahmen zur Reduzierung des Technologietransfers wäre ein Abbau des Stabilitätspotentials, das sich aufgrund der Wirtschaftsbeziehungen schon entwickelt hat. Der internationale Technologietransfer schaffe weit tiefergehende Verflechtungen der beteiligten Partner als der einfache Rohstoffhandel oder auch Weizenkäufe. Gerade längerfristige Projekte mit einer engen Zusammenarbeit der Partner seien mit Kommunikationsbeziehungen verbunden, die nicht nur Güter, sondern auch Menschen betreffen. Längerfristig könnte sich eine Perspektive von Christian Kind (NZZ, 23. 11. 1980) bewahrheiten: „Mehr als Carter, der soeben der Lieferung von Röhrenverlegungsmaschinen an die Sowjetunion zugestimmt hat, könnte Reagan auch ein Ohr für die Osthandelswünsche amerikanischer Großhandelsfirmen haben, was wiederum geringeren Widerspruch gegen entsprechende deutsche Pläne für Großlieferungen in gigantischem Ausmaß an die Sowjetunion erwarten ließe.“

Bisweilen drückt allerdings, von doktrinären Konservativen ausgehend, geradezu ein Klima

des Neo-McCarthyismus auf Verbündete ebenso wie auf den innenpolitischen Raum der USA: Ein Beamter der State Department charakterisierte es „Newsweek“ (6. 4. 1981) gegenüber mit dem Satz: „Manchmal überlege ich mir, ob sich einige von diesen Leuten nicht gegen den Vorwurf absichern wollen, sie träten zu weich im Hinblick auf den Kommunismus auf.“ Ob und wie konkret sich dieses Klima durchsetzen kann, dürfte sich schon auf dem Wirtschaftsgipfel in Ottawa im Juli dieses Jahres erweisen, wo aller Voraussicht nach auch über die Verbindlichkeiten der erweiterten Verbotsliste für die Ausfuhr strategisch bedeutsamer Güter gesprochen wird.

Weit über die oben angesprochenen Kompensationsprojekte im Bereich des Energietransports hinaus bietet sich ein Ausbau der Unternehmenskooperation für die im Strukturwandel fortgeschrittensten westlichen Industrieländer mit der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern an. In dieser Intensivform wirtschaftlich-technischer Zusammenarbeit sieht Nötzold ein vielversprechendes Mittel zur Erhaltung des Westhandelspielraums; denn gerade die RGW-Länder „bieten gegenüber manchen anderen Ländern der Welt den Vorteil einer bewußten Industrialisierungsstrategie, die auf die kontinuierliche Übernahme höherwertiger Technologie abstellt. Außerdem verfügen sie über qualifizierte Arbeitskräfte und setzen relativ umfangreiche Mittel für Forschung und Entwicklung ein.“ Eine teilweise Freisetzung der Kräfte und Mittel, die dort heute weitgehend vom Rüstungssektor absorbiert werden, sollte dann über ein „linkage“ von Rüstungsbeschränkung und Kooperationspaket erreicht werden. Im übrigen schafft der auf diesem Wege ablaufende Technologietransfer die dringend erforderlichen Voraussetzungen für eine allgemeine Produktionssteigerung in der sowjetischen Industrie und damit auch Abhilfe für deren ungünstige Exportstrukturen.

Ein Geschäft ohnegleichen

Das Volumen des volkswirtschaftlichen Nachholbedarfs allein in der Sowjetunion ist so enorm, daß es sich zahlenmäßig kaum erfassen läßt. Bringt man dazu jedoch nur die potentiellen Reichtümer an Rohstoffen ins Kalkül, so zeichnen sich die Umriss eines west-östlichen Geschäfts ohnegleichen ab. Die Schwerpunkte liegen in einer Modernisierung und zugleich strukturellen Ausweitung der sowjetischen Investitionsgüterindustrie, die durch „technologischen Konservatismus“ (so eine

Analyse der Yale University von 1977 „The technological level of Sovjet Industry“) geprägt ist; darüber hinaus geht es um die Schaffung einer industriellen Basis für die Fertigung von Produkten des Massenkonsums, um eine Entwicklungsstrategie für die Landwirtschaft, den Ausbau der dürftigen kommunalen und regionalen Infrastrukturen und — last not least — bieten sich Großprojekte zur Exploration und Förderung von Ressourcen im Energiebereich und darüber hinaus an.

Schon diese Übersicht über die hauptsächlichlichen Betätigungsfelder läßt das ganze Dilemma erkennen, in dem sich die sowjetische Staatswirtschaft befindet: Hier können mit einzelnen westlichen Partnern abgeschlossene Kredit- und Kompensationsverträge über die Ausführung bestimmter Großprojekte nur Stückwerk bleiben, ebenso wie der Verkauf ganzer Spezialfabriken mit dazugehörigen Lizenzen oder die Detaillieferung und Installation von Gerätschaften der Spitzentechnologie, etwa zur Datenverarbeitung oder zur elektronischen Steuerung. Auf diese Weise werden nur zusätzlich Fremdelemente in den sowjetischen Wirtschaftskörper verpflanzt, die dort, ohne „Diffusionswert“, die bestehenden Disproportionen eher noch verstärken. Eine die produktive Phantasie anregende und damit einen Erneuerungsprozeß an der industriellen Basis der Industrie einleitende Wirkung läßt sich dagegen nur über methodische Kooperationspraktiken erzielen. Als Mittel der Wahl bietet sich dazu vorrangig eine breitgefächerte betriebliche Zusammenarbeit mit westlichen Unternehmen der verschiedensten Größenordnung an, die traditionelle Industriezweige mit einschließt, daneben aber das viel zu konservative Produktionsmuster der Sowjetwirtschaft verändern hilft. Denn der technische Rückstand der Sowjetunion wird — nach Feststellung des „New Scientist (24. 11. 1977) — gerade dadurch noch verstärkt, daß die Verbreitungsrate neuer Produkte und Prozesse, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtproduktion, langsamer als in den anderen Industrieländern wächst. Dies bedeutet, daß andauernd eine Produktion technologisch weniger fortgeschrittener Anlagen stattfinden mußte, um die erforderlichen Kapazitätsausweitungen zu bewerkstelligen, während solche Produkte oder Industrien in anderen Ländern bereits aus der Produktion entfernt worden sind.

Die gegenwärtige Sowjetführung hat diesen zentralen Schwächebereich in ihrem Wirtschaftssystem ebenfalls ausgemacht und räumt daher jetzt der technologischen Verbesserung im Gegensatz zur Erweiterung des Anlagevermögens Vorrang ein. Sie dürfte gleichzeitig erkannt haben, daß die geringe Ersatzrate von veralteten Herstellungsanlagen für Investitionsgüter auch der Ursprung allen Versorgungsübels ist, weil eben in der Leicht- und Konsumgüterindustrie nur unter Verwendung von EDV, Fertigungsautomaten und Instrumenten zur Produktionskontrolle eine rationelle Massenfertigung in großen Serien möglich wird.

In Moskau hat man die Modellversuche zur Gründung von „Joint Ventures“ (gemeinsamen

Unternehmungen), die in einigen osteuropäischen Ländern angelaufen sind, mit offenbar positivem Interesse beobachtet; man zeigt selbst zunehmend Bereitschaft zu organisatorischen Reformen, die als Voraussetzung für eine Unternehmenspartnerschaft auf der Grundlage verschiedenartiger Systeminteressen erforderlich sind. Natürlich ist eine solche pragmatische Systemüberbrückung nicht als ein starres Verfahren anzusehen; vielmehr sollte es sich unter Einhaltung bestimmter Grundregeln dynamisch-funktional entwickeln können, was durch gemeinsame Erfahrungen und Vertrauensbildung erreichbar sein muß. Je längerfristiger und intensiver die Formen der Zusammenarbeit angelegt sind, desto mehr Erfolg kann man sich von dem damit verbundenen Gewöhnungs- und gegenseitigen Lernprozeß versprechen. Durchsetzung und Durchführung eines auf Breitenwirkung angelegten Programms der betrieblichen Kooperation erfordert gewisse wirtschaftspolitische Konzessionen von beiden Seiten, verlangt aber weder den westlichen noch den östlichen Partnern unzumutbare Abstriche an ihren Gesellschaftsphilosophien ab.

Auf westlicher Seite kann der Staat durch einen Katalog gesetzlicher und fiskalischer Erleichterungen das unternehmerische Interesse an Investition und Expansion auf den östlichen Marktgebieten stimulieren; auf östlicher Seite wird durch eine Beteiligung privater Kapitalinteressen, die selbstverständlich auf einen staatlichen Mehrheitsanspruch abgestellt sein müssen, eine Auflockerung der im Zentralismus erstarrten Formen wirtschaftlicher Steuerung und Lenkung zu erwarten sein. Der in der Praxis entscheidende Einfluß dürfte von der Mitwirkung technischen und geschäftlichen Managements aus dem Westen ausgehen: Durch sie werden Elemente echten Wettbewerbs in das sowjetische Wirtschaftsleben einfließen, es wird marktorientierter produziert werden.

Ein sich für westliche Unternehmen durch die Modernisierung der Sowjetindustrie mit Herstellung und Einsatz neuer technologischer Produktionsmittel aufschließender Markt verspricht große Gewinnmöglichkeiten, wenn man bedenkt, daß allein in der Bundesrepublik im vergangenen Jahrzehnt deutsche Unternehmen etwa 2000 Milliarden DM für arbeitssparende Maschinen und Produktionsanlagen, also für eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, ausgegeben haben. Sobald aber auf dem Wege der Rationalisierung und Automatisierung die Voraussetzungen für die Massenerstellung von Verbrauchsgütern in einer sich verbreiternden Angebotspalette geschaffen

sind, wird sich der sowjetische Konsumgütermarkt als sehr aufnahmefähig erweisen, auf dem das westliche Unternehmenspotential dann auch die erforderliche Zeit und Kraft gewinnen kann, um die für ihre eigenen übersättigten Marktbereiche notwendigen Innovationen vorzunehmen.

Auch die Agrarwirtschaft darf als besonderes Notstandsgebiet in der sowjetischen Versorgung bei einem Kooperationsprogramm großen Stils nicht ausgespart bleiben, nachdem den amerikanischen Farmern ohnehin schon

ein zeitweiliger Verzicht auf den Verkauf ihrer Überschußproduktion an Weizen und Mais in die Sowjetunion zugemutet worden ist und in den EG-Ländern sich die Empörung über die zu niedrig ausgehandelten Preise beim Absatz ihrer Butterberge immer wieder Luft macht. Über west-östliche Firmenkooperation sollte auch der Mangel an chemischen Düngemitteln, Pflanzenschutzstoffen, spezialisierten Landwirtschaftsmaschinen, Lagerkapazitäten und Verarbeitungsanlagen in der Sowjetunion sowie anderen RGW-Ländern überwunden werden.

Energiepolitik globalen Zuschnitts

Der wohl zentralste Bereich west-östlicher Kooperation ist die Energiepolitik, bei der in großzügigem Maßstabe die Grundkonzeption „Technologie gegen Ressourcen“ zum Tragen kommt. Als multilateraler Ansatz bietet sich hierfür eine sachlich breitgefächerte Diskussion und Planung über das Instrument „Europäische Energiekonferenz“ an. Für die Abhaltung eines solchen Unternehmens hat sich Bundeskanzler Schmidt bei seinem Moskau-besuch im Sommer 1980 klar ausgesprochen, und Außenminister Genscher hat später im Jahr in seiner Eröffnungsrede auf der KSZE-Nachfolgekonferenz das deutsche Interesse an diesem Vorhaben ausdrücklich bestätigt. Zu einer entsprechenden Beschlußfassung konnte es in Madrid leider nicht kommen, weil sich auch in dieser Frage eine retardierende Grundhaltung der USA durchsetzte, die in Sachen Energie von spezifischen Interessen der großen Ölgesellschaften mitbestimmt sein dürfte. Auch hier sieht es so aus, als ob sich die im erweiterten europäischen Kontext stehende Energiekonferenz nur innerhalb eines Angebotspakets zur Rüstungskonversion verwirklichen ließe. An die Spitze der Konferenzagenda würden Fragen des Austauschs gesicherter Daten über die nationalen Energiepolitiken gehören, damit man nicht weiterhin gegenseitig auf spekulative Geheimdienstprognosen angewiesen bleibt; als Sachprobleme wären zu behandeln: Reaktorsicherheit und praktische Lösungsvorschläge zur nuklearen Entsorgung, technologische Fortschritte auf Gebieten des Stromtransports zur Verlustminderung bei langen Distanzen, Energiereduzierung bei Tiefbohrungen und Pipeline-Pumpstationen, östliche Beteiligung an Projekten der Internationalen Energie-Agentur in Paris zur Energieeinsparung. Ein solches Programm einübender Zusammenarbeit könnte die

Grundlage und den erforderlichen Bewegungsraum sowohl für neue bilaterale Abmachungen als auch für ein europäisches Energie-Verbundsystem schaffen. In welchem Maße schon heute die Sowjetunion von einer energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen abhängig ist und welche Rolle ein Ausbau dieses Bereichs der Außenwirtschaft für die Modernisierung ihrer Industrien spielen könnte, geht aus einer analytischen Studie von Jochen Bethkenhagen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin [West]), hervor. So erzielte die Sowjetunion im Warenverkehr mit den OECD-Staaten allein aus Mineralöllieferungen 1979 knapp 60 Prozent ihrer Exporteinkünfte (1970: 22 v. H.); obgleich sie 1980 das Fünfjahresplanziel von 640 Mio. t bei weitem nicht zu erreichen vermochte, konnte sie mit 603 Mio. t doch ihre Stellung als größter Ölproduzent der Welt halten; sie stellte 20 Prozent der Weltjahresfördermenge, wobei wiederum die Hälfte davon aus westsibirischen Ölfeldern kam. Um dieses Ergebnis zu erreichen, hat die Sowjetunion allerdings den Anteil an Industrieinvestitionen auf diesem Sektor im Jahre 1979 schon auf 13 v. H. heraufschrauben müssen. Wenn Moskau — seinen Plänen entsprechend — den Westexport noch steigern will, muß es sich vor allem auf Westsibirien konzentrieren, wofür wiederum zusätzliches Investitionskapital zur qualitativen Verbesserung der Bohrausrüstungen sowie der Erkundungs- und Produktionsmethoden erforderlich sind. Bedenkt man ferner die Höhe der für solche Entwicklungen im westsibirischen Raum aufzuwendenden Infrastrukturmittel — die Neuansiedlung einer Arbeitskraft erfordert Ausgaben bis zu 20 000 Rubel —, so erweist es sich, daß einer Verlangsamung der sowjetischen Erdölförderung praktisch nur mit westlicher Hilfe entge-

gengesteuert werden kann. — Aber auch die Probleme der sowjetischen Steinkohleproduktion (geplante Fördermenge für 1980 war 800 Mio. t, es wurden jedoch nur 716 erreicht) ließen sich am ehesten durch das Einbringen westlicher Interessen lösen. Die Produktionskosten sowie die Investitionsausgaben sind, wie Bethkenhagen registriert, bei der zumeist im Tagebau geförderten Steinkohle jenseits des Urals erheblich niedriger als in Europa; jedoch schlagen hier wiederum die Infrastrukturkosten (Transport, Bau von Wärmekraftwerken vor Ort) gewaltig zu Buche. — Bethkenhagen weist auch auf das ständige Zurückbleiben der UdSSR hinter den Planungen auf dem Gebiet der Kernenergie hin, die bis Ende 1980 lediglich 5 Prozent der gesamten dortigen Stromkapazitäten gedeckt hat, was etwa nur der Hälfte des von der EG und in den USA erreichten Prozentsatzes entspricht. Trotz an sich günstiger Voraussetzungen hat die Sowjetunion auch hier technische und organisatorische Probleme und ist im übrigen an einer Schwerpunktverlagerung ihrer Kernkraftproduktionszentren in bevölkerungsarme Gegenden Sibiriens interessiert, was wiederum westliche Mitarbeit attraktiv erscheinen läßt, denkt man allein an die sich dort anbietenden Möglichkeiten zur Beseitigung radioaktiver Abfälle.

Eine Konzeption geradezu globalen Zuschnitts erfordert die Entwicklung der sibirischen Brenn- und Rohstoffressourcen. Auch hier wieder geht es um Kapitaleinsatz, Technologie und Know-how: Material zur seismischen Tiefenbohrung, moderne Pump- und Kompressionsanlagen für Förderung und Transport. Exploration und Erschließung der Bodenschätze in diesem wegen seiner infrastrukturellen Problematik und seiner Ausdehnung nach einzigartigem Raum stellen ein Jahrhundertunternehmen dar, zu dessen Bewältigung man den Einsatz technischer und finanzieller Mittel aus allen großen Industriestaaten der nördlichen Halbkugel benötigt. Auch hier muß — im transkontinentalen Maßstab — nach dem Prinzip der Kooperation vorgegangen werden, während bisher bestenfalls in Kategorien von Kompensationsprojekten (Röhren-/Erdgas- bzw. Erdölgeschäfte) und des Verkaufs von Spezialgerät oder Herstellungsanlagen gedacht und gehandelt worden ist. Und sogar bei diesen minimal-peripheren Geschäftsaktivitäten haben sich politisch bedingte Hemmnisse ergeben, oder wirtschaftliche Partikularinteressen führten zur Aufgabe weitreichender Vorhaben. So ist das Jakutsk-Gasprojekt, über das die Sowjets sechs Jahre lang mit Amerikanern und Japanern verhandelt haben, steckengeblieben; so ist ein recht

großzügig konzipiertes Vorhaben in Vergessenheit versunken, das nach der Ölkrise Anfang der siebziger Jahre zur Diskussion stand: Man plante eine Erdgasleitung von Westsibirien zu einem Platz an der sowjetisch-norwegischen Grenze, wo die Amerikaner eine riesige Gasverflüssigungsanlage bauen sollten. Das hier gewonnene Flüssiggas sollte in Zügen von Schwimmlcontainern an die USA-Küste transportiert, dort wieder in den ursprünglichen Aggregatzustand zurückversetzt und über Pipelines an die Verbrauchsorte weitergeleitet werden. Technisch durchführbar jedenfalls war dieses North-Star-Projekt.

Immerhin hatte Washington in jenen Jahren ausdrücklich den Verkauf von Erdölausrüstungen gestattet, und diesen Posten von der für die Nato-Mitglieder verbindlichen Co-Com-Embargoliste gestrichen. Als Vergeltungsmaßnahme für den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hat 1980 die Carter-Regierung jedoch den Dresser Industries eine Exportlizenz entzogen, unter der das texanische Unternehmen in der Sowjetunion seit 1978 eine Fertigungsstätte für Bohrspitzen zu Erdöl- und Erdgasbohrungen errichtete. Zum Zeitpunkt des Verbotes war diese Fabrik praktisch fertiggestellt; zur Inbetriebnahme fehlten nur noch technische Anpassungen und Informationen sowie die Ausbildung des technischen Bedienungspersonals. Die US-Administration machte geltend, daß als Folge der Revokierung der Lizenz der Beginn der Fabrikation um mindestens zwei Jahre verzögert werde.

Selbst die Neue Zürcher Zeitung (6. 12. 1980) bezeichnete diesen Fall als Anschauungsmaterial dafür, daß in den USA „die eigenen Interessen nicht genau definiert sind“. Das ergebe sich unter dem besonderen Blickwinkel, ob es nicht mehr im amerikanischen Interesse liege, der Sowjetunion, die nach Washingtoner Ansicht Mitte der achtziger Jahre auf einen Energieengpaß zusteure, bei der Erschließung der eigenen Erdöl- und Erdgasvorkommen beizustehen und damit einer möglichen sowjetischen Expansion an die Erdölquellen des Mittleren Ostens entgegenzuwirken.

Tatsächlich wird am Beispiel deutlich, zu welchen paradoxen Verhaltensweisen mit letztlich wahrscheinlich kontraproduktiven Auswirkungen ein verengtes sicherheitspolitisches Denken führen kann. In die gleiche Richtung weist eine Äußerung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, van Well (Bergerdorfer Kreis, Dezember 1980): „Gerade die europäischen Staaten sind jedenfalls daran interessiert, daß sich die Sowjetunion selbst versorgen kann und aus dem Nahen Osten als ‚Einkäufer oder Einmarschierer‘ heraushält.“

Momentan scheinen amerikanische Kreise allerdings ihr „röhrenverengtes“ Blickfeld auch auf Westeuropa übertragen zu wollen. So ist in Washington ein Institut für Strategischen Wandel ins Leben gerufen worden, das mit seiner ersten Studie zum Thema „Sowjetische Gaspolitik als Bedrohung Westeuropas“ an die Öffentlichkeit getreten ist. In dieser Abhandlung angeführte Zahlen und Daten wirken eher desinformierend, so daß die vorgegebene Besorgnis um eine einseitige Abhängigkeit der Westeuropäer unglaublich erscheinen muß. Immerhin muß — so auch Nötzold (Schweizer Rundfunk, 17. 3. 1981) — in solchen Symptomen noch keine endgültige Kursfestlegung der amerikanischen Politik gesehen werden, die sich am Ende doch noch zu einer globalen Verantwortung der Industrienächte für die Erschließung von Rohstoffen bekennen könnte. Allerdings weist Nötzold auch darauf hin, daß sich schon in der Vergangenheit das europäische Verhalten von dem der USA unterschieden habe, indem „wir die wirtschaftlichen Beziehungen auch als ein Mittel zur Stabilisierung der politischen Beziehungen ansehen. Wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion entwickelt werden sollten, dann ist das Erdgasgeschäft ein ganz zentrales Geschäft ...“

Ein neuer Vorstoß von sowjetischer Seite zielt darauf ab, „eine stabile Entwicklung der Energiewirtschaft in der Welt als ganzer ... mittels wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit“ in den Griff zu kriegen. Unter diesem Motto wurde in der „Prawda“ (19. 3. 1981) auf Öl-, Gas- und andere Energieressourcen hingewiesen, die größtenteils unter dem Permafrostboden des nordöstlichen Sibiriens liegen. In dem Artikel wird das Interesse an einer internationalen Arbeitsteilung hervorgehoben: „Im Austausch gegen Kredite würden die kapitalistischen Länder ihrerseits garantierte Brennstofflieferungen, die sie so sehr benötigen, bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus erhalten ... Eine gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit ist nicht nur der kürzeste Weg zur Lösung der globalen Probleme, darunter auf dem Gebiet der Brennstoff- und Energiewirtschaft, sondern auch ein richtiger Weg zur materiellen Unterstützung des Entspannungsprozesses, was in unserer Zeit dringend notwendig ist.“ In einem Gemisch aus offener Enttäuschung und einer Polemik, die nur die Mutmaßung nähren könnte, Moskau suche lediglich kapitalistische Interessen gegeneinander auszuspielen, ist in dem Prawda-Artikel aber auch von einem immer stärkeren

Druck Washingtons auf seine westeuropäischen und japanischen Partner die Rede, „um neue Hindernisse für die Übergabe der Technologie zu errichten und die Gewährung von Krediten für die Realisierung umfangreicher Energieprojekte im Osten der UdSSR zu begrenzen und zu erschweren“. Einen Zustand sowjetischer Resignation spiegelt indessen der Satz wider: „Die amerikanische Administration bemüht sich jetzt darum, mehrere großangelegte wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Projekte der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit einzuschränken und einzufrieren.“ — Hier bleibt anzumerken, daß ohne die führende Mitwirkung von Kapital und Technologie der USA schon wirtschaftlich ein Vorhaben der skizzierten Größenordnung nicht zu verwirklichen wäre; Westeuropäer und Japaner könnten lediglich initiativ werden, um die Amerikaner für den Gedanken einer derart großzügigen West-Ost-Kooperation zu gewinnen. Diese Absicht darf man wohl auch Bemerkungen von Bundeskanzler Schmidt in einem Aufsatz für Foreign Affairs (April 1981) unterstellen: „Längerfristig halte ich zwei Überlegungen für wichtig: Zum einen eine energiepolitische Zusammenarbeit, die Westeuropas drückende Abhängigkeit vom Nahen Osten verringern und das Interesse der Sowjetunion auf die großen Gas- und Ölreserven Sibiriens konzentrieren kann. Es versteht sich von selbst, daß wir dabei nicht die eine Abhängigkeit durch eine andere eintauschen wollen. Zum anderen ein allmähliches Heranführen der Sowjetunion an ihre Mitverantwortung für eine funktionierende Weltwirtschaft und einen Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.“ — Von instrumentaler Bedeutung auch in dieser Hinsicht könnte sich langfristig der Vorschlag der International Economic Policy Association in Washington erweisen, als Tochtergesellschaft der Weltbank eine „Energiebank“ ins Leben zu rufen — ein Konzept, das auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig im vergangenen Jahr einstimmige Billigung gefunden hatte, jedoch bei der Reagan-Administration bisher eher auf Ablehnung gestoßen ist.

Der Einstieg ins große Sibiriengeschäft, zu dem die Sowjetführung seit Jahren die Bundesrepublik, andere westeuropäische Länder und Japan einlädt, würde gerade die amerikanische Forschung und Industrie vor neue Aufgaben stellen, deren innovatorischer und wachstumsanregender Wert zumindest vergleichbar mit der Entwicklung hochgezüchte-

ter Waffensysteme wäre. In Konsequenz einer mit Moskau zu treffenden Umrüstungsvereinbarung — im Sinne einer Schwerpunktverlagerung vom militärischen auf den Ressourcenkomplex — könnte Washington Mittel aus der vorgesehenen Steigerungsrate im Verteidigungsbudget in einen Forschungs- und Entwicklungsetat für die Erschließung von sibirischen Energiequellen übertragen, während die Sowjets Mittel in entsprechender Höhe zusätzlich für gemeinsam festgelegte Infrastrukturmaßnahmen bereitzustellen hätten. Ein solches Vorgehen entspräche einem gesamtwirtschaftlich gleichgewichtigen Interesse beider Seiten: So hatte das American Enterprise Institute in Washington vor eineinhalb Jahren schon konstatiert, daß eine deutliche Abschwächung der Wachstumsrate der amerikanischen Produktivität zum Teil auf die Einführung weniger energieintensiver Herstellungsmethoden, die sich jedoch als technisch unergiebig erwiesen hätten, zurückzuführen sei. Mit Hilfe von Energielieferungen aus der Sowjetunion könnten demnach die USA zu einer optimalen Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf diesem Gebiet gelangen.

Andererseits geht aus einem — Anfang 1981 bekannt gewordenen — Bericht des Direktors des westsibirischen Ölforschungsinstituts, Iwan Nesterow, hervor, daß in der Tjumen-Region, die den gesamten Produktionszuwachs im abgelaufenen Planjahr fünft lieferte, zur Zeit nur 35 von 100 gesicherten Erdöllagern ausgenutzt werden können, da sich die Ausrüstungskosten pro Bohrloch seit 1976 um ein Drittel verteuert hätten und die Produktionskosten um 20 Prozent gestiegen seien. (Nachdem bisher überhaupt erst ein Fünftel des Tjumen-Territoriums geologisch untersucht worden ist, werden die bis jetzt bekannten Vorräte auf rund 100 Milliarden t geschätzt; dabei gehen die Bohrungen nicht tiefer als 2500 Meter, und es gibt Hinweise auf Reserven in tieferliegenden Schichten.) Hier ist die Rede von einem „nur“ ca. eine Million Quadratkilometer großen Teilgebiet Sibiriens, dem insgesamt noch der öl- und gasträchtige Festlandssockel bis zur Barentssee zuzurechnen wäre.

Allein diese Zahlen lassen schon die immensen Möglichkeiten Sibiriens erkennen, zeigen aber auch sehr deutlich, daß diese mit dem begrenzten sowjetischen Potential niemals auszuschöpfen wären. Als Gemeinschaftsaufgabe zur Stabilisierung der Industrieländerwelt angepackt, bei der ein westliches Teilhaber-Konsortium unter amerikanischer Führung (Wa-

shington und Öl-Multis) stehen würde, ließe sich eine technische und finanzielle Bewältigung der Probleme denken. Auch hier müßte Moskau sich jedoch zur Offenlegung von Informationen und zu einer vernünftigen Teilung in der Managementführung bereitfinden. Der friedensfördernde und friedenssichernde Effekt einer solchen Unternehmung ergäbe sich schon aus der Notwendigkeit, langfristige Vereinbarungen über Kapital- und Technologietransfer zu treffen, und aus den infrastrukturellen Konsequenzen auf Seiten der Sowjetunion, für die (nach einer Untersuchung von Friedemann Müller, Europa-Archiv Nr. 11/1979) das Abbruchrisiko eher noch größer als für die westlichen Partner sein dürfte.

Bedenkt man ferner, daß die bisher aufgetretenen west-östlichen Interessenkollisionen in Bereichen der Dritten Welt vor allem mit Fragen der Energie- und Rohstoffversorgung im Zusammenhang stehen, so würde ihnen durch ein Programm der energetischen Interessenverflechtung in der skizzierten Dimension auf die Dauer schon zumindest die sachliche Begründung entzogen. Darüber hinaus wäre es aber geboten, daß in den politischen Rahmen eines solchen Programms Verhaltensregeln aufgenommen würden, die etwa dem sowjetischen Partner besondere Zurückhaltung in Gebieten der Dritten Welt auferlegen, wo sich westliche energiepolitische Interessen konzentrieren: Das träfe beispielsweise auf das arabische Golfgebiet ebenso zu wie auf den zentralamerikanischen Isthmus als Umfeld der mexikanischen Ölreserve. Hinweise von sowjetischer Seite, die eine grundsätzliche Bereitschaft zur Verknüpfung sicherheitspolitischer Interessen des Westens mit einer langfristig angelegten Kooperation signalisieren, gibt es. Auch einer stillschweigenden Abmachung über „Interessensphären“ würde Moskau vermutlich nicht abgeneigt gegenüberstehen.

Eine Übereinkunft über derartige „Spielregeln“ (um die sich — laut Jan Reifenberg, dem Washingtoner FAZ-Korrespondenten — die amerikanische Regierung bemüht, um die Nord-Süd-Zukunftsfragen desto energischer angehen zu können) könnte aber gleichzeitig den Ansatz für konstruktive Formen der west-östlichen Zusammenarbeit in weiten Teilen der südlichen Entwicklungswelt bilden. Um das dort bestehende soziale Konfliktpotential abzubauen und dessen Ausnutzung durch die Sowjetunion — mit der Förderung von ihr abhängiger Regime — zu verhindern, sollte dem Prinzip der dreiseitigen Kooperation in der Entwicklungshilfe zum Durchbruch verholfen

werden. Je wirtschaftlich stärker die Sowjetunion durch Modernisierung ihrer zivilen Industrie wird, in desto größerem Umfang vermag sie sich auch an multilateralen Fonds und

an Entwicklungsprojekten in der Dritten Welt zu beteiligen, für die es — unter Mitwirkung einiger RGW-Länder — schon Modellfälle gibt.

Trilaterale Kooperation

Das Interesse auch der Sowjetunion gerade an solchen Unternehmungen ist gewiß nicht ohne politisch-ideologischen Hintergrund: Sie sucht auf diesem Wege einen Fuß in vorwiegend westliche Einflußgebiete zu bekommen, um dort für ihr Gesellschaftssystem werben zu können. Da aber der Westen, voran die Bundesrepublik, gegenüber den blockfreien Staaten immer wieder betont, daß diese die freie Wahl zur Gestaltung ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse haben müßten, sollte man das sicherlich kaum allzu große Risiko nicht scheuen, das eine Kooperation dreier Partner aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen (außer den damit verbundenen praktischen Problemen) mit sich bringt.

In Entwicklungsländern, wo an trilateralen Projekten gearbeitet wird, man sich also gegenseitig auf die Finger schauen kann, dürften am ehesten subversive Aktionen mit oder ohne Waffenhilfe auszuschließen sein. Hierzu sei nochmals Nötzold zitiert: „Die trilaterale Kooperation würde die Intentionen der KSZE aufnehmen. Schon in der Präambel zum ‚Korb II‘ der KSZE wurde davon ausgegangen, daß die Förderung der west-östlichen Wirtschaftsbeziehungen auch den Interessen der Entwicklungsländer dienen kann. Andere Größenordnungen als bislang erscheinen in der trilateralen Kooperation besonders wichtig, damit die Konfrontation zwischen Ost und West in den Entwicklungsländern durch kooperative Verhaltensmuster abgelöst werden kann.“

Das Zustandekommen einer neuen Weltwirtschaftsordnung kann man sich nur schwer ohne die Mitwirkung des größten sozialistischen Industrielandes, der Sowjetunion, und des größten sozialistischen Entwicklungslandes, der Volksrepublik China, vorstellen. Äußerst wünschenswert wäre es daher — nach bereits erfolgter Zusage Pekings —, wenn auch Moskau Bereitschaft bekunden würde, an der für Oktober dieses Jahres geplanten Nord-Süd-Gipfel-Konferenz in Mexiko teilzunehmen. Als Konferenzthemen sollten dabei neben Wirtschafts- und Energiefragen auch Währungs- und Finanzprobleme, vor allem das Thema „recycling“ der Petrodollars, auf die

Agenda kommen, wie es den Wünschen der Entwicklungsländer entspricht. — In einen Neuordnungsprozeß speisen die westlichen Industriestaaten ohnehin ein erhebliches Übergewicht sowohl an für sie lebenswichtigen Forderungen (Rohstoffbedürfnisse, Verkehrs- und Handelsfreiheiten) als auch an verlockenden Angeboten (Kapital, technisches Know-how, Management- und Markterfahrung) ein. Nur wird dieser Prozeß niemals zu fruchtbaren Ergebnissen führen, wenn er von amerikanischer Seite unter der Zielsetzung gesehen werden sollte, die Welt allein nach ihren Vorstellungen und Interessen zu formen. Indessen würden die sozialistischen Länder, sobald sie unter westlicher Mithilfe ihre zivilen Produktionsmittel modernisiert und ihre Produktionsstrukturen schrittweise verändert hätten, beträchtliche Marktanteile aus ihren traditionellen Industriezweigen automatisch an Entwicklungsländer abgeben. Damit wiederum könnte auch ein Transfer konventioneller Technologien aus der Zweiten in die Dritte Welt einhergehen. So böte sich ein fließendes Spektrum west-östlicher Zusammenarbeit für den Abbau globaler Spannungsfelder an. Ausgehend von dem Konzept einer Grundbedürfnisstrategie könnten Industrie- und Schwellenländer gemeinsam die Grundlagen für ein menschenwürdiges Überleben in den Hungerregionen der südlichen Halbkugel schaffen.

Die starke wirtschaftliche Position des Westens, wesentlich geprägt durch die amerikanische Unternehmensphilosophie und -praxis, erlaubt auch politisch eine solche Weichenstellung im Entwicklungshilfekonzept.

Die Interessengemeinschaft der westlichen Demokratien steht vor einer Zerreißprobe, sollte sie sich nicht sehr bald auf ein allseitig akzeptiertes und akzeptierbares Strategiekonzept für die Beziehungen zum Osten einigen. Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre hat in Europa wesentlich zur Erhaltung eines relativen Gleichgewichtes beigetragen, dessen Grundlagen allerdings durch die amerikanische Eindämmungspolitik der fünfziger Jahre geschaffen worden waren. Außerhalb der europäischen Region hat sich Entspannung nicht eingestellt, weil das Kräftespiel der

ungleichen, mit inneren Spannungen aufgeladenen Weltmächte dem ebenso entgegenstand wie eine Vielzahl von Umwandlungs- und Neuordnungsprozessen in der Dritten Welt. Die Weltuhren lassen sich nicht auf die Zeit der Jahrhundertmitte zurückdrehen, als eine Art Pax Americana weite Teile des Globus zusammenhielt. Trotz ihrer noch immer überragenden Stärke würden die USA heute schwerlich den internationalen Rückhalt finden, den sie für eine Neuauflage der Strategie rein militärischer Eindämmung benötigten. Mit weltweiter Zustimmung indessen dürfte ein Angebot des Westens bedacht werden, das auf ein Konzept der Einbindung Moskaus in ein stabiles Geflecht gleichgewichtiger Interessen hinausläuft.

Hier muß man dem ehemaligen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski beipflichten, der in einem Interview mit dem „Monat“ (April 1981) im Verhältnis zur Sowjetunion für eine Politik plädiert, die militärische Entschlossenheit mit der Suche nach Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs kombiniert: „Unser langfristiges Ziel muß es sein, die Sowjetunion zu ermutigen, als konstruktive Weltmacht aufzutreten.“ — Diesem Ziel dürfte man schwerlich durch ein *Forderungs-„linkage“* näherkommen, wie Außenminister Haig es einmal ausdrückte: „... Sie können keine Vorteile (benefits) für sich erwarten ... seien es Rüstungskontrolle, Handel, Kredite oder Technologie, solange sie weltweit Aktivitäten nachgehen, die den internationalen Frieden gefährden.“ Statt dessen sollte sich der gesammelte Westen auf ein die lebenswichtigen Interessen Moskaus ansprechendes *Angebots-„linkage“* einstellen — also nicht mit negativ aufgeladenen Akzenten, sondern unter positivem Vorzeichen das Gespräch mit dem sozialistischen Lager neu eröffnen, ohne daß eine abschreckende Kriegsführungsfähigkeit auf beiden Seiten — als essentieller Faktor einer friedenserhaltenden Balance — in Frage gestellt würde. Wenn der Westen wirklich an einer „sozialistischen Erneuerung“ im östlichen Europa interessiert sein sollte, müßte diese jedenfalls prioritär bei der sowjetischen Vormacht in Gang kommen, was sich wiederum zu allerletzt durch den Einsatz von eineinhalb Billionen Dollar erreichen ließe, die von der Regierung Reagan — nach Auskunft des offiziellen Amerika-Dienstes (8. 4. 1981) — für Verteidigungsausgaben in den kommenden fünf Jahren vorgesehen sein sollen. Eine auf Konfrontation zulaufende Ost-West-Polarisierung spiegelt fehlorientiertes Problembewußtsein wider; denn die wahren Schwierigkeiten betreffen heute die kapitalistischen und sozialistischen Industrienationen gleichermaßen.

Es sind die zur Lösung anstehenden Fragen wirtschaftlicher Strukturen von globaler Dimension. — So schreibt Michael Howard von der Oxford-Universität in *Foreign Affairs* (Nr. 3/1981): „Zunehmend sind es heute nicht Probleme der internationalen Sicherheit, die den Regierungen im Nacken sitzen, sondern die Probleme innerer Stabilität ... Die Sowjetunion leidet unter diesen Schwierigkeiten wie jeder andere Staat auch. Gewiß muß man sie davon abhalten, ihre Probleme auf Kosten ihrer Nachbarn zu lösen; aber letztlich kann es für sie und die übrige Welt keine andere Lösung geben als geduldige und weitsichtige Kooperation.“ — Die Außenpolitik der USA wird gegenwärtig etwas einseitig in wirtschaftsstrategischen Kategorien formuliert und dabei vornehmlich auf die Absicherung von Einflusssphären in der Dritten Welt abgestellt, ohne daß die sozialen Aspekte dort hinreichend wahrgenommen werden. Aber noch scheint der außenpolitische Kurs in Washington nicht so fest abgesteckt zu sein, daß keine Korrekturen in einer Richtung mehr denkbar wären, wo wieder ideologischer Konflikt mit Konsens in konkreten Interessenbereichen, wo Wettbewerb wieder mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit vereinbar werden könnte.

Teilweise Konversion von Kapazitäten für die Rüstungsproduktion auf nichtmilitärische Programme, das Hinwirken auf Verhältnisse der inneren Stabilität und Ausgewogenheit bei den Weltmächten, gemeinsame Anstrengungen der westlichen und östlichen Industrieländer zur Lösung der sie verbindenden Überlebensprobleme (Ressourcen und Umwelt) und zu vereinten Bemühungen um konkrete Antworten auf die internationale soziale Frage, die sich ihnen vom Süden her stellt — das alles zusammen erbrächte einen funktionierenden Interessenausgleich. Je höher der Grad gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit, je intensiver die sich daraus ergebende Verflechtung wird, desto größer dürfte der Stellenwert der zivilen Kooperation im sicherheitspolitischen Spektrum werden. Auf der Basis gegenseitigen Nutzens würde ein essentieller Ergänzungsbeitrag zur militärischen Abschreckung geleistet, deren Mittel allseitig endlich zum Einfrieren gebracht werden könnten. Das Prinzip des Wettbewerbs würde auf diese Weise nicht etwa aus der Welt geschafft, sondern auf neuen Ebenen — durch den Anreiz zu Systemreformen im Osten — nur größere Verbreitung finden.

„Die Alternative, daß man die Sowjetunion durch Vorenthaltungen der Zusammenarbeit zu Reformen im Sinne westlicher Intentionen zwingen oder den Einsatz ihres Militärpoten-

tials unwahrscheinlicher machen könnte, indem man sie ihren Wirtschaftsproblemen selbst überläßt, ist eine Politik der Selbstbestätigung westlicher Überlegenheit, aber nicht notwendigerweise ein Konzept westlicher Sicherheit" (Friedemann Müller, Europa-Archiv Nr. 3/81). Ein Ausdruck wahrer Politik der Stärke wäre es, wenn die amerikanische Supermacht einen New Deal zur Stabilisierung der west-östlichen Industrieländer auf den Tisch legte.

Daß hiermit auch die Frage nach der inneren Stärke des Westens gestellt und zu beantworten ist, machte ein Kommentar der „Stimme Amerikas“ (Papus, CBS-News, 12. 3. 1981) deutlich: „Wie viele arme und bedürftige Amerikaner werden durch das unausgesprochene Bestreben der Administration zu leiden haben, letztlich eine militärische Überlegenheit gegenüber den Sowjets zu gewinnen, und wieviel für die Verteidigung ist eigentlich zuviel?“ — Nicht eben beiläufig hat Bundeskanzler Schmidt in seiner Rede auf dem Kant-Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung am 12. 3. 1981 erwähnt, daß der deutsche Philosoph bereits vor

200 Jahren die friedensfördernde Funktion eines kontinuierlichen Prozesses wirtschaftlicher Verflechtung unterstrichen hat. — Als eindringliche Mahnung müssen wohl auch die anschließenden Worte von Schmidt verstanden werden, daß Voreingenommenheit und Ressentiments in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West nicht nur auf einer Seite herrschten, „... und Angst gibt es dort wie hier“. — Ein düsterer Schatten der Ungewißheit um die Erhaltung ihrer Existenzgrundlagen liegt heute über der gesamten Menschheit; als rationales Mittel der Wahl, um diese Ängste zu mildern, bietet sich die partielle Umrüstung von militärischer Technologie auf neue Techniken der Erschließung und sinnvollen Nutzung von Ressourcen an: Das liefe auf eine Therapie des west-östlichen „Rüstungssyndroms“ im Sinne einer „Rüstungskonversion“ hinaus; d. h. die fortschreitende Militarisierung der internationalen Politik ließe sich mit einer sozioökonomischen Initiative von globaler Wirkungsbreite kupieren. Entspannung wird eben nur auf der Grundlage ausgewogener allseitiger Stabilität erreichbar.

Technologie in den Osten?

Zur Konzeption und Praxis des Consultative Group-Coordinating Committee (CoCom)

I. Einleitung

Der Transfer von Technologie in kommunistisch regierte Staaten wurde in den letzten Jahren zu einem zunehmend umstrittenen Thema sowohl innerhalb der USA als auch in den Beziehungen zwischen den USA und ihren Verbündeten in der NATO. Die frühere westliche Einigkeit, besonders den Export fortgeschrittener nicht-militärischer Technologie einzuschränken, ist erschüttert, und West-Ost-Handel und Technologie-Transfer sind zu einer Quelle offener Spannung innerhalb des Atlantischen Bündnisses geworden. Unter der Regierung Reagan gewinnt das Konzept der Anbindung wirtschaftlicher an politische Interessen an Boden: Handel soll an politische Zugeständnisse seitens der UdSSR gebunden, das Embargo als Maßregelung genutzt werden. In Westeuropa jedenfalls gibt es wenig Unterstützung für zunehmend einschränkende Exportkontrollen und noch weniger zu dem Prinzip, den West-Ost-Handel als politischen Hebel zu benutzen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind mit anderen kritischen Themen innerhalb der NATO verknüpft, speziell dem SALT-Thema. Da jedoch die Kontrolle der Technologie-Exporte außerordentlich kontrovers ist, wird diese Frage weiterhin zu Spannungen innerhalb des Bündnisses führen.

Der West-Ost-Handel ist für Westeuropa traditionell wichtiger als für die Vereinigten Staaten. Ökonomische und politische Gründe haben dazu beigetragen, diese positivere Einstellung zu schaffen, die von Regierung und Wirtschaft gleichermaßen geteilt wird. Während die Frage nach dem Transfer von Technologien auch innerhalb der USA ein umstrittenes Thema ist, stellt sie sich für die meisten westeuropäischen Länder gar nicht. Mit kommunistischen Ländern Handel zu treiben, ist ein mehr oder weniger normaler Bestandteil auswärtiger Wirtschaftspolitik und kein Gegenstand größerer politischer Debatten, obwohl es in Krisensituationen dazu kommen kann.

In den USA schuf eine veränderte Wahrnehmung der sowjetischen militärischen Aufrüstung in Europa und der Politik in Afghanistan und Iran die erhöhte Vorsicht gegenüber den

politischen Auswirkungen des West-Ost-Handels — eine Sichtweise, die von Westeuropa nicht ganz geteilt wird. Als Antwort auf die sowjetische Invasion nach Afghanistan kündigte Präsident Carter im Januar 1980 an, daß die US-Regierung bis auf weiteres alle Lizenzen für die Ausfuhr fortgeschrittener Technologie in die UdSSR aufheben und das gesamte Verfahren der Lizenzerteilung einer Überprüfung unterziehen würde. (Das Gesetz über die Exportkontrolle von 1979 erlaubt dies aus Gründen der nationalen Sicherheit.) Die Verbündeten reagierten darauf unterschiedlich: Die Skala reichte von direkter Unterstützung bis hin zu lautstark geäußelter Mißbilligung. Auch die angekündigte Absicht der USA, hochentwickelte Technologien zwar nicht an die UdSSR, wohl aber an die Volksrepublik China zu verkaufen, ist in der westlichen Allianz umstritten.

Die Entscheidungen des Westens über eine Exportkontrolle von Technologien in kommunistische Staaten werden seit 1949 von einem multilateralen Forum getragen, dem Consultative Group-Coordinating Committee (CoCom). Es wurde gegründet, um die westliche Exportpolitik gegenüber kommunistischen Staaten zu koordinieren, speziell das strategische Embargo gegen den sowjetischen Block in den fünfziger Jahren, und hat seinen Sitz in Paris. Gründungsmitglieder waren die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg, wozu später noch Norwegen, Dänemark, Kanada, die Bundesrepublik Deutschland, Portugal, Japan, Griechenland und die Türkei kamen. CoCom leitet informell und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Komitee hat drei Hauptaufgaben: Es entwickelt Listen von Gütern und Technologien, deren Export genau beobachtet, kontrolliert oder gestoppt wird. Es hält wöchentliche Treffen ab, auf denen über Ausnahmen von dieser Liste beraten wird; und es beobachtet, ob die abgesprochenen Regelungen eingehalten werden.

Die 1949 beschlossenen Embargo-Listen waren ausgesprochen restriktiv. Nach dem Koreakrieg wurden sie revidiert. Seitdem werden sie regelmäßig überprüft, nicht zuletzt

deshalb, weil auch die kommunistisch regierten Länder inzwischen technologische Fortschritte gemacht haben.

Es gibt drei CoCom-Listen: eine militärische, eine für Atomenergie und eine industriell-kommerzielle, auf der Güter verzeichnet sind, die nicht nur, aber möglicherweise auch zu militärischen Zwecken einsetzbar sind. Der allgemeine Trend seit 1949 ging dahin, die Zahl der gesperrten Güter zu verringern: Sie ging von 270 (1951) auf 149 (1976) bzw. 146 (1979) zurück. Außerdem führt jedes CoCom-Mitglied eigene Embargo-Listen; jedoch enthält nur die Liste der Vereinigten Staaten restriktivere Bestimmungen als die des CoCom.

Der Wert der CoCom-Absprachen wurde und wird von den europäischen Staaten unterschiedlich eingeschätzt. Ursprünglich waren sie sehr an diesen Regelungen interessiert, weil sie davon ausgingen, daß diese in ihrem eigenen politischen und ökonomischen Interesse lägen und weil sie die sowjetische Bedrohung fürchteten. Speziell die Bundesrepublik war gezwungen, den USA in jeder Hinsicht zu folgen — schließlich erhielt sie erst 1955 ihre volle Souveränität. Sie trat CoCom 1950, nach Großbritannien und Frankreich, bei, obwohl in Deutschland Stimmen zu bedenken gaben, daß die Annäherung an eine solche Organisation mögliche Fortschritte zu einer Wiedervereinigung behindern könnten. Trotzdem bewog die Furcht vor der Sowjetunion als militärischer Bedrohung und wirtschaftlichem Konkurrenten, zusammen mit der Abhängigkeit von den USA die Bundesrepublik zu einem Beitritt.

Obwohl CoCom in den fünfziger Jahren ziemlich reibungslos funktionierte, gab es Spannungen; das NATO-Stahlröhren-Embargo von 1962/63 illustriert viele der strittigen Themen, die zwischen den CoCom-Partnern immer noch unausgetragen sind. Im November 1962 versuchten die Vereinigten Staaten, ihre Alliierten daran zu hindern, Stahlröhren von großem Durchmesser in die sowjetischen Länder zu exportieren, um die Fertigstellung der Pipeline zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Ländern zu verhindern. Innerhalb der NATO wurde ein Embargo beschlossen, weil die USA sich darüber im klaren waren, daß Großbritannien sich einem Exportboykott widersetzen würde und die CoCom-Regeln Einstimmigkeit der Beschlüsse verlangen.

An diesem Fall kann man einiges deutlich machen: Zwar war Washington in der Lage, einige Kooperationsprojekte der Bundesrepublik, die bereits angelaufen waren, zu verhindern. Aber da die Vereinigten Staaten auf ihre anderen NATO-Partner nicht denselben politischen Druck wie auf Bonn ausüben konnten,

waren weder Großbritannien noch Italien oder das CoCom-Mitglied Japan daran zu hindern, der UdSSR die gleichen Röhren zu verkaufen. Besonders Großbritannien entschloß sich, die Direktive der NATO zu ignorieren. Und letzten Endes fand die UdSSR nicht nur andere Quellen, um sich mit Stahlröhren zu versorgen, sondern wurde durch das Embargo veranlaßt, ihre eigenen Kapazitäten auf diesem Gebiet stärker zu entwickeln. Die Fertigstellung der „Freundschafts-Pipeline“ wurde durch das Embargo nur um ein Jahr verzögert¹⁾. Zudem war in den europäischen Hauptstädten der starke Verdacht entstanden, daß die USA nicht in erster Linie aus Furcht vor der Militärmacht UdSSR gehandelt, sondern dem Druck der heimischen Ölkonzerne nachgegeben hätten, die ihrerseits eher befürchteten, daß die UdSSR den westeuropäischen Markt mit billigem Öl überschwemmen könnten. Unbeschadet dessen, ob dieser Verdacht berechtigt gewesen sein mag, schuf er doch eine Atmosphäre des Mißtrauens in den Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa und hatte, wie gesagt, nur einen marginalen Effekt auf die Fertigstellung der Pipeline, die unter anderem auch die Truppen des Warschauer Paktes in Osteuropa versorgt²⁾. Daher gibt es schon seit einiger Zeit Unstimmigkeiten zwischen den CoCom-Mitgliedern über Nutzen und Zweck dieses multilateralen Forums. Trotzdem besteht ein allgemeiner Konsens, daß der Ost-West-Technologie-Transfer koordiniert werden muß, speziell der von strategisch wichtigen Gütern, um die sowjetischen Kapazitäten auf militärischem Gebiet nicht noch zu vergrößern.

Obwohl die Bundesrepublik die fortbestehende Notwendigkeit von CoCom akzeptiert, gibt es einige Skepsis darüber, in welchem Ausmaß die Entwicklung sowjetischer Technologien überhaupt verlangsamt werden kann. Außerdem teilt Bonn nicht in jeder Hinsicht die amerikanische Definition dessen, was strategisch wichtige Technologie sein soll. Diese mangelnde Übereinstimmung wurde durch die Definition „kritischer Technologien“ verschärft, die im amerikanischen Gesetz über die Exportkontrolle von 1979 verwendet wird. Dieser Ansatz greift direkt auf die Ergebnisse und Empfehlungen eines Berichtes an den amerikanischen Verteidigungsminister von 1976 zurück, der als Bucy-Report bekannt ge-

¹⁾ N. Spulber, East-West Trade and the Paradoxes of the Strategic Embargo, in: A. Brown and G. Neuberger (Hrsg.), International Trade and Central Planning, Berkeley 1968, S. 121.

²⁾ Vgl. A. Stent Yergin, The Political Economy of West German-Soviet Relations, 1955—1973, Ph. D. Dissertation, Cambridge 1977, Kapitel 5.

worden ist. Aus der Differenzierung von „evolutionären“ und „revolutionären“ Technologien folgt der Bucy-Report, daß Konstruktions- und Produktions-Know how strengen Kontrollen unterliegen sollten, während die Exportrestriktionen für bestimmte Arten von Industrieausrüstung gelockert werden könnten³⁾. Der Ansatz, daß man „kritische Technologien“ ausfindig machen könne, setzt die Implikation voraus, daß „one can select the subset of technologies of significant military value on which our national military technology superiority can be presumed to be most dependent“⁴⁾, (daß man diejenigen Technologien von militärischem Wert genau bestimmen könne, von denen die amerikanische militärische Überlegenheit am meisten abhängig sei). Der Bucy-Report nimmt an, man könne zwischen Technologie und maschineller Ausstattung unterscheiden und empfiehlt eine stärkere Kontrolle der ersteren, während die Kontrolle über den Verkauf von einzelnen Gütern gelockert werden könne. Das 1979 beschlossene Gesetz möchte die jeweilige Zuständigkeit von Handels- und Verteidigungsministerium

klären, indem es eine Liste von kritischen Produkten und Technologien bereithält, deren Exportkontrolle für die nationale Sicherheit von Bedeutung seien. Die entsprechende Liste wurde bereits im Oktober 1980 veröffentlicht, wird aber immer noch diskutiert. Einige europäische Länder bezweifeln den Wert dieses Ansatzes, um Kriterien für eine Exportkontrolle zu ermitteln. Obwohl diese Kriterien Gegenstand eines amerikanischen Gesetzes und nicht der CoCom-Vereinbarungen sind, wurden sie inzwischen innerhalb dieses multilateralen Forums behandelt.

In Europa ist allgemein anerkannt, daß die CoCom-Listen so schmal angelegt sind, daß sie nur begrenzte Auswirkungen auf den Ost-West-Handel haben, aber immerhin so bedeutend, daß sie die militärischen Kapazitäten des Warschauer Paktes einschränken. Da CoCom ein freiwilliger Zusammenschluß ist und es keine Möglichkeiten gibt, Verstöße gegen einmal gefaßte Beschlüsse zu ahnden, ist es manchmal schwierig, eine Durchführung auch umzusetzen; und das Mißtrauen gegen eventuelle Verstöße ist virulent.

II. Die westdeutsche Politik des Technologie-Transfers

Die Bundesrepublik ist inzwischen der bedeutendste westliche Handelspartner des Warschauer Paktes; 21 Prozent aller OECD-Exporte in kommunistisch regierte Länder werden von ihr getätigt. Obwohl die Geschäftswelt schon immer für den Handel mit den osteuropäischen Ländern und für eine Trennung von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber der UdSSR war, haben nicht alle Regierungen der Nachkriegszeit diesen Standpunkt geteilt. Vor der Wahl Willy Brandts zum Kanzler 1969 und vor der Etablierung der neuen Ostpolitik wurde der Ost-West-Handel von den vorangegangenen Regierungen, vornehmlich unter dem Einfluß der CDU, als ein primär politisches Problem angesehen. Die offizielle Auffassung ging dahin, daß der Ost-West-Handel, da er wirtschaftlich gesehen relativ unbedeutend war, als Hebel für die westdeutschen politischen Ziele einge-

setzt werden sollte, in erster Linie, um die Wiedervereinigung unter einem westlichen System durchzusetzen. Falls dies nicht möglich sei, blieb noch das Ziel einer engeren Bindung Westberlins an die Bundesrepublik. Die Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger waren stets bestrebt, Strategien der Verbindung von Politik und Geschäft zu entwickeln, wobei eine Öffnung des Handels abhängig war von sowjetischen Zugeständnissen zur Deutschen Frage. Dabei gab es zwei wesentliche Strategien: die negative — eine Verweigerung des Handels, die vor 1969 die vorherrschende Form war, und die positive — eine Förderung des Handels. Wesentliche sowjetische Zugeständnisse haben beide Strategien nicht bewirkt, trotz kleinerer Kompromisse von sowjetischer Seite. Inzwischen gibt es einen allgemeinen Konsens in Westdeutschland, im Osthandel Politik und Geschäft auseinanderzuhalten⁵⁾. In den fünfziger und sechziger Jahren stimmten die USA und die Bundesrepublik noch in ihren Auffassungen über den Ost-West-Handel überein, während sie heute zunehmend unterschiedliche Ansichten entwickeln. Die Bundesrepublik neigt eher zu der

³⁾ An Analysis of Export Control of U.S. Technology — A DOD Perspective. A Report of the Defense Science Board Task Force on the Export of U.S. Technology (= Bucy-Report), Washington 1976, S. 24.

⁴⁾ R. N. Davis, The Department of Defense Statement on Critical Technology for Export Control. Statement Before the Subcommittee on International Economic Policy and Trade, Committee on Foreign Affairs of the United States House of Representatives, 22. März 1973.

⁵⁾ J. P. Young, Quantification of Western Exports of High Technology Products to Communist Nations; U.S. Department of Commerce, Washington 1977, S. 15ff.

Auffassung, daß der Ost-West-Handel eine stabilisierende Kraft werden könnte, um Abhängigkeiten zu schaffen und mäßigenden Einfluß auf das sowjetische Verhalten auszuüben.

Wirtschaftliche Determinanten

Eine zentrale Determinante der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR ist die Tatsache, daß diese bereits seit über hundert Jahren andauern. Es gibt eine lange geschichtliche Tradition deutsch-russischer wirtschaftlicher Beziehungen, wobei Deutschland Maschinen, Rußland Rohstoffe exportierte. Nach der Oktoberrevolution war die Sowjetunion weiterhin an deutschen Importen interessiert, und es gab sogar eine heimliche Militär-Kooperation. Obwohl das Handelsvolumen nach der Machtergreifung der Nazis abnahm, wurde die Zusammenarbeit bis zum Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion fortgesetzt. Nach dem Krieg verschob sich die Orientierung des westlichen Deutschlands aus politischen Gründen, aber das Vermächtnis der vorherigen engen Wirtschaftsbeziehungen hat die Einstellungen in dieser Frage nachhaltig geprägt. Trotz des Kalten Kriegs sahen viele westdeutsche Geschäftsleute die Sowjetunion und Osteuropa als natürlichen und wünschenswerten Markt an.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Osthandel ist die starke Exportabhängigkeit der Bundesrepublik. Dreißig Prozent ihres Nationalprodukts entstammen dem Außenhandel; und ein gesunder Export ist wesentlicher Bestandteil Deutschlands wirtschaftlicher Stärke. Da aber gerade diese Abhängigkeit für Deutschland weitaus größer ist als für die Vereinigten Staaten, gibt es eine allgemeine Grundeinstellung zugunsten von Ost-Exporten, auch von Technologien, unabhängig von ihrer Bestimmung. Die zugrundeliegende Prämisse ist, daß Exporte von Technologie für ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum notwendig seien. Und obwohl die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Ost-West-Handel insgesamt ziemlich gering ist, gibt es einige Bereiche in der westdeutschen Industrie, beispielsweise die Stahlindustrie, die proportional sehr viel mehr auf den Handel mit dem Osten angewiesen sind.

Für diese vom Osthandel — relativ — abhängigen Bereiche ist ein weiteres gewichtiges Argument, daß der Export von Technologien Arbeitsplätze schaffen oder erhalten würde. Die Sowjetunion und Osteuropa sind der größte Einzelabnehmer für die westdeutsche Werkzeugmaschinenindustrie; schätzungsweise ein Drittel ihrer Exporte gehen in den

Osten, wodurch dieser besonders für die Mittelbetriebe zu einem wichtigen Garanten von Arbeitsplätzen geworden ist. Dasselbe gilt für die Produzenten von Stahlrohren mit großem Durchmesser.

Obwohl Geschichte und Außenhandelsabhängigkeit gewichtige Faktoren sind, die für den Handel mit dem Osten sprechen, gibt es einige wichtige, nicht von der politischen Großwetterlage abhängige, ökonomische Faktoren, die eher restriktiv wirken und die ich als die systembedingten Beschränkungen des Ost-West-Handels bezeichnen möchte. Sie wurden eigentlich erst mit der Entpolitisierung des Osthandels in der Bundesrepublik wahrgenommen.

Das zentrale Problem, das den Ost-West-Handel beträchtlich einschränkt, ist die mangelnde Zahlungsfähigkeit des Ostens. Dies, und das hartnäckige Bestehen des Ostens auf bilateralen Verträgen, bedeutet für die Länder des Ostens, Wege zu finden, ihre Importe anders als in harter Währung zu finanzieren. Zwar würden sie am liebsten in Fertigwaren zahlen; dem Westen ist dies jedoch durchaus nicht recht: zum einen wegen der oft geringen Qualität dieser Produkte, zum anderen wegen der Konkurrenz zu heimischen Waren. Und da die bundesdeutsche Regierung i. d. R. keine Zinsen auf Kredite subventioniert, sind die Sowjets weniger geneigt, deutsche Kredite in Anspruch nehmen, als solche von Regierungen, die diese Subventionen vornehmen. Unter diesen Voraussetzungen sind die Kompensationsvereinbarungen die lebensfähigste Form des Ost-West-Handels und unter kommunistischen Gesichtspunkten auch die wünschenswerteste. Die Vereinbarungen beinhalten, daß deutsche Technologie mit Produkten, die mittels dieser Technologie hergestellt wurden, bezahlt wird. Den Westdeutschen ist klar, daß auch diese Form des Tauschgeschäfts seine Grenzen hat, weshalb sie ebenso sehr daran interessiert sind, sie einzuschränken, wie Osteuropa daran, sie auszuweiten.

Vor 1969 gerieten verschiedene Bundesregierungen mit der deutschen Geschäftswelt in der Frage aneinander, ob der Ost-West-Handel erwünscht sei oder nicht. Der Höhepunkt dieser Konflikte wurde in den späten fünfziger Jahren erreicht, obwohl noch 1963 die deutsche Geschäftswelt von Bundeskanzler Adenauer gerügt wurde, daß ihr die Loyalität und das Verständnis für die deutsche Wiedervereinigung fehlen würde, weil sie in die Sowjetunion exportiere. Adenauer kritisierte auch die Vereinigten Staaten wegen ihrer Weizenexporte und verkündete überdeutlich seine Abneigung gegen das „Geschwätz von der Entspannung“.

In der Mitte der sechziger Jahre versuchten die Regierungen Erhard und Kiesinger, trotz einer allgemein eher zurückhaltenden Einstellung zum Ost-West-Handel, gerade diesen als Mittel zur Schaffung eines größeren Polyzentrismus im sowjetischen Block einzusetzen. Sie boten den osteuropäischen Ländern günstigere Konditionen an als der UdSSR und versuchten, die Unterstützung der Industrie für diese differenzierende Politik zu gewinnen. Die betroffene Geschäftswelt war jedoch weitgehend skeptisch über diesen erneuten Versuch, den Handel zu politisieren.

Dies Verhältnis hat sich seit der Regierung Brandt/Scheel verändert: Man ist sich inzwischen einig, daß der Ost-West-Handel entpolitisiert werden soll und die wirtschaftlichen von den politischen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern getrennt behandelt werden müssen. Während frühere Regierungen interveniert hatten, um den Ost-West-Handel zu behindern, interveniert die Regierung der Bundesrepublik inzwischen, um ihn zu fördern und zu erleichtern. Allerdings ist inzwischen die Geschäftswelt allgemein skeptischer gegenüber den Ausweitungsmöglichkeiten des Handels geworden.

Politische Determinanten

Es gibt eine Vielzahl politischer Determinanten, die den bundesdeutschen Transfer von Technologien in den Osten betreffen und die zum Teil widersprüchlich sind. Der wichtigste Faktor ist der Wunsch der Bundesrepublik, die Beziehungen zur DDR zu verbessern. Innerdeutsche Beziehungen sind der Schlüsselfaktor für deutsche Handelsbeziehungen nach Osteuropa, mit der UdSSR und der Volksrepublik China.

Der innerdeutsche Handel ist heute stärker politisiert als der der Bundesrepublik mit anderen kommunistischen Ländern. Es ist sein Hauptziel, die politischen Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern und die Familienzusammenführung zu erleichtern. Auch und insbesondere den Technologietransfer in die DDR möchte die Bundesrepublik für verstärkte innerdeutsche Kontakte nutzen. Im Rahmen der westdeutschen Handelspolitik gegenüber den kommunistischen Ländern kommt den innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen daher eine Sonderstellung zu.

Trotz des Wunsches, gute Beziehungen zur Sowjetunion zu unterhalten, gilt das Hauptinteresse Bonns der Stabilität des westlichen Bündnisses, und daher ist seine Neigung, den Technologietransfer als Ansporn für sowjetisches Wohlverhalten zu nutzen, durch die Anerkennung der Notwendigkeit gezügelt, sich mit den amerikanischen Sicherheitszielen in Einklang zu bringen und der sowjetischen Militärpräsenz in Mitteleuropa wirksam zu begegnen. Dieses zweispurige Konzept Bonns von nationaler Sicherheit erzeugt widersprüchliche Aktionsrichtungen: Seine Westpolitik verlangt eine engere Auslegung dessen, was an Technologietransfer tragbar ist, seine Ostpolitik legt jedoch eine flexiblere Handhabung nahe, um einen politischen Wandel zu fördern. Dabei spielen die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik eine nicht zu unterschätzende Rolle. In ihrem Wunsche, mehr politische Flexibilität in Osteuropa herbeizuführen, hat es die Bundesrepublik vermieden, sich in auffälliger Weise — politisch oder wirtschaftlich — an China anzunähern. Angesichts des wachsenden amerikanischen Interesses an China während des letzten Jahrzehnts wirkt in Deutschland der Gedanke beunruhigend, seine Verbündeten könnten dazu übergehen, China beim Handel Vorzugsbedingungen einzuräumen. Deutsche Regierungsvertreter betonen demgegenüber, daß sie bei ihren Wirtschaftsgesprächen alle kommunistischen Länder gleich behandeln, zumal es kaum sinnvoll sein dürfte, Technologie etwa nach Rumänien zu exportieren, die man der UdSSR vorenthalten möchte. Deutsche Richtschnur sei es, keine Technologie — beispielsweise — in die Tschechoslowakei, (ja nicht einmal nach Jugoslawien) auszuführen, die man nicht auch der UdSSR zur Verfügung stellen würde. Denn es gebe keine Garantie dafür, daß diese Technologie in den osteuropäischen Ländern bleiben und nicht etwa ihren Weg auch in die UdSSR finden würde. Die gleiche Logik gelte auch für die Volksrepublik China. Die deutsche Regierung vertritt die Ansicht, daß es eine in sich stimmige Exportkontrollpolitik geben müsse: China etwa eine bevorzugte Behandlung zuteil werden zu lassen, mache aus dem Embargo eine Farce. Da überdies, wie der Ostausschuß hervorhebt, der Handel sowohl mit China wie mit der UdSSR für die Bundesrepublik nur periphere Bedeutung hat, könne der deutsche Exportmarkt beide Länder zufriedenstellen, und es sei daher ökonomisch ohne Sinn, eine Wahl zwischen China und Rußland treffen zu sollen.

III. Die Struktur und die Mechanismen des westdeutschen Technologietransfers

Handel und Technologie

Nach Ansicht der meisten zuständigen westdeutschen Repräsentanten verfährt die Bundesrepublik in ihrer Politik des Technologietransfers gegenüber den kommunistischen Staaten nach in sich konsistenten Grundsätzen. Sie betreibt insofern eine „negative“ Politik, als sie — wie bereits dargestellt — mit anderen westlichen Staaten im CoCom Zusammenarbeit, um den Verkauf bestimmter Technologien in den Osten einzuschränken. Neben diesem multilateralen Exportkontrollsystem hat die deutsche Regierung zwar keine ausdrücklichen nationalen Richtlinien für den Technologietransfer von West nach Ost entwickelt, stattdessen aber eine Reihe von Gesetzen und Verfahrensregelungen geschaffen, die ausreichende Instrumente für die Handhabung des Technologieexports in kommunistische Länder darstellen. Eine Technologietransferpolitik ist also vorhanden, sie ist indessen nicht vorher einheitlich konzipiert worden, sondern nach und nach entstanden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es, wie in vielen anderen Ländern auch, keine allgemein anerkannte Definition des Begriffes Technologie. In der Theorie unterscheiden die Zuständigen zwar meistens zwischen „Technologie“ und „Industrieausrüstungen“, aber viele haben das unbehagliche Gefühl, daß es in der Praxis keine präzise Trennung zwischen „software“ und „hardware“ gibt, weil Technologie oft als Bestandteil in industriellen Ausrüstungen enthalten ist. Einige deutsche Beamte bekundeten daher Zweifel daran, daß die Vorschläge des Bucy-Reports im CoCom in die Praxis umgesetzt werden könnten.

Westdeutschland ist unter den westlichen Staaten der größte Lieferant von fortgeschrittener Technologie an die Sowjetunion. 1977 kamen 34 % der sowjetischen Importe von Hochtechnologie aus der Bundesrepublik, außerdem 29 % der Fertigwaren. Der nächstwichtige Lieferant der UdSSR war Japan mit einem Anteil von 17 % an den Einfuhren von fortgeschrittener Technologie und von 20 % bei den Fertigwaren. Deutschland ist — nach Japan — Chinas zweitwichtigster Lieferant von moderner Technologie: 1977 kamen 15 % der chinesischen Hochtechnologieimporte aus der Bundesrepublik und 16 % der Einfuhr von Fertigwaren⁵⁾.

Das Genehmigungsverfahren

Der rechtliche Rahmen, in dem sich der Technologietransfer in Westdeutschland bewegt, unterscheidet sich etwas von dem in den Vereinigten Staaten angewandten System. Nach deutschem Recht unterliegen Exporte grundsätzlich keiner Einschränkung, doch ergeben sich Beschränkungen aus dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) von 1961, dessen Bestimmungen alle deutschen Exporte unterliegen. Ergänzt wird das AWG durch eine Außenhandelsverordnung. Die Regierung kann danach Exporte aus wirtschaftlichen und politischen Gründen einschränken, § 7 des AWG nennt ausdrücklich als Kriterien für Handelsbeschränkungen die nationale Sicherheit und außenpolitische Rücksichten. Obwohl die Bundesregierung autorisiert ist, die Exporte von Rohstoffen und technischen Unterlagen, im Interesse der nationalen Sicherheit zu kontrollieren, kann der Bundestag diese Einschränkungen innerhalb von vier Monaten nach ihrer Bekanntgabe außer Kraft setzen. Auf diese Weise kann die Legislative in der Bundesrepublik unmittelbar und mit bindender Rechtswirkung alle Außenhandelsregelungen, die von der Regierung getroffen werden, überprüfen.

Die deutsche Exportkontrollliste ist in vier Abschnitte geteilt, von denen die ersten drei sich auf Kriegsmaterial, Atomenergie und auf „andere strategische Güter“ beziehen. Sie stimmen im wesentlichen mit den CoCom-Listen bzw. den „Internationalen Strategischen Listen“ überein. Die vierte Liste enthält hauptsächlich nichtindustrielle Güter wie Pflanzen, Alkohol und Rohstoffe, deren Ausfuhr entweder aufgrund von EG-Bestimmungen oder wegen ihrer Knappheit in der Bundesrepublik kontrolliert wird. Das AWG beschränkt schließlich auch die Ausfuhr bestimmter Arten von technischen Unterlagen und Dokumenten, die sich auf die Herstellung von Gütern beziehen, die auf der „Internationalen Strategischen Liste“ aufgeführt sind.

Nach dem deutschen Exportlizenzsystem haben sich die Unternehmungen wegen der Ausstellung von Exportgenehmigungen zunächst an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt/Main zu wenden. Wenn eine solche Genehmigung weiterer Prüfung bedarf, wird der Antrag an das Bundeswirtschaftsministerium weitergeleitet. Dieses Ministerium

arbeitet mit dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium bei der Entscheidung darüber zusammen, ob der Antrag dem CoCom vorgelegt werden sollte. Wird ein solcher Fall aus Deutschland dem CoCom unterbreitet und dort nach dem Verfahren über Ausnahmegenehmigungen behandelt, vergehen etwa drei Monate bis zu einer Entscheidung, es sei denn, daß amerikanische Wiederausfuhrgenehmigungen erforderlich sind. In diesem Fall kann das Verfahren bis zu zwei Jahren dauern.

Soweit das Wirtschaftsministerium betroffen ist, sind die Entscheidungskriterien dafür, ob eine Genehmigung erteilt werden kann oder ob das CoCom eingeschaltet werden sollte, die Endnutzung, die mögliche militärische Verwendung, die Art der Technologie sowie der Gesichtspunkt, ob die betreffende Ware schon einmal an kommunistische Länder verkauft worden ist. Dies sind Kriterien, die auch im CoCom-System festgeschrieben worden sind.

Für das Auswärtige Amt sind die politischen Gesichtspunkte am wichtigsten. Jedoch dürfen „politische“ Überlegungen nicht dazu führen, daß die Technologietransferpolitik irgendwelchen gerade aktuellen außenpolitischen Ereignissen untergeordnet wird. In diesem Sinne hat das Auswärtige Amt 1979 dementiert, daß die Bundesrepublik jemals Exporte in die UdSSR von innerrussischen Entwicklungen abhängig machen würde. Es gibt auch keine gesetzliche Grundlage für Bonn, Exportgenehmigungen auf Grund von lediglich innersowjetischen Ereignissen zu verweigern. Das Auswärtige Amt kann jedoch ein Verbot aussprechen, wenn es der Ansicht ist, daß die Ausfuhr eines bestimmten Produkts internationale Konflikte verschärfen und so die deutsche Sicherheit gefährden könnte.

Kreditregelungen

Westdeutschland hat Kreditbestimmungen, die von denen anderer westlicher Länder abweichen. Die Bundesregierung subventioniert zwar offiziell die Kreditzinsen nicht, andererseits gibt es mehrere informelle Wege, auf denen die Regierung die kommerziellen Zinssätze beeinflussen kann. Im allgemeinen sind gleichwohl die westdeutschen Zinssätze höher als die der anderen NATO-Länder, und die Osteuropäer beklagen sich häufig darüber. Gelegentlich, wie etwa bei den Vereinbarungen über die Lieferung von Rohren gegen Erdgas, räumen zwar die Banken einen Zinssatz ein, der unter dem normalen Marktsatz liegt, aber die Unternehmungen belasten dafür an-

dererseits die Sowjets mit höheren Produktpreisen und vergüten dann den Banken die Differenz zwischen dem Marktzins und dem effektiv vereinbarten Satz. Kommerzielle Bankkredite stehen den kommunistischen Ländern unmittelbar zur Verfügung; die Regierung übernimmt für sie die Bürgschaft. 1974 gab es eine umfänglichere Debatte darüber, ob die Regierung die Zinssätze subventionieren sollte; es wurde jedoch beschlossen, die bisherige Politik beizubehalten, wobei die Wirtschaft die Regierung bei dieser Entscheidung unterstützte. Gegenwärtig sind also kommerzielle langfristige Kredite an die kommunistischen Länder durch Bürgschaften gesichert. Diese werden von der Hermes Kreditversicherungs-AG verwaltet, einer Privatfirma, die im Auftrag der Regierung tätig wird. Ein zwischenbehördliches Regierungskomitee trifft sich alle zwei Monate mit Vertretern der Banken und der Industrie, um die Exportkreditentscheidungen zu diskutieren.

Die Bundesrepublik Deutschland und das CoCom

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt eine Politik des Ost-West-Handels und des Technologietransfers, die durch ihre besonderen wirtschaftlichen und politischen Interessen im Rahmen ihrer Ostpolitik mitbestimmt, andererseits jedoch auch von den CoCom-Entscheidungen abhängig ist. Die für diesen Bereich verantwortlichen Beamten in der Bundesrepublik stimmen darin überein, daß das CoCom notwendig und nützlich sei. Niemand in Bonn bestreitet die Notwendigkeit, militärisch wichtige Technologie mit einem Embargo zu belegen. Darüber hinaus glaubt man in Bonn, daß, wenn es die Institution des CoCom nicht gäbe, die Japaner die Ausfuhr von strategisch wichtigen Technologien in die osteuropäischen Staaten nachlässiger handhaben würden, weil Tokio sich durch so weit entfernte Länder nicht bedroht fühlt. Die Deutschen unterstützten auch das Prinzip, die westliche Exportpolitik in einer multilateralen Organisation zu koordinieren. Trotz der Zustimmung zu den Zielen der CoCom betonen aber viele deutsche Offizielle, daß das CoCom reformbedürftig sei und insbesondere nicht so schwerfällig wie bisher bleiben dürfe, daß mehr Gleichberechtigung bei der Aufstellung der Industrieliste anzustreben sei und diese Liste insofern revidiert werden müsse, als man den beträchtlichen technologischen Fortschritt in Osteuropa zu berücksichtigen habe.

Die am häufigsten von deutscher Seite vorgebrachten Kritikpunkte betreffen das CoCom

nicht selbst, sondern die amerikanische Rolle in dieser Organisation, und hier wiederum besonders die erheblichen Entscheidungsverzögerungen, die mit Wiederausfuhrgenehmigungen verbunden sind, ferner auch die Widersprüchlichkeiten der amerikanischen Politik auf diesem Gebiete. Wenn ein deutsches Unternehmen ein Produkt ausführen möchte, das technologische Bestandteile amerikanischen Ursprungs enthält, muß es nicht nur einen Exportgenehmigungsantrag in Deutschland stellen, sondern sich außerdem eine amerikanische Wiederausfuhrgenehmigung beschaffen. Dauer und Ausgang dieser Prozedur sind oft nicht voraussehbar, denn die amerikanischen nationalen Exportkontrolllisten sind strenger als die CoCom-Listen, zudem können Genehmigungen auch aus aktuellen außenpolitischen Gründen versagt werden. Die amtlichen Stellen in Bonn haben außerdem das Gefühl, daß die verschiedenen Behörden innerhalb der amerikanischen Regierung, die mit Exportgenehmigungsfragen befaßt sind, nicht hinreichend koordiniert sind und daß sich dadurch die Probleme der Verzögerung und Unvorhersehbarkeit noch verschärfen. Überdies sind die amerikanischen Kriterien für Ausfuhrgenehmigungen den Bonner Stellen nicht immer klar. Vorherrschende Ansicht in der Bundesrepublik Deutschland scheint zu sein, daß die amerikanischen Listen stärker mit den CoCom-Listen in Einklang gebracht werden müßten; daß das Genehmigungsverfahren in Washington rationalisiert werden sollte und die Kriterien für Wiederausfuhrgenehmigungen nicht von der jeweiligen Situation auf dem Gebiet der Menschenrechte in der Sowjetunion bestimmt werden dürfen. Mit etwas Verwirrung weisen die deutschen Stellen auf das widersprüchliche Verhalten des damaligen amerikanischen Präsidenten hin, der zunächst — im Juli 1978 — der Firma Sperry Univac eine Exportgenehmigung verweigerte und diese Entscheidung dann im April 1979 durch eine gegenteilige ersetzte. Solche Entwicklungen, meinen die Deutschen, tragen nicht eben zum guten Funktionieren des CoCom bei.

Trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der amerikanischen Politik im CoCom hat die Bundesrepublik Deutschland sich nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan den amerikanischen Reaktionen angepaßt. Bonn beteiligt sich ferner kooperativ an den Diskussionen über eine Verstärkung der CoCom-Kontrollen beim Computerexport, hat andererseits jedoch — wie auch einige andere europäische Mitglieder des CoCom — dem amerikanischen Ansinnen widerstanden, für jedes einzelne Ost-West-Handelsprojekt eine Obergrenze

von 100 Millionen Dollar festzusetzen, weil — so meinen sie — das CoCom eine Organisation sei, die geschaffen wurde, um strategische Exporte zu kontrollieren, nicht aber dazu, den Ost-West-Handel zu begrenzen.

Man hat übrigens in Bonn den Eindruck, daß die kommunistischen Länder keineswegs immer gerade die fortgeschrittenste Technologie zu importieren wünschen, sondern erprobte Technologien oft vorziehen, weil sie leichter zu handhaben sind. Die amtlichen Stellen beziehen sich dabei auf zahlreiche Fälle, in denen die Sowjets ältere Ausstattungen anstelle der modernsten bestellt haben, weil sie sehr wohl wissen, daß ihre Wirtschaft mit der Technologie nach dem letzten Stand noch nicht umgehen kann. (Die betreffenden Stellen in Deutschland sind der Ansicht, daß der Westen einen technologischen Vorsprung gegenüber dem Osten von fünf bis acht Jahren hat.) Hingegen ist die Deutsche Demokratische Republik weit fortgeschrittener und daher auch eher in der Lage, modernste Technologien zu übernehmen und zu integrieren. Sprecher der deutschen Stellen äußern in diesem Zusammenhang, daß es für die Russen zahlreiche andere Wege gibt, sich über westliche Technologien zu informieren, als deren Import, besonders anhand der vielen wissenschaftlichen Zeitschriften, die leicht zu beschaffen sind.

Eine andere westdeutsche Sorge gilt der künftigen Behandlung Chinas innerhalb des CoCom; man fürchtet, daß das CoCom nicht mehr funktionieren würde, wenn China eine vorzuziehendere Behandlung als die UdSSR bei den Exportkontrollen erfahren würde.

Schließlich glaubt man allgemein, daß wirtschaftliches Eigeninteresse die Wirksamkeit des CoCom fördern könnte. Deutsche Unternehmen agieren oft — aus rein kommerziellen Motiven heraus — als „inoffizielle Wachhunde“, die aufpassen, ob etwa die Technologie, die auszuführen ihnen nicht erlaubt wird, nicht doch irgendwo in einem kommunistischen Land auftaucht — geliefert von einem Unternehmen aus einem anderen Land, das die CoCom-Regeln umgangen hat. So gibt es also Selbstregulierungsmechanismen neben den CoCom-Listen, die verhindern, daß irgendwo undichte Stellen nach Osten hin entstehen.

Die für diesen Bereich in Deutschland Verantwortlichen sind sich darin einig, daß, wenn aus dem CoCom eine offizielle Organisation gemacht würde, dies seinen Zusammenbruch bedeuten würde, weil andere Mitglieder — vornehmlich Frankreich — nicht bereit wären, eine solche Organisation offiziell anzuerkennen. Hätte man die CoCom-Bestimmungen in

den nationalen Parlamenten ratifizieren müssen, so hätte man die Embargopolitik öffentlich diskutieren und begründen müssen, was wiederum ihrer Effizienz sehr geschadet hätte.

Schlußfolgerungen

Auf der Basis von Interviews und Untersuchungen in Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich lassen sich folgende Schlußfolgerungen formulieren:

— Obwohl das CoCom nur eine informelle Organisation ist, hat sie sich im ganzen bewährt und wird auch weiterhin als Koordinationsstelle für westliche Technologieexporte eine zweckmäßige Einrichtung bleiben.

— Wenn das CoCom bei seinen Mitgliedern glaubwürdig bleiben will, müssen seine Verfahrensweisen vereinfacht und so gestaltet werden, daß man die Ergebnisse verlässlicher im voraus einschätzen kann. Die amerikanische Regierung sollte auch die Fristen verkürzen, die bis jetzt üblich sind, um Entscheidungen über Exportgenehmigungen zu fällen.

— Washington sollte wissen, daß ein Mißlingen des Bemühens, seine nationalen Entscheidungen und auch die des CoCom von jeweils aktuellen außenpolitischen Erwägungen abzuklammern, die Probleme mit den CoCom-Part-

Die Bundesrepublik bleibt daher trotz gewisser Differenzen mit den USA über den Ost-West-Technologietransfer eine verlässliche Stütze des CoCom.

nern verschärfen und Tendenzen bei ihnen verstärken könnte, die Bestimmungen des CoCom zu umgehen. Die USA könnten letztlich vor die Wahl gestellt werden, entweder den Ost-West-Technologietransfer als möglichen außenpolitischen Hebel in ihren Beziehungen zur UdSSR zu benutzen oder aber die Kooperation des Bündnisses auf dem Gebiet des Ost-West-Handels zu erhalten.

— Das CoCom sollte weiterhin alle kommunistischen Länder (mehr oder weniger) gleich behandeln, obwohl die CoCom-Regeln es an sich gestatten, jedem Land gegenüber unterschiedlich zu agieren. Man sollte vor allem keine auffällige „China-Ausnahme“ machen und damit das Exportkontrollniveau im Handel mit Peking senken, weil dies zu Meinungsverschiedenheiten und Streit innerhalb der Organisation führen muß.

— Das CoCom muß eine informelle Organisation bleiben. Jeder Versuch, es in eine offizielle Institution umzuwandeln, würde sein Ende bedeuten.

Wolf Graf von Baudissin, Carl Friedrich von Weizsäcker: Zivilschutz in der Diskussion. Zwei Antworten an einen Bürger

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/81, S. 3—15

„Zivilschutz ist, bevor er technisch wird, eine Sache der Überzeugung“: Um die im Zusammenhang mit dieser Feststellung des Politikwissenschaftlers Claus Dieter Kernig stehenden Fragen geht es in den Antworten der Wissenschaftler Graf von Baudissin und C. F. von Weizsäcker an einen Bürger unseres Landes. Der Grafiker W. Nestler hatte in einem an den Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, P. W. Kolb, gerichteten Schreiben angefragt, welche vorbeugenden Maßnahmen im Fall eines bewaffneten Konflikts den Bürgern der Bundesrepublik Schutz bieten könnten. Da es auf diese Frage sehr unterschiedliche Antworten gibt, haben das Bundesamt für Zivilschutz und die Redaktion von Aus Politik und Zeitgeschichte die beiden Autoren darum gebeten, ihre Einschätzungen und Einstellungen zu dieser Frage darzulegen.

Klaus Blömer: Gibt es eine Alternative zum militärindustriellen Wirtschaftskrieg?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/81, S. 16—37

Der Beitrag kommt über eine Analyse der aktuellen Rüstungspolitiken in West und Ost zu dem Schluß, daß sich die steigenden Aufwendungen für die Entwicklung und Produktion immer neuer Waffensysteme auf die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse vor allem in den USA und in der Sowjetunion sehr verschiedenartig auswirken. Während die im technologischen Wettlauf allgemein die Spitze haltenden Amerikaner aus dem militärisch-industriellen Komplex Innovationsschübe und Wachstumsimpulse auch im Sinne struktureller Anpassungen ihrer zivilen Wirtschaftszweige erzielen, findet ein derartiger „Diffusionsprozeß“ in der Sowjetökonomie nicht statt, u. a. wegen der sie beherrschenden starren Lenkungsmechanismen. Im Vergleich zu den USA ist die Sowjetunion keine eigentliche Supermacht; sie hat sich dieses Prädikat bisher lediglich durch einseitige Konzentration ihrer Wirtschaftskraft auf den militärischen Sektor verdient und mußte dafür mit einer schwach entwickelten Investitions- und Konsumgüterindustrie zahlen.

Der Autor setzt sich kritisch mit einem möglichen amerikanischen Konzept auseinander, durch stetes Höherschrauben der Rüstungsspirale die UdSSR als zweite Weltmacht deklassieren zu wollen. Um einer globalen Ausgewogenheit der Interessen näherzukommen, schlägt er einen *New Deal* für die west-östliche Industrielwelt vor, der eine Modernisierung der sowjetischen Zivilproduktionen und zugleich einen westlichen Einstieg in das „große Sibiriengeschäft“ im Zuge einer Weltenergiepolitik vorsieht. Unter Erhaltung eines wirksamen militärischen Gleichgewichts sollen auf diese Weise günstigere Voraussetzungen auch für eine west-östliche Zusammenarbeit bei der Entschärfung der sozioökonomischen Nord-Süd-Gegensätze geschaffen werden.

Angela Stent: Technologie in den Osten? Zur Konzeption und Praxis des CoCom

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/81, S. 38—46

Die Frage, ob Technologien aus den westlichen Industrienationen in den Ostblock exportiert werden sollten, ist nur in einer Hinsicht unumstritten: Der Export von Waffen, militärischer und atomarer Technologie wird generell abgelehnt.

Kontrovers sind jedoch folgende Fragen:

— Kann (wirklich) zwischen militärisch relevanter Technologie und solcher, die auf keinen Fall für militärische Zwecke nutzbar ist, unterschieden werden?

— Ist es zweckmäßig, gegenüber einzelnen kommunistischen Staaten eine unterschiedliche Politik zu betreiben — etwa die kleinen Staaten des Warschauer Paktes weniger restriktiv zu behandeln als die UdSSR; soll China allgemein eine Vorzugsstellung gewährt werden?

— Sollen für Exportembargos allgemeingültige Kriterien verwendet werden; oder ist es sinnvoll, sie als Mittel der politischen Sanktion für das jeweilige innen- und außenpolitische Verhalten der Sowjetunion einzusetzen?

— Wieweit dürfen nationale Wirtschaftsinteressen einzelner westlicher Länder über gemeinsame politische Entscheidungen gestellt werden?

Seit 1949 haben sich die wichtigsten westlichen Industrieländer in einem multilateralen Forum, dem Consultative Group-Coordinating Committee (CoCom), zusammengeschlossen, um in der Frage des Exports von Technologien ein einheitliches und abgestimmtes Verhalten zu erzielen.

Das CoCom ist ein informelles Gremium, das seine Beschlüsse nur einstimmig fassen kann und keine Sanktionsmöglichkeiten gegen eventuelle Verstöße hat.

Aus dieser Konstruktion ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten. Insgesamt hat sie sich jedoch bewährt, wenn künftig auch erhöhte Anforderungen an Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Konsistenz an die Politik der beteiligten Staaten gestellt werden müssen.